

■ ZUR REFORM DES BETRIEBSVERFASSUNGSGESETZES

Wenn die Gewerkschaften »mehr Einfluss« haben, heißt das nicht, dass für die Beschäftigten etwas gewonnen ist.

»Mehr Betriebsräte – mehr Mitbestimmung!« posaunt die IG Metall. **»Die Arbeitgeber ... wollen die Demokratie im Betrieb mit der Kostenkeule erschlagen.«** **»Die Menschen wollen, wenn sie betroffen sind, mitreden und mitentscheiden,«** hören wir vom DGB. Hören und lesen wir richtig? **Hatten die Beschäftigten im Betrieb bisher wirklich etwas zu sagen? Oder werden sie vielleicht jetzt durch die »Reformen« etwas zu sagen haben?**

Was die Kollegen im Betrieb erfahren, ist die Macht der Unternehmer. Auf allen Lohnabhängigen lastet der Druck, den die Millionen Arbeitslosen verursachen. Die Massenarbeitslosigkeit setzt die Lohnabhängigen zueinander in Konkurrenz, und die Gewerkschaften können den Lohnabhängigen keine Perspektive im gemeinsamen solidarischen Kampf gegen die Ausbeutung durch das Kapital bieten, gegen die »Ellenbogengesellschaft«, in der ein immer größerer Teil der Gesellschaft an den Rand gedrängt wird.

Mit der Drohung von Produktionsverlagerung oder gar Betriebsschließung werden die Kollegen erpresst: Die Arbeit wird intensiviert, verdichtet, Pausen werden verkürzt, übertarifliche Leistungen werden gestrichen, Nachtschichten und Wochenendschichten werden eingeführt, Überstunden werden erzwungen, Kollegen erfahren unentgeltliche Arbeitszeitverlängerung, bei Umsetzungen wird die Arbeit von Kollegen dequalifiziert, neu Eingestellte erhalten geringeren Lohn. Von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeiter und Angestellte werden nachgiebig gegenüber den Forderungen des Unternehmers. Auch durch die weltweiten Zusammenhänge spüren die Lohnabhängigen die Macht des Kapitals. In einer Zeit, wo der Kapitalismus auch in den reichen Industrieländern bisherige soziale Zugeständnisse abbaut, sind die deutschen Gewerkschaften nicht in der Lage, die Lohnabhängigen zum Abwehrkampf zu organisieren. Die sozialpartnerschaftliche Politik der Gewerkschaften hat dem Unternehmerangriff so gut wie nichts entgegen zu setzen. Die Gewerkschaftsspitzen können und wollen es auch gar nicht, und die Gewerkschaftsmitglieder nehmen es noch hin, weil sie selbst »Versicherungsdenken« im Kopf haben. Sie haben noch nicht den gemeinsamen Kampf als Voraussetzung und ersten Schritt zur Veränderung dieser Gesellschaft im Kopf. Als Stützpfeiler dieser Gesellschaft praktizieren die Gewerk-

schaften jetzt Co-Management, an höchster staatlicher Stelle im Bündnis für Arbeit usw. Auch von vielen ehemaligen linken Betriebsräten, die die Perspektive der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft verloren haben, wird Co-Management praktiziert. Sie werden im Sozialabbau zu Helfershelfern der Unternehmer, weil sie deren Konkurrenz- und Standortdenken übernehmen, und weil sie von ihren Kolleginnen und Kollegen zum Teil auch dazu gedrängt werden und dann oft selbst nicht den Willen und die Kraft haben, erste Anfänge zum Widerstand zu organisieren.

Kollegen, die aus der Gewerkschaft austreten, begründen häufig ihren Schritt mit ihrer Unzufriedenheit über den Betriebsrat. Er stellt sich ihnen als »die Gewerkschaft« im Betrieb dar. Wozu noch in einer Gewerkschaft sein, fragen sich die Kollegen. Bei den ganzen Kürzungen kann ich doch gut den Gewerkschaftsbeitrag sparen. So gehen die Mitgliederverluste weiter und schwächen die noch organisierbare Gewerkschaftsbasis. Die Gewerkschaften verlieren an Bindungskraft für kollektives Handeln. Die Vertrauensleutearbeit bricht vielerorts weg, doch damit letztlich auch die Legitimation der Gewerkschaftsspitzen in ihren Verhandlungen mit den Unternehmern.

Betriebsräte in der Zeit des Sozialabbaus

Je kleiner der Betrieb, desto schwieriger die Betriebsratsarbeit. Es fehlen bei der dünnen Personaldecke die Kandidaten für den Betriebsrat, besonders für Vorsitzende. Betriebsräte sagen: *»Man ist oft nicht am Arbeitsplatz, und das gibt ein schlechtes Bild ab.«* *»Warum soll man sich auch einen Job zulegen, wo man nur aneckt und Stress hat? Man muss den Job attraktiver machen, sonst kommt keiner mehr nach.«* (Weserkurier, 14.2.2001)

Mit dem Betriebsverfassungsgesetz will die Gewerkschaft diesen Schwierigkeiten formal begegnen, indem sie die Betriebsratswahl in kleineren Betrieben erleichtern und einen Betriebsrat dort freistellen will. Doch was soll dieser (freigestellte) Betriebsrat tun? Viele Kollegen sehen in ihm einen »Kaffeetrinker«. Erwarten die Kollegen von ihm stellvertretendes Handeln, damit sie selber nichts tun müssen, und denkt der Betriebsrat selber so, dann kann die Belegschaft nur enttäuscht werden. Auf sich allein gestellt, sind

Betriebsräte Spielball der Unternehmerinteressen, betreiben den sozialpartnerschaftlichen Kuhhandel, um ihre eigene Position abzusichern. Sie verfallen einem Betriebsegoismus, der solidarischem Handeln der Arbeiterklasse zuwider läuft. Warum verlieren so viele Betriebsräte das Vertrauen ihrer Kollegen? Sie müssen unter dem Druck des Unternehmers und ohne Gegenkraft aus der Belegschaft »in vertrauensvoller Zusammenarbeit« (BetrVG) mit dem Unternehmer immer mehr Verschlechterungen, sozialem Abbau zustimmen.

Realität ist, dass Betriebsräte kaum noch über den eigenen Tellerrand sehen und Solidarität über den Betrieb hinaus organisieren. Viele Betriebsräte verlieren durch jahrelange Betriebsratsstätigkeit ihre berufliche Qualifikation. Sie werden allein dadurch schon zu Opportunisten, um bloß nicht wieder in die Produktion zu müssen. In Großbetrieben nutzen sie oft ihre Betriebsratskarriere als Sprungbrett ins Unternehmensmanagement. Sie sind dort mit ihren intimen Kenntnissen des Arbeitsalltags hervorragende Helfer. Um leitende Funktionen zu erhalten, werden sie sogar häufig zum täglichen Vordenker der Unternehmer. Diese Leute diskreditieren dabei die Funktion der Betriebsräte und Gewerkschaften als Interessenvertretung. Viele Beschäftigte kritisieren diese Karrieren. Es gibt jedoch auch andere, die es bewundern, wie hier Aufstieg, Anerkennung und Macht von Leuten aus ihren Reihen erreicht wird.

Die Basis der Gewerkschaften schrumpft zunehmend. Sie sind aber nicht in der Lage, diese Tendenz durch die Organisation des Abwehrkampfes der Arbeiterklasse gegen den Sozialabbau umzukehren. Das organisatorische Rückgrat der Gewerkschaften waren und sind noch die Großbetriebe. Doch bei der Aufsplitterung von Betrieben, der Ausgliederung von Betriebsteilen, der Gründung neuer, kleinerer Betriebe entstehen große Probleme für die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb. Kein Vertrauenskörper, kein Betriebsrat bedeuten: für die Gewerkschaft kein Zugang zum Betrieb. Mehr (freigestellte) Betriebsräte, die die Unterstützung durch die Gewerkschaft suchen, sollen der Gewerkschaft den Zugang zum Betrieb ermöglichen. Praktisch schaffen sie sich damit eine Ersatzbasis – ein Alibi für das politische Handwerkeln, den fehlenden Widerstand in den Betrieben zu entwickeln und zu organisieren.

Müller gegen Riester – oder was?

In den letzten Tagen vor der Verabschiedung des Gesetzesentwurfs im Bundeskabinett gab es eine breite Medienkampagne gegen den Riester-Entwurf, in deren Mittelpunkt Bundeswirtschaftsminister Müller stand. Müller gilt als Verbin-

dungsmann des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) im Schröder-Kabinett. Er war der Hauptkritiker von Arbeitsminister Riesters Gesetzesentwurf. Die DGB-Gewerkschaften hatten schon lange vorher ihre Forderungen nach mehr Mitbestimmungsrechten bei der Sicherung der Arbeitsplätze, bei vorausschauender Qualifizierung, Regelung der Arbeitsorganisation und Kontrolle der befristeten Beschäftigungsverhältnisse fallen gelassen. Die Arbeitgeberverbände und insbesondere Wirtschaftsminister Müller übten trotzdem anhaltend Kritik, die allerdings dramatischer klang, als sie in Wirklichkeit gemeint war. Sie mussten eigentlich nur in einem Punkt noch zurückstecken: Die Gewerkschaften haben mehr Einfluss im Betrieb bei der Bildung zusätzlicher Arbeitnehmervertretungen und der Zuordnung von Betriebsstellen (§ 3).

Tatsache ist, dass der Riester-Entwurf von den Spitzen der Unternehmerverbände im Wesentlichen akzeptiert war. Die entscheidenden Unternehmergruppen in Deutschland sahen, dass die Umorganisation insbesondere der Großunternehmen Schwierigkeiten bei der Anwendung des BetrVG zur Folge hatte. Daraus ergaben sich Probleme nicht nur für die Betriebsräte selbst, sondern auch für die Unternehmer, die diese Betriebsräte in der Regel als hilfreich und entlastend bei den Um- und Ausgliederungen der Betriebe erlebt hatten. So diente die Kritik der Unternehmerverbände vor allem der Beruhigung ihrer mittelständischen Mitglieder.

Auf der anderen Seite stehen aber die Klein- und Mittelbetriebe, die keine großen Personal- und sonstigen Stabsabteilungen haben und wo der Kapitalist in der Regel unmittelbar mit dem Betriebsrat verhandelt bzw. verhandeln müsste, wenn es einen Betriebsrat gäbe. Für den mittelständischen Unternehmer ist der Betriebsrat »in seiner Geschäftspolitik nicht nützlich, sondern zunächst einmal nur eine lästige

INHALT

Zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes	1
Der Kuhhandel	3
Vom Arbeiterrat über den Sozialpartner zum Co-Manager	4
Zum Tod von Heinz Kundel	10
Dokument: In die Illegalität	14
Altersarmut bei Rentnerinnen wird verewigt	17

Korrespondenzen:

Osnabrück: Karmann-Belegschaft gegen Rentenreform	20
Salzgitter: Diese Rentenreform wollen wir nicht	21
Unruhe im Funktionärskörper der DPG	22
Leserbrief aus der ÖTV und eine Antwort	24
Bayer AG: Bundesweite Standortvereinbarung	25
GM: Europaweite Streiks gegen Standortschließung	27
Dortmund: Polizei hat Angst vor »linker« Gewalt	28
Elmshorn: Demo gegen den Nazi-Mob	31
Redebeitrag eines IG Medien-Kollegen	33
Hanau: SPD will DGB-Chef aus der Partei ausschließen	35

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 –16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestocheu scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibric« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübbe
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
 »GFSA e.V. · Postbox 106426 · D-20043 Hamburg«

Der Kuhhandel

Die gegenwärtige Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz macht die Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Macht der Unternehmer mehr als deutlich. Die einfache Fortschreibung und Anpassung des Gesetzes gegenüber den seit 1972 veränderten betrieblichen Bedingungen (damals herrschte noch weitgehend Vollbeschäftigung) sind selbst unter einer von der SPD geführten Bundesregierung nicht ohne Zugeständnisse an anderer Stelle möglich – in diesem Falle der schwerwiegenden Demontage der gesetzlichen Rentenversicherung.

Nur im Zuge eines Kompensationsgeschäftes konnten die Gewerkschaftsspitzen ihr zentrales Anliegen der Ausweitung des Kreises des Mitbestimmungspersonals durchsetzen. Natürlich versuchen die Gewerkschaftsführer alles, um diesen Zusammenhang zu vertuschen. Gegenüber dem von Presse und Unternehmern unterstellten Deal erklärte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer kategorisch: Es habe keinen Kuhhandel gegeben, bei dem Zugeständnisse der Regierung beim Ladenschluss, beim Beschäftigungsförderungsgesetz und beim Betriebsverfassungsgesetz gegen Zusagen der Gewerkschaften eingetauscht worden seien, die Riesterische Rentenreform mitzutragen. (Handelsblatt, 7.9.2001) Dieser Aussage widerspricht der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Harald Schartau (ehemals Bezirksleiter der IG Metall) zumindest mit Bezug auf das Ladenschlussgesetz. »Schartau verteidigte die abrupte Kehrtwende der nordrhein-westfälischen Regierung beim Ladenschluss. Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) hatte sich zunächst für längere Ladenöffnungszeiten eingesetzt. Inzwischen lehnt das Land eine Veränderung des Gesetzes ab, nachdem Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) dies den Gewerkschaften im Tausch gegen Zustimmung zur Rentenreform versprochen hatte.« (SZ, 14.9.2000) Und Roland Issen (vormals DAG-Chef) erklärte gegenüber »Bild« (6.9.2000) sybillinisch: »Es ist legitim, wenn ein Kanzler seine Möglichkeiten nutzt, um die politische Situation zu deeskalieren...«

Mit anderen Worten heißt das: Nachdem absehbar war, dass die Rentenreform nicht die Zustimmung der CDU finden würde, wurden die Gewerkschaftsspitzen vom Bundeskanzler weichgeknetet. Die Daumenschraube Ladenschluss wurde zurückgezogen, wohl auch die Rücksichtnahme auf das zentrale Anliegen der Gewerkschaften bei der Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes in Aussicht gestellt. Mit diesen Zugeständnissen wurde der Widerstand der Gewerkschaften gegen die Rentenreform aufgespalten und aufgekauft. Nur einzelne Gewerkschaften und Gewerkschaftsgliederungen widersetzten sich fortan der Rentenreform. Eine zentrale Kampagne gegen die Demontage der Rentenversicherung seitens des DGB kam nicht zustande.

In den Augen so mancher Gewerkschaftsbürokraten, die hauptsächlich Mitgliederverluste und den Einfluss der Gewerkschaften in die Betriebe reduziert sehen, mag dieses Tauschgeschäft seinen Reiz gehabt haben. Erweiterte Freistellungen und die Vergrößerung der Betriebsratsgremien schafft nämlich automatisch Schulungs- und Beratungsbedarf bei den Gewerkschaften, denn die Neuen werden sich in erster Linie – auch wenn sie keiner Gewerkschaftsorganisation angehören – an die Gewerkschaften um Hilfe wenden. Dazu passt gut die Äußerung des neuen Gesamtmetallpräsidenten Martin Kannegiesser: »Die Gewerkschaften wollen vor allem ihren Marktanteil ausdehnen. In den kleinen Betrieben sind sie kaum vertreten. Somit wollen sie die Betriebsräte als Vehikel benutzen, um auch dort ins Geschäft zu kommen.« (Stuttgarter Zeitung, 24.2.2001) Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Gewerkschaftsführer, Klaus Wieseberg bestätigt dieses Bestreben ausdrücklich: »...Ziel der Novellierung sei es, dass in viel, viel mehr Bereichen der Wirtschaft und des Handwerks Betriebsräte gewählt werden können und damit in viel mehr Betrieben als bisher das BetrVG mit Leben erfüllt wird«, erklärte Wieseberg. »Es ist nicht gesagt worden, die Regierung will mehr Mitbestimmung in den Betrieben.« (FR, 22.3.2001) 8.4.2000

Quassel- oder Palaverinstanz, wie der Vizepräsident des BDI, Rodenstock, jetzt im Fernsehen sagte. Sie kostet Zeit und bei Freistellung eines Betriebsrates auch noch Geld. Welcher mittelständische Unternehmer möchte nicht Herr in seinem Haus bleiben, in welcher Stellung er ohnehin schon durch die Kreditabteilungen der Banken gefährdet ist?» (Handelsblatt, 23.2.2001)

Die von Müller durchgesetzten Änderungen am Gesetzentwurf betrafen dann auch diese Gruppierung: Insbesondere wird die Erstwahl eines Betriebsrats in kleineren Betrieben in einem zweistufigen Verfahren stattfinden und nicht auf einer einzigen Versammlung, was es Unternehmern erleichtern wird, Wahlen möglicherweise doch noch zu verhindern.

Wenn man bedenkt, dass Minister Müller mit mehr als 23 Änderungswünschen in die Verhandlungen gegangen war, und dass er angeblich sogar mit Rücktritt für den Fall gedroht haben sollte, dass der Entwurf nicht substantiell verändert werden würde, so entpuppt sich dieser starke Auftritt im Nachhinein als Theaterdonner. Der wesentliche Kern der BetrVG-Novelle ist die Ausweitung der Zahl der Betriebsräte

– nicht die Ausweitung der Mitbestimmung durch diese; in diesem Ziel fanden Schröder-Regierung, Unternehmer und Gewerkschaftsspitzen schließlich zusammen. Deshalb gab es weder für die CDU/CSU noch für die FDP Ansatzpunkte für eine ernsthafte Opposition – es blieb bei der relativ abstrakten Warnung vor »überflüssiger Bürokratisierung«.

Interessen der Unternehmer

Die Vernetzung dezentralisierter kleinräumiger Einheiten ist heute eine effektive und produktivere Arbeitsform. Die Informations- und Kommunikationstechnik ermöglicht die Bildung neuartiger Unternehmensmodelle. Von Entwicklung über Produktion und Vertrieb bis hin zur Kundenbetreuung wird alles einem Netzwerk von Auftragnehmern aller Art übertragen. Lediglich strategisch bedeutsame lukrative Schlüsselfunktionen wie die Steuerung des Netzwerkes, Kontrolle des Markenzeichens bleiben – alles andere wird »outgesourct«. Insgesamt gesehen spielen also heute kleine Betriebe aufgrund ihrer Funktion eine besondere Rolle für große ökonomische Einheiten. Deshalb ist es im Interesse des

weiter auf Seite 5 →

Vom Arbeiterrat über den Sozialpartner zum Co-Manager

Die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung ließe sich anschaulich entlang des Betriebsrätegesetzes von 1920 bis hin zur aktuellen Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) des Jahres 2001 entwickeln. Die Gesetzesvarianten sind einerseits Ausdruck der Veränderungen der Ideologie vor allem sozialdemokratischer Funktionärsschichten, aber auch ihrer breiteren Anhängerschaft unter den Arbeitern und Angestellten. Aber nicht nur die Sicht dieser Arbeiter- und Angestellten, auch die Vorstellungen der maßgeblichen Kräfte des Unternehmerlagers kamen und kommen in den Gesetzesversionen zum Ausdruck.

Vom Betriebsrätegesetz...

Heute geht es nicht mehr wie 1920, zwei Jahre nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und der Niederlage der deutschen Revolution, darum, einer in wichtigen Teilen revolutionären Arbeiterklasse die Kraft zu nehmen, indem man ihrem reformistischen Flügel durch das Gesetz den Rücken stärkt. 1920 war der Glaube der deutschen Arbeiterklasse an ein sozialistisches Ziel noch ungebrochen. Ihr musste von ihren sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern noch vorgespiegelt werden, sie würden einen Schritt hin zum friedlichen Aufbau des Sozialismus tun, wenn sie mittels des Betriebsrätegesetzes am Wiederaufbau der kapitalistischen deutschen Wirtschaft mitwirkten.

Die Arbeitsgemeinschaftspolitik der Weimarer Republik wurde 1933 von den Nazis ersetzt durch die »Deutsche Arbeitsfront«, die die 1920 gemachten Zugeständnisse vollständig beseitigte und die uneingeschränkte Unternehmerschaft im Betrieb wieder herstellte.

... über das Betriebsverfassungsgesetz 1952 ...

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es viele Überlegungen, die an eine Stimmung in der arbeitenden Bevölkerung anknüpfen. Sozialismus sollte es sein, bis in die Reihen der aus den Trümmern der konservativen Parteien Weimars entstandenen CDU.

Doch die sozialistischen Vorstellungen über eine andere Gesellschaftsordnung konnten unter dem Druck der militärisch präsenten Besatzungsmächte nicht realisiert werden, übrig blieb die Forderung der Gewerkschaften nach Mitbestimmung (im Rahmen der kapitalistischen Möglichkeiten). In der Kohle- und Stahlindustrie als der entscheidenden Kriegsindustrie wurde noch die paritätische Mitbestimmung eingeführt und von den Besatzungsmächten gegen die Interessen der im Krieg besiegten deutschen Unternehmer garantiert. Aber für die übrige Industrie reduzierte der Bundestag die Mitbestimmung auf sogenannte »soziale Angelegenheiten«. In wirtschaftlichen Fragen behielten die Unternehmer das alleinige Sagen. Die Betriebsräte wurden gesetzlich auf das Wohl des Betriebes und die Wahrung des Betriebsfriedens verpflichtet und damit in das Kapitalinteresse eingebunden.

... zur ersten Novellierung 1972

1972 ist das BetrVG von 1952 grundlegend novelliert worden. Bei dieser Änderung wurde der erweiterte Kündigungsschutz von Betriebsratsmitgliedern und Kandidaten, wie auch die Erweiterung der Mitbestimmung zum Beispiel bei der Einführung und Anwendung von technischen Einrichtungen sowie der Erzwingbarkeit eines Sozialplanes erreicht. Die vom DGB geforderte umfassende betriebliche Mitbestimmung wurde durch das BetrVG von 1972 nicht verwirklicht. In der Kohl-Ära fanden parlamentarische Initiativen der SPD und der Grünen sowie die Vorschläge des DGB zur Veränderung des BetrVG keine Resonanz. Lediglich der Ausbau der Jugend- und Auszubildendenvertretung und eine Verstärkung des Minderheitenschutzes für konkurrierende Listen erfolgte 1988. Aus Sicht des DGB haben sich durch die Einführung des Minderheitenschutzes die Bedingungen für eine geschlossene Interessenvertretung erschwert. Die Einführung von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte beschränkte darüber hinaus die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Gewerkschaften nicht unerheblich.

Die Unternehmer gewinnen die Leute, die als Betriebsräte das Knirschen im Betrieb verhindern

Die Unternehmer gewinnen die Leute, die als Betriebsräte das Knirschen im Betrieb verhindern

»Am Ende der neunziger Jahre«, so klingt es einmütig aus DGB- und Unternehmerlager, »ist Mitbestimmung in keiner denkbaren Zukunft mehr etwas anderes als ein Element der einzelwirtschaftlichen Leitungs- und Entscheidungsstruktur («corporate governance») von am Markt konkurrierenden Unternehmen, unter Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse aller Beteiligten. In dieser Eigenschaft wird Mitbestimmung heute auch von Arbeitgeberseite nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt.«¹⁾

Die moderne Variante der Vorspiegelung besteht darin, dass die grundsätzlichen Interessen der Unternehmer und der Arbeiter die gleichen seien, dass die Auseinandersetzung nicht mehr um das Was, sondern nur noch um das Wie ginge. Der Glaube daran ist Folge der langanhaltenden Wirtschaftskonjunktur in den entwickelten kapitalistischen Ländern seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, die insbesondere in Deutschland breiten Arbeiterschichten einen vorher nicht gekannten Wohlstand gebracht hatte – ungeachtet einer mittlerweile hingenommenen Massenarbeitslosigkeit. Die innere Zersetzung und der Niedergang des sozialistischen Lagers haben auch bei den unzufriedenen Arbeitnehmerschichten den Eindruck der Alternativlosigkeit zur kapitalistischen Globalisierung verstärkt.

Wenn auch die objektiven Widersprüche zwischen den gesellschaftlichen Klassen wieder offener zu Tage treten, die Lohnabhängigen sind desorientiert. Unter diesen Umständen findet eine grundsätzliche, radikale Opposition gegen die Modernisierung der Ideologie der Betriebsgemeinschaft, in der nun restlos alle Unternehmer sein sollen, noch wenig Resonanz in den Köpfen und Betrieben.

Die aus dem Produktionsprozess Ausgegliederten und Arbeitslosen dagegen bilden eine uneinheitliche Masse, der zur Zeit Kraft und Organisation fehlt und die deshalb politisch in keiner Weise ins Gewicht fällt. Dies ist in groben Zügen der Boden für das Wirksamwerden der Sozialpartnerschafts-Lüge. 10.4.2001 ■

1) Mitbestimmung und neue Unternehmenskulturen. Bilanz und Perspektiven. Bericht der Kommission Mitbestimmung. Hrsgg. von der Bertelsmann-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung. Gütersloh 1998

Gesamtkapitals diese Kleinbetriebe möglichst konfliktfrei zu halten, damit die Gesamtproduktion nicht behindert wird. Die Konzerne sind bei Inanspruchnahme von spezialisierten Subunternehmen in gewisser Abhängigkeit von ihnen. Kleinbetriebe und ihre Lieferungen können eine entscheidende Rolle im Fertigungsprozess spielen. Erkennen das die Kollegen und organisieren sich um ihre Interessen, so können sie Druck machen. Hier sollen die Filter für Konflikte, die Betriebsräte, auch in Kleinbetrieben fungieren. Die entscheidenden Kräfte im deutschen Kapital sehen im sozialen Frieden immer noch einen Standortvorteil, den sie erhalten wissen möchten. Dieser »Tropfen sozialen Öls« ist ein nicht unwesentlicher Standortfaktor, der auch per Gesetz gegen starrhalsige Einzelunternehmer im Interesse des Gesamtkapitals durchgesetzt werden muss.

Die bedrohten Interessen der Gewerkschaft

Die Sozialdemokraten in der Regierung werden damit auch in diesem Bereich ihrer gesellschaftlichen Aufgabe gerecht: Modernisierung des Standortes Deutschlands durch stärkere Einbindung der Lohnabhängigen in die bürgerliche Gesellschaft. Die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und Praxis der Niedriglöhne schafft Armut bei viel Arbeit, eventuell Hass auf das System und das Bewusstsein der Ausbeutung. Möglicher Protest soll nach dem Willen der Regierung unterbunden, durch Betriebsräte in formelle Bahnen gelenkt und so kanalisiert werden. Statt am Unternehmer können sich Betroffene am Betriebsrat reiben, wie es jetzt schon in vielen Betrieben der Fall ist.

Auf die Situation der Beschäftigten in den Betrieben und Verwaltungen haben die Gesetzesänderungen keine oder nur marginale Auswirkungen. Das Gesetz bietet nach wie vor – verständlicherweise – keine Handhabe gegen Rationalisierungsmaßnahmen und weitere Arbeitsverdichtung, Umorganisation und Ausgliederungen.

Wenn nun der hessische DGB Ende März 2001 zu einer zentralen Veranstaltung gegen eine als unzureichend empfundene Betriebsverfassungsreform nach Marburg aufruft, dann ist dies fast noch schlimmer als das übliche Dampf-ablassen – denn es muss jedermann klar sein, dass es zu diesem Zeitpunkt, nachdem alle DGB-Spitzen dem Regierungsentwurf zugestimmt hatten, keine nennenswerten Änderungen mehr geben kann.

Mit ihrer Politik repräsentieren die DGB-Spitzen die immer noch breiten Schichten der Arbeitnehmer in den exportorientierten Kernindustrien Deutschlands: Chemie, Straßenfahrzeugbau und Maschinenbau, denen der Kapitalismus auch bei wachsender internationaler Konkurrenz seit Jahrzehnten einen früher nicht gekannten Wohlstand zu garantieren scheint. Die Arbeitslosen, die vielen Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen, die große Mehrzahl der Rentner, die Beschäftigten in Krisenbranchen, wie insbesondere der Bauindustrie, sie bleiben bei dieser Politik auf der Strecke. Ein großer Teil der Jugend sieht keine berufliche Perspektive.

Die Gewerkschaften verbinden ihr Eigeninteresse mit dem des Kapitals. Die IG Metall drückt es in ihrer eigenen Propaganda für das neue Betriebsverfassungsgesetz aus: »Die Modernisierung der Mitbestimmung dient dem Standort Deutschland.« Von wegen Solidarität der Lohnabhängigen, schon gar nicht mit den Kollegen aus anderen Ländern. Die Gewerkschaftsspitzen verkaufen die sozialen Interessen der

arbeitenden Bevölkerung an das Kapital, um sich mit der Ausweitung der Institution Betriebsräte auf Klein- und Mittelbetriebe eine Ersatzbasis zu schaffen. Sie haben in der Auseinandersetzung um die Rentenreform immer wieder eine Verquickung mit dem BetrVG hergestellt, so als ob die Zugeständnisse bei der Rentenreform durch die Segnungen des BetrVG aufgewogen würden. Doch die Unternehmer müssen letztlich nicht einmal Zugeständnisse machen, weil und solange die Arbeiterklasse nicht kämpft.

Zur Zeit sind sich Regierung, Unternehmer und Gewerkschaftsführung darin einig, ihre Differenzen auf der Ebene zu führen, auf der sie sich alle auskennen und den Streit deshalb »im Griff« haben: Das ist die Ebene der Paragraphen und ihrer Interpretation, also die juristischen Auseinandersetzungen – ohne die große Zahl der Beschäftigten und Gewerkschaftsmitglieder.

Im Moment geht es darum, was durch Tarifvertrag (und somit durch Gewerkschaften) und was durch Betriebsvereinbarung (also durch Betriebsräte) geregelt wird. Die Unternehmer streben zur Betriebsvereinbarung. Es wird darauf hinauslaufen, dass sie in absehbarer Zeit den § 77, Abs.3 des BetrVG kippen wollen. Er legt u.a. fest, dass eine Betriebsvereinbarung keine schlechteren Bedingungen für die Beschäftigten festlegen kann, als ein dort gültiger Tarifvertrag.

Dieses schon erkennbare politische Ziel der Unternehmer würde die Tarifpolitik der Gewerkschaften, ihr Ein und Alles, in der Substanz erschüttern. Zu verhindern ist das nur, wenn der Gewerkschaftsapparat die dünne Luft der Paragraphen verlässt und sich wieder auf die Kraft des betrieblichen Widerstands besinnt. Das wiederum erfordert eine völlige Umkehr der partnerschaftlich-kriecherischen Politik, was dieser Apparat aus sich selbst heraus nicht leisten kann. Die betriebliche Basis, die den entsprechenden Druck entwickeln müsste, braucht dafür in ihren Reihen gewerkschaftliche Kader, die ohne jedes Karriere-Interesse in Gewerkschaft oder Unternehmen über die Klassenverhältnisse aufklären. Sie fehlen zur Zeit, sie zu schaffen, ist die Aufgabe.

Die Kraft, Interessen der Belegschaft gegen den Unternehmer durchzusetzen, kann nur durch die Belegschaft selbst bzw. durch das solidarische Handeln der Lohnabhängigen über den Betrieb hinaus, als Gewerkschaft aufgebracht werden. Nur wenn Betriebsräte vom Vertrauen und der Kampfkraft der Kollegen getragen werden, können sie ihre Tätigkeit nicht als Job, sondern als politische Aufgabe im Kampf ihrer Klasse wahrnehmen.

15.4.01 ■

HEINZ KUNDEL

27. 8. 1914 – 16. 12. 2000

Im Dezember 2000 nahmen die nächsten Angehörigen, Freunde und Genossen Abschied von Heinz Kundel. Wir Jüngeren verdanken ihm viel.

Heinz brachte in unsere politische Arbeit den selbst erlebten Klassenkampf am Ende der Weimarer Republik ein. Seine aufrechte antifaschistische Haltung in der Nazizeit ließ Jüngere zu ihm aufblicken. Wenn Heinz im politischen Gespräch etwas sagte, spitzten die Anwesenden die Ohren, denn von ihm kamen grundsätzliche Aussagen, er gab aktuellen Ereignissen historischen und internationalen Hintergrund. Was er vortrug, war erlebte Geschichte. Jeder konnte es nachvollziehen. Immer wieder regte er uns an, die Erfahrungen der Kommunisten in Deutschland zu studieren.

Heinz trat anderen Menschen mit Verständnis gegenüber, nicht als Besserwisser. Warmherzig haben wir ihn erlebt. Freundlich, zuvorkommend. Wenn er Familien von politischen Freunden besuchte, hatte er stets einen Blumenstrauß dabei.

Eine Reihe von Menschen, die mit Heinz ein Stück des Weges gemeinsam gegangen sind, haben Karriere gemacht, das heißt, sie haben schließlich die Lösung ihrer persönlichen Probleme in den Vordergrund gestellt. Heinz hat seit seiner Jugend nie das Ziel, die historische Aufgabe der Arbeiterklasse, aus den Augen verloren. Die Gefahren in der Nazizeit, in der Kriegsgefangenschaft und die Hungerzeit nach dem Kriege haben ihn nicht wanken lassen. Er war für uns das Beispiel für Festigkeit im Charakter wie in der Theorie, ein Beispiel für Geradlinigkeit und Unkorruptierbarkeit. Er hat sein Leben lang auf persönliche Vorteile verzichtet und uns somit ein Leben im Dienste der Arbeiterklasse vorgelebt.

So war er das Herz der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik. Und das seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Heinz' Leben war früh mit der revolutionären Arbeiterbewegung in Bremen verbunden. Er wurde am 23.8.1914 im



Bremer Arbeiterviertel Gröpelingen geboren. Sein Vater war als Hufschmied aus Vorpommern nach Bremen gekommen, heiratete hier und arbeitete dann auf der AG Weser. Dort kam er mit den Bremer Linksradikalen in Verbindung.

Heinz' erste Erinnerung reichte zurück bis zum Februar 1919: Die Division Gerstenberg, die im Auftrag des sozialdemokratischen Ministers Noske die Räterepublik in Bremen niedergeschlagen hatte, machte in Nachbarstraßen Biwak, bevor sie die AG Weser einnahmen, die von den Werftarbeitern besetzt gehalten war. Und der Vater war dabei. Die Kinder spuckten die Soldaten an und flüchteten dann schnell nach Hause zu den Müttern.

Nach der Niederschlagung der Revolution erlebte Heinz die Spaltung der Arbeiterklasse. Kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter sprachen nicht mehr miteinander. Schon auf dem Weg zur Arbeit gingen Kommunisten und Sozialdemokraten getrennt. Hass und Ohnmacht fühlten die kommunistischen Arbeiter: Karl und Rosa – Ebert hat ihre Ermordung mindestens gebilligt. Die sozialdemokratischen Arbeiter vertrauten den Versprechungen Eberts und Scheidemanns, den Sozialismus mittels des Stimmzettels in der bürgerlichen Republik erreichen zu können.

So erlebte Heinz schon als Kind die Notwendigkeit der Einheitsfrontpolitik, die der Arbeiterklasse gemeinsame Kampferfahrungen wieder möglich machen und Kraftbewusstsein wiedergeben konnte.

Heinz erinnerte sich gern an seine Zeit in der kommunistischen Kindergruppe. Da er nach dem frühen Tode seiner Mutter bei vielen Diskussionen in der Wohnung seines Vaters dabei war, bekam er auch die Auseinandersetzungen um den Weg der Kommunisten mit: Nach der Einheitsfrontpolitik und dem Oktober 1923 der ultralinke Kurs 1924/25, die Kampagne zur Fürstenenteignung. Willi Deisen, geprägt von den Bremer Linksradikalen und sein Schwager Adolf Ehlers, die schon 1924 zusammen mit Ludwig Stein und

**SJV – OPPOSITIONELLE KOMMUNISTISCHE ARBEITERJUGEND
IN BREMEN VOR 1933**



**HEINZ (LINKS) BEI DER AEG-SCHIFFBAU
IN DEN KRIEGSJAHREN**



J. Brodmerkel als Gegner der ultralinken Kurses aus der KPD ausgeschlossen worden waren, nahmen oft an diesen Diskussionen teil. Willi Deisen und Adolf Ehlers, die als Betriebsräte auf der AG Weser wirkten, wurden zu Heinz Kundels politischen Ziehvätern.

Als sich 1928 in der KPD der ultralinke Kurs endgültig durchsetzte, der RGO-Kurs, die Sozialfaschismuspolitik, die Spaltung der Massenorganisationen und die »Einheitsfront von unten« dem einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse entgegenstand, den Graben zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern verbreiterte, wurden auch in Bremen wieder oppositionelle KPD-Genossen aus der KPD ausgeschlossen. Sie bildeten 1929 die Kommunistische Opposition (KPD-O). Entgegen der Linie der KPD war es Ziel der KPD-O, eine Verbindung zwischen Tageskampf und dem Kampf um das sozialistische Endziel herzustellen. Heinz gehörte zu den Gründern der oppositionellen Gruppe des Kommunistischen Jugendverbandes (KJO) in Bremen. Ihr Wirkungsfeld war die Gewerkschaftsjugend, Sportvereine und Kulturorganisationen, wo die Jugendgenossen versuchten, junge Menschen vom Reformismus zu lösen. 1929 begann Heinz seine Lehre als Elektriker.

Auch für die Bremer KJO überschlugen sich bald die Ereignisse: Als Sozialdemokraten und besonders viele Jugendliche in der Sozialistischen Arbeiterjugend in Widerspruch zur Regierungspolitik der SPD gerieten (Wahlversprechen »Kinderspeisung statt Panzerkreuzerbau« – nach der Wahl Bau des Panzerkreuzers), kam es 1931 zur Spaltung. Mit der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAPD) und des Sozialistischen Jugendverbandes (SJV), sah Heinz mit seinen Freunden in der KJO die Möglichkeit, viele junge Menschen in ihrer revolutionären Entwicklung zu beeinflussen. Das Motto dieser Jugend war: »Republik ist nicht viel – Sozialismus heißt das Ziel!« Die Bremer KJO trat in den Sozialistischen Jugendverband ein. Die Mehrheit der KPD-O auf Reichsebene mit Brandler und Thalheimer verneinte die Möglichkeit, aus der SAP eine Partei mit kommunistischen Grundsätzen und kommunistischer Politik machen zu können, während eine Minderheit mit Paul Frölich und Jakob Walcher in die SAP eintraten. In Bremen blieben die Bande zwischen beiden Richtungen immer erhalten.

In jedem Stadtteil hielten Heinz und seine Freunde nun Kurse ab. Die neu entstandene Arbeiterjugend kämpfte um die Verwirklichung der Einheitsfront gegen den Faschismus. In mehreren Stadtteilen kamen überparteiliche Massenversammlungen zustande. Sie organisierten und sammelten Unterschriften für die Schaffung überparteilicher Kampfausschüsse gegen den Faschismus und für die Schaffung eines gemeinsamen Kampfprogramms. Eine gemeinsame Aktion ist in Erinnerung: In Gröpelingen wurde eine Straßenbahn umgekippt, um den Einmarsch der Nazis in den Stadtteil zu verhindern. Doch die Zeit war zu kurz. Die Masse der Arbeiter glaubte an die Kraft der großen Parteien, die SPD, unter großen Opfern aufgebaut, und die KPD, unterstützt durch die KpDSU.

So musste Heinz erleben, wie die Arbeiterklasse kampfunfähig war und nicht verhindern konnte, dass die Bourgeoisie den Nationalsozialisten die politische Macht übergab. Eingebunden in die bürgerliche Gesellschaft war die Führung der Sozialdemokraten nicht bereit, die Massen zum Kampf aufzurufen. Die SPD-Reichstagsfraktion biederte sich sogar noch den Nazis an, indem sie ihre Außenpolitik unterstützte. Die ADGB-Führung forderte die Arbeiter auf, sich am 1. Mai 1933, als »Feiertag der nationalen Arbeit«, »festlich zu beteiligen«. Auch in Bremen besetzten am 2. Mai die Nazis das Gewerkschaftshaus. Mehr als 30 Bremer Gewerkschaftsfunktionäre, denen der Kampf gegen den Kommunismus wichtiger gewesen war als der Kampf der Klasse gegen den Faschismus, kamen auch hier in Schutzhaft. Alle Organisationen der Arbeiterklasse wurden vernichtet.

Mit dem Ende seiner vierjährigen Lehre ging auch Heinz 1933 in die Arbeitslosigkeit. Politisch begann für ihn die Arbeit in der Illegalität. Die beste Zeit seines Lebens wurde geprägt durch den ungeheuren Druck durch den NS-Terror einerseits und den politischen Zusammenhalt unter den illegal arbeitenden Genossen andererseits.

Mit seiner Verhaftung war 1944 für Heinz die illegale politische Arbeit zu Ende. Er kam nach Verhören bei der Gestapo an die Westfront, wo er in britische Gefangenschaft geriet.

Im Kriegsgefangenenlager Ascot waren die Häftlinge nach politischen Richtungen organisiert. Heinz gehörte zu den Linken des »Kreml«, die in steter Auseinandersetzung mit den Katholiken des »Vatikans« waren. Die vielfältigen politischen Diskussionen bedeuteten für ihn eine wichtige Bereicherung. Er erlebte in den Lagern Ascot und Wiltonpark, wie die Briten und Amerikaner die »demokratische Umerziehung« des deutschen Volkes vornehmen wollten. Ein politischer Einheitsbrei war ihr Ziel. Als sich nach der deutschen Kapitulation die Besatzungspolitik abzeichnete, und die Linke im Lager eine klare politische Aussage vom Klassenstandpunkt aus an die Gefangenen herantragen wollte, wurde das Lager aufgelöst. Wer sich zur Zusammenarbeit mit den Engländern bereit erklärte, wurde sofort entlassen. Die anderen ein Jahr später. 1946 kam Heinz aus britischer Kriegsgefangenschaft zurück mit der Erkenntnis: Keine Unterordnung unter die Interessen der Besatzungsmächte.

Heinz stand mit seiner Meinung im Gegensatz zur SPD und zur KPD: Die deutsche Arbeiterklasse hatte es zwar nicht geschafft, das faschisti-

DER EINMARSCH DER NAZIS NACH GRÖPELINGEN SOLLTE MIT EINER UMGESTÜRZTEN STRASSENBAHN VERHINDERT WERDEN. HEINZ WAR AN DIESER AKTION BETEILIGT.

Freitag im roten Gröpelingen



Ein Straßenbahnwagen kippt



Der andere liegt schon

Am 4. Januar 1945 sprach Heinz über den britischen Sender BBC zu den Bremern:

»Ich spreche heute als Kriegsgefangener zu Euch, und vielleicht erkennt der eine oder andere meine Stimme. Wie oft haben wir in den vergangenen Jahren im Luftstützpunkt zusammengesessen oder sind durch dunkle Straßen gelaufen und haben diskutiert. Wie oft haben wir uns die Frage vorgelegt, hat es noch einen Sinn weiterzumachen? – Kann man mit Dreiergruppen und Vertrauensleuten einen bescheidenen Einfluss gewinnen? So mancher gute Genosse, der noch in den Vorstellungen der alten Massenparteien dachte, war deprimiert und machte nicht mehr mit. Die Passivität und die Niedergeschlagenheit, die wir in den Betrieben fanden, war für uns noch bedrückender als der Terror der Gestapo. Wir, die Unentwegten, machten weiter. Aber mit der Dauer des Krieges, mit den wachsenden Leiden und Opfern, mit jeder Niederlage an den Fronten, wuchs unsere Zahl und unser Einfluss. Nach fünf Jahren Krieg sahen auch die Passivsten und Mutlosesten unter uns, dass die Angst vor den Konsequenzen des Handelns das eigene Leben und das der Familie nicht rettet und sichert. So mancher der UKP-Gestellten glaubte, den Krieg sicher überwintern zu können, wurde ausgekämmt, kam an die Front und fiel. Auch für die Daheimgebliebenen kamen die Bomben.

In den letzten Monaten diskutierten wir nicht mehr über über die Notwendigkeit, mit dem Krieg Schluss zu machen. Des Krieges ist heute jeder müde. Was uns beschäftigte war die Frage: WIE können wir Schluss machen?

Ich glaube, wir sind uns in einem Punkt alle einig. Um Schluss zu machen, müssen die Arbeiter sich wieder ihrer eigenen Kraft bewusst werden. Müssen sich organisieren, müssen solidarisch auch mit ausländischen Arbeitern sein. Die deutsche Arbeiterschaft ist eine Kraft, wenn sie einig ist und wenn sie weiß, was sie will. Mit jeder politischen Gruppe, die den Sturz Hitlers will, müssen wir zusammenarbeiten. Wir müssen aus der Isolierung, aus der Passivität heraus und handeln. Zwölf Jahre lang unter dem furchtbarsten Naziterror, haben wir uns nicht brechen lassen. Jetzt kommt unsere Stunde. Seien wir bereit, sie wahrzunehmen.« ■

sche Joch aus eigener Kraft abzuschütteln. Doch die westlichen Alliierten sahen für sich die potentielle Gefahr einer revolutionären Entwicklung in Deutschland – wie schon nach dem Ersten Weltkrieg. Mit der Politik der bedingungslosen Kapitulation wollten sie eine solche Entwicklung verhindern. Auch wenn sie Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge befreit haben, bleiben die westlichen Alliierten der internationale Klassengegner der deutschen Arbeiterklasse.

Da KPD und SPD, die vor 1933 versagt hatten, jetzt auf eine Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten setzten, organisierte er mit KPD-O- und SAP-Genossen, die Krieg und Nationalsozialismus überlebt hatten und keine führenden Positionen angenommen hatten, die Bremer Gruppe Arbeiterpolitik. Heinz und seine politischen Freunde sahen sich vielen neuen politischen Fragen ausgesetzt: Welche Rolle spielen die zugelassenen Parteien? Wie stehen wir zur Frage der Reparationen und Demontage? Sollen wir uns an den von den Besatzungsbehörden erlaubten Gewerkschaften beteiligen? Wie stehen wir zur Zerstückelung Deutschlands in vier

WAS KANN MAN TUN?

Fast jeder Deutsche weiß, dass der Krieg verloren ist — und dass es an Deutschland selbst liegt, das Ende zu beschleunigen. Viele fragen sich aber, was man unternehmen kann. Man kann allerhand:

- ▶ Man kann sich zusammenschließen — mit gleichgesinnten Nachbarn und als Arbeiter mit anderen deutschen und fremden Arbeitskameraden.
- ▶ Man kann die Nazis genau beobachten und sich die Namen von Kriegsverlängerern merken — und insbesondere Personen, die sich Greuelthaten, ob gegen Deutsche oder Ausländer, zuschulden kommen lassen.
- ▶ Man kann die Wahrheit verbreiten, indem man sich über den tatsächlichen Stand der Dinge unterrichtet und mutig den Nazi-Phrasendreschern und Gerüchtmachern entgegentritt.
- ▶ Man kann mit den Soldaten sprechen und ihnen klarmachen, dass ihr Opfermut den Krieg und damit die Leiden der Heimat jetzt nur noch verlängert.
- ▶ Man kann sich der Evakuierung widersetzen, indem man sich und seine Familie versteckt hält und seine Habe im Verein mit Gleichgesinnten gegen Plünderer schützt.
- ▶ Man kann Unterschlupf gewähren den Todeskandidaten des Volksturms, den Fremdarbeitern und den Volksgenossen, die ingeheim mutig gegen das nationalsozialistische Terror-System arbeiten.*
- ▶ Man kann Lebensmittel zurückbehalten, wenn die Parteifanatiker Bestände ins Reichsinnere verschleppen wollen. Was zurückbleibt, wird der Gemeinschaft helfen.
- ▶ Man kann das Gemeingut schützen, wenn sich die alliierten Truppen nähern und es dann gewissenlose Partei-Elemente gibt, die vor ihrem Verschwinden noch möglichst viel Schaden stiften wollen.

Man kann selbst für den Frieden kämpfen. Dazu ist Mut erforderlich — und straffes Zusammenhalten gegen Gestapo und SS. Aufträge und Befehle kommen von den Führern der Widerstandgruppen.

So haben tausende Deutsche in den Westgebieten gehandelt — in Kohlscheid, Kornelimünster, Ubach, Brand, Esingen, Grotenrath und vielen anderen Gemeinden. Sie hatten erkannt:

MAN KANN DEN FRIEDEN BESCHLEUNIGEN!

* Wer Mitglieder der Wehrmacht befreit, hat dies selbst nach Entziffern der Alliierten den Mitkämpfern zu melden.

1945: FRIEDE DEN HÜTTEN – KRIEG DEN PALÄSTEN
(GEORG BÜCHNER)

Besatzungsgebiete, zur Annexion deutscher Gebiete im Osten und im Westen, zu der barbarischen Austreibung von Millionen Deutschen aus ihrer Heimat? Können wir die Sowjetunion auf der einen Seite und die Westmächte auf der anderen Seite über einen Kamm scheren?

Es war Heinz zwar möglich, als Mitglied der KPD seine Erfahrungen in der Partei vorzutragen. Wenn es jedoch darum ging, die Konsequenzen daraus zu ziehen: Wer mitwirkt am Aufbau unter den Alliierten, ist an ihrem Gängelband, also am Gängelband des Klassengegners, so zeigte sich, dass die Parteiorganisation fest in den Händen moskautreuer Genossen war. Der Ausschluss aus der KPD – 1949 als »Titoist« – war also nur eine Zeitfrage.

Die Bremer Genossen bekamen 1946 Kontakt zu alten KPD-O-Freunden in Hamburg und halfen, die Schriften und »Briefe aus der Ferne« von Thalheimer und Brandler aus Cuba zu vervielfältigen und zu verbreiten. Heinz fand hier klar ausformuliert, was er gefühlsmäßig gespürt hatte. Thalheimers Broschüren über die »Potsdamer Beschlüsse« und

über »Grundlinien und Grundbegriffe der Politik nach dem Zweiten Weltkrieg« wurden Ende der vierziger Jahre zur programmatischen Aussage über die Politik in Deutschland. Sie festigten die Genossen in ihrem Standpunkt und half ihnen entscheidend in den Diskussionen mit Kollegen und in der politischen Öffentlichkeit. Heinz war beteiligt an der Organisation des Druckes der ersten Ausgaben der Zeitschrift »Arbeiterpolitik« 1948 – ohne Lizenz der Besatzungsmächte, also illegal.

Die Selbständigkeit gegenüber der Besatzungspolitik und der Widerspruch zu den Kräften in Gewerkschaften, in SPD und KPD, die sich den Alliierten unterordneten, wurde reale Politik der Gruppe z.B. im Widerstand gegen die Demontage der Salzgitter-Werke. Dort standen Genossen der »Arbeiterpolitik« an die Spitze des Widerstandes, die schon im Widerstand gegen die Nazis standhaft geblieben waren. Arbeiter zerstörten die schon (auf britischen Befehl) gelegten Sprengzündleitungen. Heinz holte den Betriebsratsvorsitzenden der Reichswerke, Erich Söchtig, zu einer Versammlung mit vielen Gewerkschaftern nach Bremen. Erich Söchtig berichtete über die Besetzung der Salzgitter-Werke durch die Arbeiter: Ein Kampf gegen die Panzer der britischen Besatzungsmacht, gegen die Führung der IG Metall, gegen SPD und KPD.

An seinem Arbeitsplatz, den Überlandwerken Nord Hannover wurde Heinz in den Betriebsrat gewählt. Dort gab er mit seinen betrieblichen Genossen schon 1948 ohne Lizenz die Betriebszeitung »Der Funke« heraus, die zu Betriebs- und Gewerkschaftsfragen vom Klassenstandpunkt aus Stellung nahm.

Mit dem Aufkommen des Wirtschaftswunders erlebte Heinz den einhergehenden Niedergang des politischen Bewusstseins in der Arbeiterklasse. Diese Entwicklung hatte auch auf die Gruppe Arbeiterpolitik ihre Auswirkung: Als 1959 führende Genossen in Stuttgart und Salzgitter in die SPD eintraten, das Erscheinen der »Arbeiterpolitik« einstellten, beschlossen Heinz und die Bremer Genossen politisch weiter zu arbeiten. Zuwachs erfuhr die Gruppe durch ehemalige »Borgward«-Lehrlinge, an deren politischer Schulung Heinz und andere Bremer Genossen mitgewirkt hatten. Unterstützt von Heinz Brandler gab die Bremer Gruppe zunächst die »Briefe an unsere Leser – Informationen der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik« hektografiert heraus, dann gedruckt die »Arbeiterpolitik – Informationen der Bremer Gruppe«, bis die »Arbeiterpolitik« wieder als Organ der gesamten Gruppe erschien.

Monatlich luden Heinz und die Bremer Genossen zu Leserversammlungen ein, auf der über aktuelle politische Fragen, besonders aber über das Wesen der Sowjetunion referiert und diskutiert wurde.

Mit der Studentenbewegung, den Schülerdemonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen und den »wilden« Streiks 1969 griffen Mitglieder der Bremer Gruppe ins politische Geschehen ein.

Der Kampf der Belegschaft der Klöckner-Hütte Bremen wurde fort hin ein wesentlicher Inhalt der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik. Heinz bremste junge Freunde dabei, die »wilden« Streiks in ihrer politischen Wirkung überzubewerten. Als dieser erfolgreiche Kampf in die Studenten- und Schülerbewegung ausstrahlte und auf junge kritische Menschen anziehend wirkte, unternahm Heinz Anstrengungen, den jungen Menschen die Erfahrungen der kommunistischen Bewegung zu vermitteln.

Ob es darum ging, aufkommende Bewegungen einzuschätzen, wie die Ökologie- oder die Anti-Atombewegung, oder Genossen aus neuen linken Initiativen und Ansätzen in Bremen mit den Erfahrungen der Arbeiterbewegung bekannt zu machen, Heinz war immer beteiligt und mit Rat und Tat dabei, drängte sich dabei aber nicht in den Vordergrund. Immer hörte er zu und ging auf die Vorschläge und Gedanken der Menschen ein, die seinen Rat suchten. So waren für ihn auch immer wieder Schulungen wichtig, die zum Ziel hatten, die Erfahrungen der kommunistischen Bewegung nutzbar zu machen und selbständig denkende und handelnde Genossen heranzuziehen: über die Entwicklung der Sowjetunion, über die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung oder die KPD.

In allen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf sich Bremer Genossen von der Gruppe abspalteten, stand Heinz zu unseren politischen Grundsätzen, behielt er einen klaren Überblick über die wichtigsten Kriterien unserer Arbeit. Das galt für die Einschätzung der Gewerkschaftsarbeit nach 1968, der Ökologiebewegung und in der Folge der Zusammenarbeit mit der Partei der »Grünen« und später für die Wahlbeteiligung linker Betriebsfunktionäre an der Bürgerschaftswahl 1983. War die politische Sammlung als »Betrieblich alternatives Bündnis« ein Fortschritt, weil die bisherigen Möglichkeiten für Betriebsratsarbeit schwanden, so konnte der Stimmzettel den Arbeitern keinen politischen Ausweg zeigen.

Anknüpfend an die Erfahrungen der dreißiger Jahre vermittelte Heinz den in der Bremer Gruppe weiter arbeitenden politischen Freunden: Arbeitet heraus, wie die Tarifpolitik der Gewerkschaften bei Betriebsschließungen und angesichts der Massenarbeitslosigkeit am Ende ist. Die Gewerkschaftsarbeit muss deshalb politischer werden. Es kann nicht beim Ziel bleiben, sich als Lohnarbeiter besser zu verkaufen. Sucht Ansatzpunkte für politische Gespräche mit den Kollegen. Und versucht so, unter den Kollegen die Einsicht verbreitern, dass letztlich die Lohnarbeit selbst abgeschafft werden muss – also die kapitalistische Produktionsweise.

Heinz verhehlte nicht, dass auch ihn der Zusammenbruch der Sowjetunion betroffen gemacht hat. Doch er war in der Lage, Jüngeren zu vermitteln, unter welchen schwierigen Bedingungen versucht worden war, den Sozialismus in der Sowjetunion aufzubauen. Und wichtig die Schlussfolgerung, die unsere eigene Arbeit betrifft: Die sozialistische Revolution hat ihren Durchbruch erst gewonnen, wenn sie sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern durchsetzt.

Ein Sozialismus ist unmöglich ohne eine aktive und eigenständige Arbeiterklasse. Diesen Grundsatz hat Heinz auch stets in Bezug auf die DDR vertreten: Ihr fehlten im revolutionären Kampf entstandene Arbeiterräte als Machtorgane.

Heinz hat in jungen Jahren die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse gegen den Faschismus erlebt und musste in seinen letzten Lebensjahren auch noch die zunehmende Entsolidarisierung unter den Lohnabhängigen erleben. Sein Leben hat politische Höhepunkte, besonders aber auch Tiefpunkte gehabt. Deshalb ist eins der letzten Worte Karl Liebknechts für ihn so treffend: *»Wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz bis ans Ziel. Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wird unser Programm!«* ■

Von Heinz Kundel autorisierte Zusammenfassung seines 1944 verfaßten Berichtes über die illegale Arbeit in Bremen für die Kriegsgefangenen im Lager Ascot:

In die Illegalität

Ende 1931 waren die meisten Bremer KPD-O-Genossen und die Jugendgruppe KJO in die SAP bzw. in den SJV (die ehemalige SAJ) übergetreten. Sie übernahmen die politischen Leitungsfunktionen. Die SPD hatte mit der Abspaltung von SAP und SJV in Bremen ihre besten politischen Nachwuchskräfte verloren. Sie hatte auf das Aufbegehren ihrer Jugend gegen den Panzerkreuzerbau und dann gegen die sozialdemokratische Tolerierung der Brüning'schen Notverordnungen, die den sozialen Abbau beinhalteten, nur mit Ausschlüssen antworten können. Diese Jugend, die eine einheitliche Front gegen den Nationalsozialismus forderte, war durch ihre Lösung von der Sozialdemokratie aufnahmebereit für kommunistisches Gedankengut geworden. Sie brachte in Bremen den KPD-O-Genossen großes Vertrauen entgegen. Eineinhalb Jahre blieben bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme – Zeit, unter diesen jungen Genossen zu wirken.

Schon vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten hatte die Bremer SAP begonnen, sich auf die Illegalität

Erzwingt die Einheitsfront

Kurzlich hat die SA2 (Sozialistische Arbeiterleitung) einen Befehl des berechtigten SA-Gruppenführer Heine veröffentlicht, in dem es heißt:

„Die Straße gehört uns, die Nazis und das nazistische freundelesige Gesindel hat nichts mehr auf der Straße zu suchen!“

– um es sich hier nicht um eine leere Drohung, sondern um das Programm der Nazi handelt, bewiesste der blutige Terror der besonders während des 30. Januar landauf, landab von den Nazihorden verübt wird. Schon jetzt herrschen in Deutschland in manchen Orten Zustände, wie sie uns aus Italien bekannt sind. In Triest ein Ort bei Berlin, wird z.B. die Arbeiterschaft in unglaublicher Weise terrorisiert.

Es ist dort bereits soweit, daß es kein Arbeiter riskieren darf, sich nach neun Uhr Abends auf der Straße blicken zu lassen.

Dennoch hat sich der Terror nur gegen die Genossen der KPD und SAP gerichtet. Immer noch stehen die braunen Horden zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten keinen Unterschied mehr. Wir haben dort die schwächliche Tatsache zu verzeichnen, daß sich die Vertreter des Ortsausschusses des ADGB des Nachts zum Teil von der Polizei nach Hause begleitet lassen.

Dieser Terror ist nur möglich, weil die örtliche Einheitsfront, die viel zu spät zustande kam, schon nicht mehr genügt, um mit den aus der ganzen Umgebung zusammengezogenen Nazibanden fertig zu werden.

Die Arbeiterschaft wird den Faschismus nur zurück- und niederschlagen können, wenn sie auf der ganzen Linie geschlossen und entschlossen den Kampf aufnimmt. Jeder muß begreifen, daß es jetzt um Tod und Leben geht. Entweder bringt die Arbeiterschaft die Kraft auf, den Faschismus niederzuschlagen oder sie wird vom Faschismus zertrampelt werden. Ein Kompromiss gibt es nicht.

Jede Spekulation auf die Gegensätze innerhalb der Regierungskoalition und auf die unausbleibliche Enttauschung, die sich bei den Anhängern der Nazis einstellen muß, wird der Arbeiterschaft zum Verderben gereichen, wenn sie unter der billigen Parole „abwirtschaften lassen“ zur Rechtfertigung der Passivität und der weiteren Sabotage der Einheitsfront dienen soll. Es ist richtig, daß zwischen den Nazis und den Deutschnationalen ernste Gegensätze bestehen, es ist auch richtig daß die Enttauschung der Nazianhänger unausbleiblich ist, daß wir uns aber nur dann zu Gunsten der Arbeiterschaft auswirken, wenn es gelingt, jetzt sofort die aktive Einheitsfront der Arbeiterschaft herzustellen.

Nachdem die aktive Einheitsfront herzustellen und nicht erst an den Trümmern der Opfer des faschistischen Terrors, – davon liess sich die Bezirksleitung der SA2 nicht, als sie folgendes Schreiben an den Vorstand der SAJ an die Bezirksleitung der KPD und an den Ortsausschuss des ADGB richtete:

Bremen, den 14. Februar 1933

umzustellen. Bei ihrem Willen, für den Sieg der Arbeiterklasse zu kämpfen, und der Ernsthaftigkeit ihrer Arbeit erkannte sie doch rechtzeitig, dass eine Arbeitereinheitfront gegen den Faschismus nicht mehr geschaffen werden konnte. Auch bei diesem Bewusstsein war der Weg in die Illegalität nicht ein einmaliger Schritt, sondern ein Prozess, der mit eigenen Erfahrungen begleitet war.

Im April 1933 konnte schon nicht mehr wie gewohnt im Lokal getagt werden. Die Wirtsleute der Lokale, in denen man sich bisher versammelt hatte, standen unter dem Druck der SA und konnten keine Sicherheit mehr garantieren.

Welche Bedeutung die rechtzeitige Einstellung auf die neue Situation hatte, erfuhren die Genossen, als der erste Schlag der Gestapo sie gleich in ihrem Kern traf: Bei einer Durchsuchung von Alfred Bayers Zigarrenladen in der Wartburgstraße (hier war bis zur offiziellen Auflösung die Geschäftsstelle der SAP gewesen) wurde Karl Grobe, ein führender Genosse, überrascht, als er hinzukam. In seiner Tasche war ein Packen der letzten Ausgabe des »Kampfsignals«, gerade bei Robert Meyer zusammengestellt.

Drei wichtige Genossen kamen in Untersuchungshaft: Erika und Alfred Bayer, die bald wieder entlassen wurden und Karl Grobe, der zehn Monate nach Vechta kam, weil er die ganze Verantwortung für die illegalen Zeitungen auf sich genommen hatte und damit Erika und Alfred Bayer entlastete.

Weiter konnte die Gestapo nicht in die Bremer SAP eindringen. Sie suchte zwar noch lange nach einem Heini, der ihnen aus dem Material von Hausdurchsuchungen als Leiter und Anlaufstelle bekannt war; Heini Busch hatte sich jedoch schon ganz umgestellt und keinen festen Wohnsitz mehr. Einzige Anlaufstelle war für lange Zeit nur noch ein einziger Genosse, der Junggenosse Christl Stein.

Die Festigkeit des politischen Kerns strahlte aus auf die ganze in die Illegalität übergegangene Gruppe und gab den Genossen Rückhalt. Träger der Arbeit waren die Aktiven aus dem SJV, jetzt 18- bis 30-jährige junge Genossen. Einer ihrer legalen Treffpunkte war der Allgemeine Bremer Kraftsportverband (ABKV). Jeder Genosse hatte seinen Wirkungskreis. Weiter gepflegt wurden die persönlichen Kontakte zum Verein für Sport und Körperkultur (später Tura), in dem eine aktive Faltbootgruppe tätig war, zu bekannten Reichsbanner-

I. MAI 1933 IN BREMEN UNTERM HAKENKREUZ:
DER ADGB RIEF MIT DAZU AUF



leuten, die jetzt im Arbeitsdienst tätig waren und zu den Jungpazifisten. Der aktive Kern hielt enge Verbindung. Konnte man sich anfangs noch in größerer Zahl treffen, wie zum Gedenken des 4. Februars oder auf Fahrradtouren in die Umgebung Bremens, so konnten in der weiteren Entwicklung immer nur wenige Genossen zusammenkommen. Die Mitglieder waren in Fünfergruppen zusammengefasst, die Funktionäre wiederum in Dreiergruppen. Man empfahl sich gute Filme und organisierte u.a. im Bremer Theater Beifall auf offener Szene beim Satz »Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!« in Schillers »Don Carlos«. Durch die langjährige politische Arbeit waren den Genossen viele politisch Aktive bekannt, die man ja unter den Bekannten auch in der Zeit nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wieder traf. So war ein wichtiger Teil aller Informationsgespräche in den Gruppen: Wer hatte sich vom Klassenstandpunkt weg entwickelt, wer war übergelaufen, wer zeigte sich ansprechbar, konnte über Gespräche und Diskussionen zur Gruppe gebracht werden? Der Informationsfluss über die Kontakte erwies sich als lebenswichtig. In den kleinen Gruppen wurden die Ausarbeitungen der Berliner Zentrale und die Informationsblätter der Exilgenossen, die von Auslandsreisen mitgebracht wurden, diskutiert. Einen breiten Raum nahm dann später der Kampf der spanischen Arbeiter gegen Franco und die Falange in den Diskussionen ein. In ihnen schwang die Hoffnung mit auf einen Kampf gegen die faschistischen Herrschaft im eigenen Lande. Der aktive SAP-Kern hielt während der ganzen Nazizeit stets Kontakt zu den Bremer KPD-O-Mitgliedern, die nicht zur SAP übergetreten waren. So konnte Willi Deisen, der profilierteste Bremer KPD-O-Genossen, als ehemaliger Bürgerschaftsabgeordneter auch viele Bürgerliche einschätzen, was für die Absicherung der illegalen Arbeit von großer Wichtigkeit war. Adolf Ehlers nahm wegen seines Bekanntheitsgrades und seiner angegriffenen Gesundheit nicht aktiv an der illegalen Arbeit teil. Er beriet die aktiven jungen Genossen in vielen Fragen.

Die Jüngsten im illegalen Kreise eigneten sich auf Schulungen Grundfragen des Marxismus an. Bei der praktischen Arbeit stand den Jugendlichen die Aufgabe, in ihrem Wirkungskreis, in ihrer Lehrwerkstatt, Vertrauen über die Berufsbildung hinaus zu gewinnen. (Die HJ ließ die Berufsausbildung einigermaßen schluren.) Bestand eine persön-

HITLERJUGEND VOR DEM BREMER RATHAUS



MARTIN MEYER

liche Beziehung, so konnte ein gutes Buch, zum Beispiel von Traven, Gorki, Sinclair, Ignazio Silone oder Jack London weitergegeben werden. Auf diese Weise wurde versucht, die Diskussionsthemen im eigenen Wirkungskreis zu lenken. Die Jugendgruppe bekam Material aus dem Ausland von der Freideutschen Jugend, dem KJV, christlichen Gruppen und dem SJV. Bei der Aufnahme von Verbindungen zu einer SAJ-Gruppe im Jugendchor des Arbeitergesangvereins, die in illegaler Arbeit wenig versiert war, wurde 1938 der verantwortliche Leiter der Jugendarbeit der SAP, Martin Meyer, von der Gestapo festgenommen und bis zum Kriegsende im Zuchthaus und in Lagerhaft festgehalten. Die Verhöre zeigten, dass die Gestapo von der illegalen Arbeit der SAP nichts wusste. Dank der Standhaftigkeit des Genossen und des Organisationsgrades der Gruppe konnte die illegale Arbeit fortgesetzt werden.

Die Zusammenarbeit der Organisation war in keiner Phase beeinträchtigt, im Gegenteil: Zuverlässige Genossen konnten gewonnen und in die illegale Arbeit aufgenommen werden. Zu den illegalen Gruppen in Nienburg und Wilhelmshaven konnten Verbindungen aufgenommen und so die Genossen dort mit politischen Informationen versorgt werden. Die politische Einflussnahme auf die Arbeiterschaft wurde jedoch immer schwieriger. Sieht man einmal von der revolutionären Tradition der Arbeiter der Weserwerft ab – in den Werkbereichen in denen langjährige Fachkräfte, die aufgrund ihrer Erfahrung nicht einfach ausgewechselt werden konnten, beschäftigt waren wie Dreher, Kupferschmiede etc., konnten sich die Kader durch dauerndes Abtasten ziemlich sicher bewegen – so war die faschistische Innenpolitik nicht ohne Folgen für das Bewusstsein der Arbeiterklasse geblieben. Nur durch die Beherrschung der Kunst der illegalen Verhaltensweise und des Informationsflusses war die relative Sicherheit der politischen Arbeit gewährleistet.

Die Ankurbelung der Wirtschaft, die von Anfang an den Charakter einer Vorbereitung zum kommenden Krieg trug, und die Wirtschaftsplanung mit dem Schlagwort: »Gebt mir vier Jahre Zeit«, hatten eine relative Stabilisierung zur Folge, die bei vielen Arbeitern die Meinung weckte, das Problem der Arbeitslosigkeit – ihr brennenstes Problem – sei gelöst. Der Bau von Wohnsiedlungen, die Ermöglichung von Urlaubsreisen auf KdF-Schiffen für weite Arbeiterkreise, Öffnung der Konzerthäuser und Kulturstätten für breite Volksmassen, Werbung für Volksauto, Volkradio und anderes mehr verfolgte den Zweck, die Arbeiterschaft in diesem Glauben zu stärken. Der nationale »deutsche Sozialismus« sollte die Arbeiter so gefügig machen, dass sie sich in die Kriegsmaschinerie einspannen ließen.

Für die illegal arbeitenden Genossen war hier der Ansatzpunkt zur Diskussion. Der Sicherheitsglaube des Arbeiters musste zerstört werden: Diese Vollbeschäftigung muss zum Kriege führen, denn die Absatzmärkte wurden von anderen kapitalistischen Märkten beherrscht.

Auslandsverbindungen

Die KPD-O- und KJO-Mitglieder, die 1931 in die SAP und in den SJV eingetreten waren, sahen ihre Tätigkeit als kommunistischen Auftrag. Deshalb wurde in der Illegalität gleich versucht, mit Brandler und Thalheimer Kontakt aufzunehmen, als die Nachricht durchkam, dass sie in Straßburg waren. Im Frühsommer 1933 versuchten zwei junge Bremer Genossen, Christl Stein und Heinz Kundel, nach Straßburg zu kommen. Bei Kehl kamen sie nicht über die Grenze, weil sie kein Visum hatten. Nach einigen Irrungen und einem Versteckspiel, bei dem sie sich gegenüber den NS-Grenzstreifen als Wanderburschen ausgaben, die sich verlaufen hatten, gelangten sie bei Waldshut über die Grenze in die Schweiz. In Schaffhausen nahmen sie Kontakt zu dem Leipziger KPD-O-Genossen Lieberasch auf. Mit einem Tornister voll Material (die erste illegale Ausgabe der KPD-O-Zeitschrift »Gegen den Strom«) kehrten sie nach Bremen zurück.

Als die Verbindung zu den skandinavischen SAP-Emigranten gerissen war, nahmen wieder diese zwei Genossen direkt Kontakt mit August und Irmgard Enderle in der skandinavischen SAP-Exilzentrale auf. Adressen wurden ausgetauscht und ein neuer Code festgelegt.

Juli/August 1937 fand ein Treffen in Göteborg statt, zu dem Bremen Martin Meyer als Delegierten entsandte. Von der Weser über die Grenze nach Kopenhagen zu kommen, war schon ein Abenteuer für sich – immer in der Ungewissheit, den unbekanntem Verbindungsmann zu treffen oder zu verpassen, und wenn man sich verpasste, trotzdem weiterzukommen. Auf der Tagung nahmen außer den Exilgenossen auch Berliner Delegierte teil. Fritz Sternberg referierte zur weltpolitischen Lage, August Enderle über Gewerkschaftsarbeit und Willy Brandt über Jugendfragen und Parteiorganisation. Die skandinavische SAP-Exilgruppe glaubte im Gegensatz zu den Emigranten in Paris (die die Entwicklung zum Weltkrieg sahen) an eine längerfristige faschistische Herrschaft in Deutschland. So kam es in Göteborg dazu, dass diskutiert wurde, wie sich in der Illegalität arbeitende Genossen auf eine längerfristige Herrschaftsperiode der Nazis einstellen können: Sollten Genossen aus Tarnungsgründen in NS-Randvereine eintreten, dort – wie auch in der Wehrmacht – Ausbilderfunktionen übernehmen? (Als Arbeitersportler brachten sie beste körperliche Voraussetzungen mit.) Welche Möglichkeiten bieten Führungsrollen im Arbeitsdienst? Am Arbeitsplatz sollte vor allem um Leistungszulagen gerungen werden, wobei stets zwei Mann zum Meister geschickt werden sollten. Da das Lohngefüge fest war, sah man hierin die einzige Möglichkeit, Unruhe in den Betrieb zu tragen.

Die politische Arbeit vor Ausbruch des Weltkrieges

Der Pakt der UdSSR mit Hitler-Deutschland und die damit gegebene Sicherung des deutschen Überfalls auf Polen lösten heftige Diskussionen in den illegalen Gruppen und den politisch interessierten Arbeitern aus. Beim Suchen nach einer klaren Antwort wurden so viele Fragen lebendig: Hat Russland das Bündnis aus Schwäche geschlossen? War es die Quittung auf die laue und zögernde Haltung Englands und Frankreichs bei den vorangegangenen Krisen? Fürchtete Russland die Zange Japan – Deutschland? Bedeutete es die Aufgabe des sozialistischen Aufbauwillens? Welche Zugeständnisse hatte Hitler an Russland gemacht? Wer war im Pakt der Getäuschte? – War Russland stark genug, den Faschismus und die bürgerlichen Demokratien zu überwin-

den, oder war es auf die Zusammenarbeit mit den westlichen Demokratien angewiesen? Welche Stellung sollten jetzt die englischen, französischen und polnischen Kommunisten einnehmen? War es nicht die Liquidierung der 3. Internationale? Waren Kräfte im Ausland, die klar sehen konnten? Konnte unter diesen Bedingungen die internationale Einheitsfront gegen den Faschismus wachsen? Bekamen die vorangegangenen Säuberungsaktionen in der russischen Armee und Partei jetzt ihren Sinn? Und welchen?

Viele solcher Fragen traten an die Kader heran, zermarterten die Köpfe. Als Mosaiksteinchen zusammengefügt, ergaben sie doch kein klares Bild. Die weitere Entwicklung musste helfen.

Ende August – Anfang September 1939 setzte die große Welle der Verhaftung aller bekannten sozialistischen Funktionäre ein. Die jüngeren und die weltkriegserfahrenen Genossen wurden zum Wehrdienst eingezogen. Der Rest arbeitete fieberhaft. vielerorts sah man zusammenstehende, diskutierende Gruppen, in denen politisch bewusste Arbeiter das Gespräch führten. Sie erregten die Aufmerksamkeit der Machthaber. Die Folge war die nationalsozialistische Anweisung, dass nicht mehr als zwei Mann zusammenstehen durften. An jeder Werkbank, in jedem Büro, wo immer sie standen, wirkten die illegalen Kader. Die an sich schon vorhandene Anti-Kriegsstimmung wurde zur akuten Gefahr. Es kam vor, dass uniformierte Nationalsozialisten auf der Straße angegriffen wurden.

Der Inhalt der Gespräche auf kurze Formeln gebracht: Ein neuer Weltkrieg mit großen Opfern! Das wahre Gesicht Hitlers! Unsere Arbeit war die Tätigkeit eines Grabschaufeln gewesen! Am Ende muss Hitler den Krieg verlieren. Was hätten wir für die 90 Milliarden Reichsmark an bisherigen Rüstungsaufwand bauen können? Deutschland hat die Schuld am Kriege! Die Demokratien können nicht länger zusehen. Denkt an München!

In den Kreisen politisch geschulter Arbeiter wurde ernster gerungen. Hier standen die durch den Krieg ausgelösten Fragen zur Debatte. Heftige Diskussionen wurden um die Klarstellung geführt. Hier gab es kein Ausweichen.

Begrüßt wurden die Nachrichten, die von einberufenen Genossen kamen: Die alten Veteranen des Weltkrieges – jetzt in Schulen, Tanzsälen oder Baracken untergebracht – wollten keinen Krieg. Es wurde offenbar über diese Fragen bis spät in die Nacht diskutiert. Die jungen Soldaten der Jahrgänge 1912 – 1916 waren gerade ein bis zwei Jahre aus dem Wehrdienst entlassen und hatten angefangen, sich Existenz und Familie aufzubauen. Die eben ausgedienten Jahrgänge kamen infolge des Krieges nicht zur Entlassung. Sie gingen einer unsicheren Zukunft entgegen. Die Stimmung war schlecht.

Berichte über Widerstandskämpfe in Österreich und der Tschechoslowakei führten im Kader zur Diskussion über die Frage des Zusammenfassens dieser Kräfte zu einer Kriegsgruppe gegen Hitler. Die schnelle Niederwerfung Polens, die scheinbare militärische Schwäche der Demokratien und das Zunehmen des inneren Terrors beantworteten diese Frage.

Die Wirkung des Blitzsieges über Polen auf den deutschen Arbeiter

Hatte die Mobilisierung die Arbeiter aufgerüttelt, so ließ der Blitzsieg über Polen sie wieder in ihre alte Lethargie zurückfallen. Bei den jungen, im Wehrdienst stehenden, indifferen-

ten Arbeitern bekam der Krieg ein freundlicheres Gesicht. Auch die Alten wollten nochmals »stramm« sein. Die Familienunterstützung war reichlich. Der Krieg fing an, dem Auswurf der Masse das Wort zu geben. Langsam aber sicher kam Siegesstimmung auf. Mit der Rückkehr der »*Sieger in achtzehn Tagen*« begann ein furchtbares Gift zu wirken. Die Ausdrucksform war ein neuer Terror, der den letzten Rest Vernunft beseitigte.

Wer wollte denn öffentlich als Pessimist gelten? Wer wünschte nicht für Deutschland den Sieg? »*Jawohl, es ist doch nun mal unser Vaterland.*« Und »*nach dem Siege wird schon alles gut werden!*«

Gegen diesen Strom schwamm die politische Garde der Arbeiterschaft. Sie hatte miteinander Fühlung aufgenommen. Sie wusste, dass die Stärke im Zusammenrücken lag. Die Kontakte der illegalen SAP zu den illegalen Gruppen des ISK und der KPD wurden intensiviert. Es war gegen die Mobilisierung zu keinen entscheidenden Aktionen gekommen. Für die Kader war es jedoch etwas wie eine Kraftprobe gewesen und ganz geschlagen fühlten sie sich nicht. Hier und da gab es sogar neue Gesichter. Der Wille zum Kampf verstärkte sich. Äußerste Vorsicht war jedoch geboten. Die Gestapo arbeitete gut und hatte während der Mobilisierung eine Lehre erhalten.

In Opposition zum Faschismus standen nicht nur die sozialistischen Gruppen. 1938 hatte August Hogrefe als Verbindungsmann Vertreter der illegalen SAP/KPD-O-Gruppe und Dr. Rühnick und Dr. Eggers aus einem kritischen bürgerlichen Kreis in Großmanns Weinstube am Markt zusammengebracht. Aus diesem Treffen entwickelten sich regelmäßige Kontakte.

Durch private Bekanntschaft reichte dieser bürgerliche Kreis bis in die Anfänge der zwanziger Jahre zurück: U.a. Dr. Eggers aus der Familie des Bürgermeisters Smidt, Landesamtmann Eick, ein Angestellter Hane, Dr. Wellmann und Dr. Rühnick; im Oktober 1944 kam Oberstleutnant Raspe dazu, der einen Kreis oppositioneller Offiziere um sich hatte. Diese Leute waren in der Weimarer Republik zum Teil rechtsradikal gewesen, wurden durch ihre Erfahrungen mit dem Nazi-regime kritisch und sympathisierten mit sozialistischen Ideen. Auch der Syndikus der Industrie- und Handelskammer, Dr. Kohl, in dessen Büro Bescheinigungen über Kriegseinsätze für gefährdete Antifaschisten ausgestellt wurden, stand diesem Kreis wohlwollend gegenüber.

Diese bürgerliche Gruppe verteilte u.a. Flugblätter, die von skandinavischen Seeleuten gebracht wurden, vertrieb die Schriften Hermann Rauschniggs (Danzig). Raspe stellte fingierte Wehrpässe aus, Rühnick machte Eingaben wegen des Euthanasieprogramms. Rühnick war es auch, der sich vierteljährlich bei Generaloberst Halder Situationsberichte über die militärische Lage holte und seinen Bekanntenkreis informierte. Linksliberal, wie dieser Kreis eingestellt war, glaubten alle Dazugehörenden, dass nach dem Zusammenbruch – der nach Stalingrad für alle sicher war – die sozialistische Gesellschaft auf der Tagesordnung stehe.

Der SAP-Kader agitierte unter Arbeitern und unter Soldaten. Allen erreichbaren Soldaten wurde eingepreßt, dass der Krieg erst beginne, dass der Krieg ein Eroberungskrieg sei mit klaren deutsch-imperialistischen Zielen, dass in einem siegreichen Deutschland kein Platz für freie Meinungsäußerungen und den menschlichen Grundrechten sein würde, dass sie immer nur die Rolle des Polizisten spielen würden mit

der Aussicht überall den Dolchstoß der nach der Freiheit strebenden unterdrückten Völker versetzt zu bekommen. Die Erbärmlichkeit und das Niedrige ihrer Rolle wurde ihnen in aller Deutlichkeit gezeigt. Und das Hohngelächter Hitlers nach erfolgter Blutarbeit wurde ihnen hörbar gemacht.

Gegenüber den Arbeitern wurde argumentiert, dass sie ihre Arbeitskraft verschenkten, dass ihnen durch die Kontrolle über den notwendigen Lebensmittelbedarf mittels Karten- und Markensystems, ferner durch die völlige Unmöglichkeit des Ankaufs von Wertgegenständen keine andere Möglichkeit bliebe, als den Mehrverdienst zu sparen und ihn später – nach dem Zusammenbruch – zu verlieren. Losung: Keine Stunde länger im Betrieb. Keinen Pfennig zur Sparkasse. Er hilft Hitler, den Krieg zu verlängern, und ist für dich verloren. Es gibt überhaupt nichts zu gewinnen.

Die Bremer Genossen versuchten, systematische Schulungsabende mit dem Thema Geschichte der Gewerkschaften und der Arbeiterorganisationen durchzuführen. Sie sollten dem Ziele dienen, das Bewusstsein der Arbeiter an ihre große Kraft wieder zu wecken. Es zeigte sich jedoch, dass der für diese Schulung vorgesehene Kreis auf die Dauer noch keine genügende innere Bereitschaft besaß und so wurde dieser Teil der illegalen Arbeit vorläufig wieder eingestellt.

Auswirkungen des russischen Einmarsches in Polen auf die deutsche und internationale Arbeiterschaft

Den schwersten Stand in dieser Zeit hatten die Anhänger der illegalen KPD. Ihnen wurde von den Sozialdemokraten vorgeworfen, dass Russland und damit die deutschen Kommunisten nicht nur »Sozialfaschisten«, sondern noch schlimmer als »reine Faschisten« wären. Es wurde ihnen vorgechnet, wie billig Stalin zu dem »Judaslohn« gekommen sei. Die Mitglieder der illegalen KPD antworteten traditionell, dass Stalin schon wisse, was er tue. Dazu kam das Gerücht, dass in »Schutzhaft« und in Konzentrationslagern befindliche Kommunisten von den Nazis besser behandelt würden als die Sozialdemokraten.

Es war eine drohende Kluft, die eine Zeitlang sich in der Zusammenarbeit der illegalen Gruppen lähmend auswirkte. Einer schlich um den anderen herum. Die »Sozialfaschisten« um die »reinen Faschisten«, und die tatsächlichen Faschisten hatten davon den Nutzen.

Wo war nun der Grund für all diese Wirrnis? Wer konnte sie klarmachen? Auf welchem kleinem Berg standen wir in Deutschland. Die Diskussionen des SAP-Kaders liefen um diese Fragen: War es zu kühn, wenn Russland sich ein Vorfeld sicherte? Hatte es nicht mehr nötig, sich den Arbeitern der Welt verständlich zu machen? Wo blieb das Vertrauen der Weltarbeiterschaft in die Kommunistische Internationale? War dies alles nichts mehr, sollte in Zukunft nur noch die Rote Armee mit ihren Kanonen sprechen? Hätte Deutschland überhaupt den Krieg wagen können, wenn der Pakt mit Russland nicht bestanden hätte?

Hinsichtlich der internationalen Arbeiterschaft wurden folgende Fragen ins Gespräch gebracht: Wo gegen und mit wem kämpfte eigentlich die internationale Arbeiterschaft? Mussten nicht die englischen, französischen und polnischen Kommunisten verzweifeln? War es nicht ein leichtes, sie jetzt zu beseitigen? Lohnte sich dafür die Eroberung einiger hundert Quadratkilometer? Scheiterte die 3. Internationale nicht noch klarer an den Kriegsfragen als die 2.? Waren neue Kräfte da, die die wirr werdenden kommunistischen Arbeiter in

den »demokratischen« Ländern auffingen und aus diesen Widersprüchen herausführen konnten? Für den SAP-Kader hieß klare internationale Arbeiterpolitik zu der Zeit:

- ◆ Klare Front gegen Hitler
- ◆ Leidenschaftliche Unterstützung aller gegen ihn kämpfenden Länder und demokratischen Regierungen.
- ◆ Aktivierung der Weltarbeiterschaft gegen Hitler.
- ◆ Zwingt eure noch neutralen Regierungen, den Kampf gegen Hitler aufzunehmen.
- ◆ Beibehaltung der erkämpften Rechte.
- ◆ Kontrolle über den Kriegsgewinn
- ◆ Einrichtung eines Überwachungsausschusses, der freien Einblick in alle für die totale Kriegsführung notwendigen Institutionen einschließlich der Armee hatte.
- ◆ Sicherstellung einer ausreichenden Familienunterstützung und eine kostenlose Ausbildung der Hinterbliebenen aller im Kampf gegen den Faschismus gefallenen und verwundeten Soldaten.
- ◆ Weiterführung und Verschärfung des sozialen Kampfes in den kriegführenden Ländern, soweit sie nicht unmittelbar den aktiven Kampf gegen Hitler beeinträchtigt.
- ◆ Macht den Hitler-Krieg zum internationalen Arbeitersieg.

Vernebelung des Bewusstseins im nationalen Rausch

Das Kriegsjahr 1940 war das Jahr der faschistischen Erfolge. Es waren nicht viele politisch aktive Kader geblieben, und denen war so gut wie keine Massenarbeit möglich. Nichts wurde von der Arbeiterschaft aufgenommen und weitergetragen. Sie gab sich selber geschlagen. Die Genossen wirkten mit ihren Mahnungen fast lächerlich und wurden ihnen lästig. Die gleichzeitig geschickt geführte Propaganda der Nazis, dass es keine Kriegsgewinnler gäbe, dass der erzielte Gewinn unter Kontrolle stehe, dass keiner der »Herren« machen könne, was er wolle, und sie, die Nationalsozialisten, nur für die Arbeiter wirkten. »*Dem Volke gehören Fabriken und Bergwerke*«, das war es, was das Volk hören wollte. Das war doch Sozialismus – die große, dunkle Sehnsucht der Masse, vernommen aus dem Munde Adolf Hitlers, der doch ein »Sohn des Volkes« war.

Zeitgenossen ist es unvergessen, wie viele sich plötzlich offen zu Hitler bekannten, wie der ganze Abschaum sich nach oben drängte, wie die Kritiker gehetzt wurden. Es genügte eine krause Stirn beim Abhören des Wehrmachtsberichts und schon stürzte die elende Meute der neu »gewordenen Nazis« auf sie. Die geringste Kritik brachte Hitlers Terrorapparat auf die Beine. Die große Zeit für das Denunziantentum war wieder da. Diese Hyänen des Schlachtfeldes witterten goldene Zeiten. Jetzt sollten die besiegten Völker für sie arbeiten: die »faulen« Franzosen, Belgier, Holländer, die »fetten« Dänen und Norweger. Endlich konnten sie sich einmal ausstrecken und ruhen. Wie genial und richtig der Ausspruch »Kanonen statt Butter« doch war. Jetzt wurden sie belohnt.

Mit Paris war mehr gefallen als nur Frankreich. Die Welle schlug hoch und riss viele mit. Sie wollten nicht mehr warten, wollten auch mal begeistert sein, sich an den Heldentaten des Vaterlandes erbauen.

Für die von Einberufung und KZ verschonten Kader stand wieder die Sowjetunion im Mittelpunkt der Diskussion: Nahm Russland sein Bündnis ernst? Dann musste es schwach oder von Hitlers Stärke überzeugt sein. Die internationale Arbeiterklasse hatte versagt. Die Ursachen waren

bekannt. Was kann ein Land wie Russland an Rüstung in einem Jahr produzieren? Konnten die Angaben und Beobachtungen der in Russland bei verschiedenen Arbeiten beschäftigten Ingenieure und Arbeiter als Anhaltspunkte dienen? (Kreuzerbau in Leningrad, Bunawerk, Fischdampferbau auf der Hamburger Werft unter Beteiligung russischer Ingenieure.) Sie waren alle beeindruckt. Selbst aus der Nazi-presse konnte einiges entnommen werden. Alte Wirtschaftsliteratur wurde studiert. Konnte sich Russland vom Agrar- zum hochentwickelten Industriestaat entwickelt haben? Konnte es Entwicklungsstufen überspringen? So anders als Europa? War Sibirien ein Amerika?

Auch bei der Gegenargumentation zu Hitlers Amerika-Propaganda zeigte sich die mangelnde Aufnahmebereitschaft bei der Masse. Da war der Kriegseintritt Italiens schon geeigneter, das kritische Denken wieder zu wecken, denn auch unter den Rechten schieden sich die Geister.

Das Schicksal der deutschen und der italienischen Arbeiterklasse schien damit enger verknüpft. Der deutschen Arbeiterklasse fehlte jedoch jegliches Bewusstsein. Die Nationalsozialisten hatten ihr Volk so weit gebracht, dass es nichts Anständiges, nichts Menschliches mehr empfand. Es sollte auf die Stufe des SS-Blutrausches und der Mörderpsyche gedrückt werden.

Die Arbeiterschaft und die illegalen Kader unter dem Eindruck des Russlandfeldzuges

Die Antifaschisten hatten ein gutes Gehör. Sie wussten die Zeichen der Zeit zu deuten: Mancher nationalsozialistische Stoßtruppredner und DAF-Funktionär drohte gegen den Osten. Materiallieferungen wurden hinausgezögert, bereits mit der erkennbaren Absicht, sie nicht zu erfüllen. In Leningrad arbeitende Deutsche wurden zurückberufen. Truppentransporte gingen Tag und Nacht zum Osten. Urlauber berichteten vom kriegsmäßigen Verhalten der Truppen im Osten. Die Kraftfahrzeuge wurden für besondere Verhältnisse im Osten ausgerüstet. Der Propagandafeldzug gegen Russland begann innerhalb der Wehrmacht Monate vor Ausbruch der Feindseligkeiten. Namentlich jüngere, in der HJ geschulte Offiziere lösten sich gedanklich vom Pakt und vertraten unaufgefordert diese Auffassung ihren Truppen gegenüber im politischen Unterricht.

Der Beginn des Russlandfeldzuges löste überall ein Stauen der Massen aus: Heftigste Unterhaltungen, Lesen der Führer-Proklamation und Diskussionen. Es wurde fast vergessen, dass ja jeder Nebenmann ein Gestapospitzel sein konnte. Trotz gebotener Vorsicht wurde die erste Erregung laut kundgetan, und keiner hatte auf die kritischen, augenblicklichen Äußerungen eine leichtfertige Antwort. Die Eröffnung der Feindseligkeiten kam für die politisch ungeschulte Masse nun doch überraschend. Man hörte: »*Russland ist kein Pappentiel*«, »*das wird aber eine harte Nuss*«, »*es ist nicht das Russland des Ersten Weltkrieges*«, »*jetzt beginnt erst der Krieg*«. Die weniger Mutigen begnügten sich mit der Feststellung: »*Das soll mich mal wundern!*« Die Unerschrockenen sagten: »*Nun ist alles verloren!*«

Es gab auf der Bremer Werft dann am Montag erhebende Szenen. Kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter schüttelten sich die Hände, umarmten sich, und jeder ging stolz im Bewusstsein, dass jetzt die große Wende da sei, England und Russland versprachen die Lockerung der Fesseln. Froh waren die Blicke. Wo man unter sich war, wurde die

Internationale gepfiffen. Die Nazis standen wieder unter einem Massendruck. Man forderte von ihnen Rede und Antwort. Erklärungen über die Ursachen des plötzlichen Überfalls auf Russland. Die Nazi-Antwort lautete: Auch hier war es die politische Weitsicht des Führers, der in allerletzter Minute dem zum Schlage ausholenden Russen zuvorgekommen war. Auch die Nationalsozialisten konnten die nun entstandene ernste Lage nicht leugnen.

Unter dem Eindruck dieser Stunde konnten die politischen Arbeiter den Nazis schon wieder sagen. So machte zum Beispiel das Schlagwort *»Deutschland verlor den Ersten Weltkrieg 60 km vor Paris und wird diesen 60 km vor Moskau verlieren«* als Mundpropaganda schnell die Runde. Bei den Arbeitern herrschte das Bedürfnis, nicht viel über die bestehenden politischen Gegensätze mit Russland zu sprechen, sondern nur zu fühlen, dass hier eine verbündete, eine innig verbündete Macht war, die Freiheit brachte. Es lag so viel im Händedruck der Männer von der SP und der KP.

Für diejenigen, die ihre Hoffnung auf Russland gesetzt hatten, kamen arge Nachrichten. Sollte Hitler tatsächlich Russland so überrascht haben? Sollte er die gesamten aktiven Streitkräfte der Roten Armee vernichten können, ehe der Aufmarsch der Reserven stattgefunden hatte? Konnte denn England jetzt nicht helfen? Mit diesen bangen Fragen verging der Sommer. Im Herbst war die Stimmung der Nazis wieder die alte. Mit Greuelpropaganda hatten sie schnell ein Mittel gefunden, jeden kritischen Einwand zu entkräften. Furchtbare Dinge wurden geschrieben und erzählt. Die antifaschistische Gegenpropaganda versuchte sich dagegen zu stellen, zuerst dezentral in den einzelnen Bezirken, später, nach Zusammentragen der deutschen Greuelthaten in Polen und Russland, zentral im Reichsgebiet. Das Wirkungsvollste, aber auch Gefährvollste war Greuel gegen Greuel.

Eine verwundbare Stelle bei den deutschen Arbeitern trafen die Nazis, als sie zum Vergleich des russischen und des deutschen Wohlstands aufriefen, wobei sie die an der Ostfront gewesenen Soldaten als Gewährleute anführten. Eine Auswirkung der leichtfertigen kommunistischen Propaganda vor 1933.

Für unseren Kader war es klar, dass Russland noch nicht im wirtschaftlichen Wohlstand schwelgen konnte und überhaupt kein Vergleich mit dem Westen möglich war. Hatte die faschistische Propaganda auch anfangs viele sozialdemokratische und auch kommunistische Arbeiter verwirrt und zweifelt gemacht, die kommenden Ereignisse gaben der Gegenpropaganda recht. Auch in Teilen der bürgerlichen Intelligenz konnte das Verständnis für die russische Lage geweckt werden.

Einen dunklen Punkt gab es: die im nationalsozialistischen »Geiste« erzogene deutsche Jugend. Auf sie einzuwirken, war das schwerste Problem. Das Verständnis für politische Belange war ihr bewusst geraubt worden, sie verstand nur zu gehorchen.

Bei der Diskussion über die einzuschlagende Taktik in der Gegenpropaganda ging der SAP-Kader davon aus, dass dem Arbeiter Russland so gezeigt werden musste, wie es von den Soldaten gesehen wurde. Hier anknüpfend galt es, die historischen Ursachen darzulegen: Russland stand nach dem Ende des Weltkrieges und nach Überwindung der kommunistischen Epoche vor dem wirtschaftlichen Ruin. Fast zertrümmert, begann es mit dem Aufbau, machte viele Versuche, ging stürmisch vor, musste wieder zurück.

Ringsum von Feinden umgeben, musste es den größten Teil seiner neu geborenen Industrie für die Wehrhaftmachung des Landes aufwenden. Eine klare Notwendigkeit, die zwar auf Kosten des Lebensniveaus der Masse getragen werden musste, aber doch jetzt im Kampf gegen Hitler ihre Berechtigung nachwies. Wem hätte es genützt, wenn jeder mit Silberbesteck essen und aus Meißner Porzellantässchen trinken würde? Russland hatte gearbeitet und kämpfte jetzt mit den geschmiedeten Waffen seinen Befreiungskampf und damit auch gleichzeitig den des deutschen Arbeiters. Es ist beschämend für dich, deutscher Arbeiter! Denn, wenn du Russland geholfen hättest, statt es in diese Lage zu zwingen, dann gäbe es alle diese Dinge dort, die du vermisst, und für dich gäbe es keinen Krieg gegen Russland.

Diskussion und Mundpropaganda waren die Waffen der Illegalität. Von der KP wurden hierzu Flugschriften verteilt. Die Schlagworte *»Russland hat Hitler ernst genommen«*, *»Stalin hat Hitlers Kampf schon 1925 gelesen«*, *»Stalin wendet die Taktik aus dem Napoleonfeldzug an«*, *»Hitler wird sich schon totlaufen«* waren allgemein bekannt.

Die illegalen Gruppen kämpften in Deutschland um jeden. Dem einzelnen zu helfen, ihn sehend zu machen, ist Arbeit auf lange Sicht. Sie wird vom Gegner schlimmer gefürchtet als ein zufälliger Sabotageakt oder eine über Nacht geschriebene, abwaschbare Parole, ein in geringer Zahl herausgegebenes, vernichtbares Flugblatt. Ein Kampf, der ebenso viel Mut erfordert wie der physische, jedoch mehr Ausdauer erheischt, und daher vom qualifizierten Kämpfer getragen werden muss.

Der Katastrophenwinter 1941 brachte die Gemüter wieder in Bewegung, wenn auch in keiner deutschen Zeitung eine Meldung gestanden hatte. Erlebt die deutsche Armee ein napoleonisches Schicksal? In der unterirdischen Massenarbeit wurden jetzt Auslandsmeldungen verbreitet. Verzweifelt wehrten sich die Nazis und der an den begangenen Verbrechen schuldige Auswurf aller Volksklassen. Die Sammlung von Wollkleidung für die kämpfende Truppe erregte die Massen. Wurde im bürgerlichen Lager eifrig gesammelt und überzählige Woll- und Pelzsachen der Nachbarn angezeigt, so machte sich doch bei einem Teil der Bevölkerung auch Widerwillen bemerkbar: *»Wenn sie Krieg führen wollen, dann müssen sie an alles denken, sonst sollen sie zu Hause bleiben.«*

Im Arbeitslager war es ungefähr so, dass jeder jetzt seinen Fechter hatte. Der SPD-Arbeiter zählte auf Amerika und England, kuschelte sich warm in den Gedanken einer kommenden demokratischen Verfassung nach dem Muster der genannten Demokratien.

Die KP-Arbeiter setzten ihre Hoffnung auf den schnellen Sieg der Roten Armee und damit auf die Generalabrechnung mit allen kapitalistischen und faschistischen Elementen in Deutschland. Sie wünschten die Errichtung eines deutschen Sowjetstaates. Erst die Folgezeit säuberte hier und brachte eine Einheit, die das Produkt der Zusammenarbeit aller sozialistischen Arbeiterparteien auf Bezirksebene und im Reich war.

Stalingrad

Russland war unheimlich geworden. War es überhaupt zu besiegen? Diese Frage wurde überall gestellt. Die Antifaschisten antworteten mit einem klaren, überzeugten Nein. Nach Bekanntgabe des Falls von Stalingrad erreichte die Russ-

landkampagne der Antifaschisten ihren Höhepunkt. Die Stimmung der Nazis hatte ihren Tiefstand erreicht. Goebbels sah sich zu seiner berüchtigten Nürnberger Rede genötigt, die in dem Satz »Wollt Ihr den totalen Krieg?« gipfelte.

Wer ein Rundfunkgerät hatte, hörte London und Moskau. Das war genau festzustellen: Die wussten morgens schon, was nachmittags erst der Wehrmachtsbericht brachte. Manche wussten auch zu viel und mussten sich selber dann geschickt absetzen; viele Arbeiter, gute Bürger, die niemals politisch organisiert waren, wahrscheinlich zu 90 Prozent Hitler-Wähler. Sie wagten viel und mussten von den illegalen Antifaschisten oft zurückgehalten werden.

Gestützt wurden die Aktionen der illegalen Kader durch ein zweiseitiges Flugblatt (wahrscheinlich KP), das nach unserer Kenntnis im ganzen Reich verteilt wurde und Hitler-Deutschlands hoffnungslose Lage zeichnete. Gleichzeitig enthielt der Aufruf die Aufforderung zur aktiven Teilnahme der Arbeiter, Bauern und Techniker an Sabotagehandlungen, um das Morden schneller zu beenden.

Auf anderen, im Bremer Bezirk von der RAF abgeworfenen Flugblättern war der Rückzugsweg der deutschen Armeen und das von den Russen zurück gewonnene Territorium im Winterfeldzug eingezeichnet.

Die Hoffnung, mit dem Fall von Stalingrad dem Volke ein nachhaltiges, tiefes Erlebnis zu vermitteln und es für einen aktiven Widerstand zu gewinnen, schwand mit der Erkenntnis, dass die Saat nicht reifte. Gewöhnt an die Nazi-Superlative, die Sondermeldungen mit Trommelwirbel und Fanfarenstößen, verfiel das deutsche Volk in kurzer Zeit der alten Stumpfheit.

Vertiefung der Zusammenarbeit der illegalen Gruppen

Bei allen politisch Aktiven herrschte rege, geistige Betätigung um alle gegenwärtigen und zukünftigen Fragen. Häufige »Besuche« unter den Freunden dienten der politischen Klärung. Eine vierteljährliche Kurierfahrt nach Berlin verband diese Arbeit mit der Zentrale. Diese stand schon in Verbindung mit der KP und anderen Organisationen. Noch immer stand ein Teil der ehemals in der KP und SP organisierten Arbeiter dem Gebot der Stunde nach Einigkeit verständnislos gegenüber. Noch immer wurden alte Auffassungen mit einer unzeitgemäßen Beharrlichkeit vertreten. Sie glaubten, im selben Trott weitermachen zu dürfen. Doch die Notwendigkeit, über den engen Zirkelrahmen der eigenen Partei hinaus eine Kraft zu entwickeln, ließ die Kader nach einer allgemeinen antifaschistischen Diskussionsgrundlage suchen. Auf der Grundlage dieser einfachsten gemeinsamen sozialistischen Forderungen entwickelte sich die Bereitschaft zur überparteilichen Arbeit. Hauptpunkte dieser gemeinsamen Grundlage waren:

- ◆ Restlose Beseitigung des nationalsozialistischen Systems.
- ◆ Beseitigung des preußischen Militarismus.
- ◆ Bestrafung der Kriegsverbrecher und ihrer Handlanger.
- ◆ Unterstützung der alliierten Operationen in jeder möglichen Form.
- ◆ Aufrichtung einer demokratischen Staatsform.
- ◆ Aufbau der Arbeiterorganisationen (vor allem der Gewerkschaften), Zusammenarbeit mit den internationalen Arbeiterorganisationen.
- ◆ Einsicht der Arbeiterorganisationen in die Produktion, mit dem Ziel der Kontrolle, der Übernahme und Entprivatisierung der Großbetriebe.

- ◆ Zusammenarbeit aller europäischen Staaten auf allen Gebieten zur Sicherung des europäischen Friedens.
- ◆ Kontrolle der europäischen Gewerkschaften über die europäische Produktion und ihre Verteilung.
- ◆ Planmäßige Überleitung zur Planwirtschaft, zum Sozialismus.

Die Bremer SAP- und KPD-O-Genossen hatten zwar unter den illegalen Gruppen Bremens die klarsten Vorstellungen über die illegale Arbeit und über den Weg, eine Kraft zu schaffen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse verändert. Das änderte jedoch nichts an der Schwierigkeit, diese Vorstellungen zunächst in den anderen illegalen Gruppen und dann unter den Kollegen umzusetzen. Wurde vom nationalsozialistischen System gesprochen, so wurde zunächst an die unerträgliche Bespitzelung gedacht, die bis in jeden Kaninchenzüchterverein und Turnverein reichte. In Bezug auf die Unterstützung der westlichen Alliierten war man sich über den Klassen Gegensatz im Klaren. Die Arbeiterkontrolle über Betriebe konnte am klarsten aufgezeigt werden, wenn es um den Aufbau der im Krieg zerstörten Werke ging: Wenn Arbeiter nach dem Krieg Fabriken wieder aufbauen, müssen sie ihnen gehören und nicht den Kapitalisten! So stand hinter diesen Diskussionspunkten die Entschlossenheit der SAP-Gruppe und der mit ihnen in Verbindung stehenden KPD-O-Genossen, die illegale Arbeit mit allem Einsatz voranzutreiben. Aufgrund ihrer Geschlossenheit (sie kannten sich von Jugend an, jeder arbeitete nach außen als Einzelner und hielt so neue Kontakte) bestand bei ihnen auch die geringste Spitzelgefahr. Der Diskussion stellen musste sich der KPD-Kader nach der Gründung des Nationalkomitees »Freies Deutschland«, das mit den Farben Schwarz-Weiß-Rot und unter dem Motto »gemeinsame Front von Seydlitz bis Pieck« propagiert wurde. Besonders die Berührungspunkte in der illegalen Arbeit auf der AG »Weser« gegen Schluss des Krieges wurden zu diesen Diskussionen ausgenutzt: Jetzt gemeinsam mit Generälen – vorher nicht gemeinsam mit sozialdemokratischen Arbeitern! Warum? Wo liegen die Ursachen?

Gemeinsamer Ausgangspunkt für die weitere Arbeit war also: Die Propagierung der Endziele wird vorerst zurückgestellt. Die Auseinandersetzung um den möglichen Weg zur sozialistischen Gesellschaft wird später geführt werden. Das war den politischen Arbeitern aus ihrer Situation heraus einsichtig. Damit war ein Anfang gemacht für gemeinsame Handlungen aller Antifaschisten. Gemeinsam wurden die ehemals gewerkschaftlich oder sozialistisch organisierten Arbeiter in einer Aufstellung erfasst und somit der Agitation der Aktivisten für breiteren Raum gegeben.

Mit der sich abzeichnenden Entwicklung des Krieges diskutierten die im Untergrund arbeitenden Genossen die Fragen: Wie würde sich der Zusammenbruch der Nazi-Macht vollziehen? Blicke dem deutschen Arbeiter Zeit zwischen dem militärischen Zusammenbruch und der Besetzung durch die Alliierten, das eigene Haus zu säubern und die Verhältnisse zu ordnen? Würde ihre Kraft ausreichen, am Entscheidungskampf teilzunehmen? Kommt es nach dem Sieg über Hitler zu neuer, oder besser gesagt, wird es bei der alten politisch-parteilichen Aufspaltung der deutschen Arbeiter bleiben? Würde Deutschland nach der alliierten Besetzung aufgeteilt? Welche Stellung würde bei Eintreten dieses Falles die deutsche und die internationale Arbeiterschaft einnehmen? Welche Rolle würde Deutschland überhaupt von den

Alliierten zudiktiert bekommen? Kann sofort eine demokratische Regierung in Deutschland gebildet werden? Würde die deutsche Industrie von den Alliierten wieder aufgebaut werden? Und immer die Frage, würde die deutsche Arbeiterschaft mitentscheiden können? Kann sie vorher handeln? Wird die Allianz der Großen von Dauer sein? Wird Deutschland bei kommenden Auseinandersetzungen der Puffer sein?

Alles Fragen, deren Lösung in der Zukunft lagen, aber doch durch die deutsche Arbeiterklasse mitentschieden werden mussten.

Illegale Arbeit unter dem Eindruck alliierter Offensiverfolge

Mit der Steigerung des Vormarsches der Roten Armee konnten wir in der deutschen Arbeiterschaft einen deutlichen Ruck nach links feststellen. Dies gilt nicht nur für den Bremer Bezirk, sondern wurde auch von Berlin und anderen Bezirken bestätigt. Die sozialdemokratischen Arbeiter waren

nicht gleich zur illegalen Mitarbeit bereit, aber nach langen Diskussionen an der russischen Entwicklung, an der Frage der proletarischen Diktatur, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland interessiert. Hatten sie früher an den einzelnen Maßnahmen der russischen Politik Anstoß genommen, so gingen sie jetzt über die Fragen des Deutsch-Russischen Paktes, des Einmarsches in Polen und Finnland, der Baltischen Staaten und Bessarabien hinweg zu den Tagesfragen über. Nicht einmal die innerrussischen Probleme, die »Verelendung« der Massen, die Zwangsindustrialisierung und die vielen Genickschüsse waren ein geeignetes Streitobjekt. Es bestand einfach ein Bedürfnis nach Annäherung: Der eigenen Schwäche bewusst, sahen sie die Macht der Roten Armee, die dabei war, den gemeinsamen Feind niederzurufen. Was die deutschen Arbeiter vor 1933 selber nicht geschafft hatten, vollbrachten die Niederlagen der Nazi-Armeen: Das Aneinanderrücken von sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern. *aufgeschrieben Frühjahr 1972* ■

■ NEUES RENTENGESETZ

Altersarmut bei Rentnerinnen wird verewigt

Bei der Diskussion der Regierungspläne für die Renten-»reform«, (von denen ein Teil nun schon Gesetz geworden ist und ein weiterer Teil noch der Zustimmung im Bundesrat bedarf), ist in den Medien nur am Rande die Rede gewesen von den Auswirkungen der »Reform« auf Frauen. In den Entwürfen und Berechnungen wird meist von dem »Eck-Rentner« gesprochen, der nur eine Rechengröße darstellt. Andere beziehen in ihre Überlegungen »wirkliche Menschen« ein, Schichtarbeiter, Arbeitslose und andere, deren Renten schon im bestehenden Rentensystem ihren Lebensstandard im Alter nicht sichern konnten. Selten werden in der Diskussion die unterschiedlichen Auswirkungen der Gesetzesvorhaben auf Männer und Frauen benannt oder gar gründlich ausgeführt.

Um die Auswirkungen der neuen Gesetze auf Renten von Frauen ermessen zu können, ist ein kurzer Rückgriff auf die Geschichte der Veränderungen im Rentenrecht in der Bundesrepublik notwendig, denn auch in den vergangenen Jahrzehnten wurden Änderungen im Rentenrecht geschlechtsneutral formuliert – die unterschiedlichen Auswirkungen auf Männer und Frauen wurden oft in der Diskussion unterschlagen, nicht nur bei den Renten, sondern auch in vielen Untersuchungen zu Sozialhilfe und Armut.¹ Zwar gab es immer wieder Paragraphen, die sich ausdrücklich auf die Frauen bezogen, daneben waren aber Paragraphen geschlechtsneutral formuliert, obwohl sie bei den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen Frauen in der BRD lebten, negative Folgen vor allem für Frauen hatten. Ruth Köppen kommt bezogen auf die Entwicklung bei der Rentengesetzgebung zu dem Schluss: »Wird auf der einen Seite offensichtlich eine Verbesserung für Frauen im Rentenrecht eingeführt, so wird auf der anderen Seite eine versteckte, neue, zeitgemäße Benachteiligung von Frauen eingebaut.

Wurde eine Verbesserung für die hausarbeitenden Frauen erreicht, so wurden die erwerbstätigen Frauen benachteiligt oder wurden hausarbeitenden oder erwerbstätigen Frauen einerseits Zugeständnisse gemacht, so wurden sie andererseits wieder durch neue Regelungen im Rentenrecht schlechter gestellt und diskriminiert.« (Köppen, S. 216)

Dass diese Aussage der gesellschaftlichen Wirklichkeit entspricht, lässt sich an der Tatsache ablesen, dass Frauenrenten je nach Angaben im Durchschnitt bei 850 bis 950 DM liegen, (das heißt, dass viele Renten noch darunter liegen) gegenüber zirka 1800 DM bei Männern, was schon wenig genug ist. Denn auch bei den Männern bedeutet dies ja, dass zirka 43 Prozent von ihnen eine Rente unterhalb dieses Betrages haben. (Vgl. Statistik in »Arpo« 3/2000).

Grundsätzlich beinhalten diese Statistiken, dass im gesamten 20. Jahrhundert,

◆ Haus- und Erziehungsarbeit von Hausfrauen und erwerbstätigen Frauen – bis auf ganz wenige Neuerungen – unberücksichtigt geblieben ist. Auch die begonnene Anerkennung von Erziehungszeiten heute ist viel zu gering und an Bedingungen geknüpft.



1) Die Darstellung beruht im wesentlichen auf der Ausarbeitung von Ruth Köppen »Armut und Sexismus« (Elefanten-Press 1994), einer Untersuchung der gesellschaftlichen, rechtlichen und sozialen Lage von Frauen von 1945 bis 1988. In der Frage der Rentengesetzgebung wurde noch das Rentenreformgesetz von 1992 einbezogen.

- ◆ Dass Erwerbstätigkeit von Frauen im Vergleich zu Männern unterbezahlt worden ist.
- ◆ Dass Frauen in der BRD per öffentlicher Meinung und per Gesetz immer wieder auf die Abhängigkeit von einem Ernährer verwiesen wurden.

Auf der Suche nach den Schicksalen, die hinter den nackten Zahlen stehen, muss man sich das Leben heutiger Rentnerinnen vor Augen führen: wer heute als Arbeiterin 60 bis 90 Jahre alt ist, begann seine berufliche Entwicklung zwischen 1920 und 1950, Frauen mit höherer Bildung wenige Jahre später. In diese Zeit fielen Inflation, Arbeitslosigkeit und der Zweite Weltkrieg – die größte Armutsursache des 20. Jahrhunderts bei Frauen und Männern. In der Sozialgesetzgebung wie im Rentenrecht haben Regierungen aber zusätzlich zu allen Zeiten eine strukturelle Benachteiligung von Frauen durchgesetzt, die zu einer verstärkten Armut unter Frauen beigetragen hat: So wurden Frauen in der Fürsorge geringere Sätze zugesprochen als Männern, Frauen dienten immer nur als »stille Reserve« am Arbeitsmarkt, die je nach Bedarf gerufen (und gefördert) oder zurückgeschickt wurde – zu allen Zeiten aber schlechter bezahlt als Männer.

Die extremen Belastungen, die Frauen in der Kriegs- und Nachkriegszeit bei der Versorgung der Familien zu tragen hatten, brachten ihnen keine »Ersatzzeiten« wie den Soldaten und Kriegsgefangenen bei der Rentenversicherung ein. Den Hunderttausenden von Flüchtlingsfrauen, die nach dem Krieg in der Landwirtschaft die fehlenden Männer (und die ZwangsarbeiterInnen) ersetzten, brachte ihre Arbeit ein Dach über dem Kopf und etwas zu essen, aber keine Rentenpunkte. Von der Arbeitslosigkeit nach dem Krieg, die für die Frauen später endete als für die Männer, sind die finanziellen Auswirkungen für die Rentnerinnen noch heute spürbar. Ihre Arbeit in Haushalt und Familie, bei der Pflege von Angehörigen, aber auch in traditionell ungeschützten Beschäftigungen galten nichts für ihre Altersversorgung. Zu diesen Beschäftigungen zählten auch unabhängig vom Krieg und seinen Folgen die in der Landwirtschaft oder im Haushalt Beschäftigten, die Putzfrauen, insgesamt Millionen von Frauen, aber auch die Hunderttausende Prostituierte, denen seit jeher der Status als Arbeitende aberkannt wurde, die nicht kranken- oder sozialversichert waren und im Alter ohne Versorgung dastanden.

Die so genannte »Wartezeit« von 15 Jahren Erwerbstätigkeit (gültig bis 1984), um überhaupt einen eigenen Rentenanspruch zu haben, waren für viele Frauen nicht zu erreichen. Es war diese hohe Hürde für eigene Rentenansprüche, die viele Frauen bei der Heirat von dem Angebot der Auszahlung der eigenen Beiträge in die Rentenversicherung Gebrauch machen ließ – zu ihrem Nachteil. Erst 1972 wurde den Frauen die Möglichkeit gegeben, diese Lücken durch freiwillige Beiträge wieder aufzufüllen – nicht ohne bei der Bewer-

tung dieser freiwilligen Beiträge neue Benachteiligungen einzuflechten. Später wurde die Auszahlung noch einmal ermöglicht, dazu die Rückkehrhilfen für ausländische Männer und Frauen, Regelungen, die allesamt die Frauen und Männer um die Hälfte ihrer Ansprüche betrogen. Erst 1984 wurde die Wartezeit auf fünf Jahre gesenkt.

Aber auch verheiratete und alleinstehende Frauen in regulären Arbeitsverhältnissen waren im Lohnniveau gegenüber Männern allgemein benachteiligt und erreichten nur in wenigen Fällen gute Renten. Ein Beispiel für viele: Als die Diskriminierung von Arbeiterinnen durch die Durchsetzung von »gleichem Lohn für gleiche Arbeit« endlich aufgehoben wurde, wurden die Leichtlohngruppen eingeführt, die Frauen eben ungleiche Arbeit anboten, was in vielen Fällen eine ungerechtfertigte Abwertung der Frauen vorbehaltenen Tätigkeiten bedeutete. In unzähligen Bestimmungen in all den Jahrzehnten der Sozial- und Rentenversicherung wurde Frauenarbeit oder der Wert von Hausfrauen-, Pflege- und Erziehungsarbeit nur mit 75 Prozent des durchschnittlichen Wertes von Arbeit bewertet – eine Entscheidung, die zu Millionen zu gering bewerteter Ansprüche von Frauen geführt hat. Ausfallzeiten (zum Beispiel Zeiten der Arbeitslosigkeit und Ausbildung) wurden noch in den siebziger Jahren in geringerem Umfang und zu niedrigeren Werten anerkannt als bei Männern. Und als 1983 das Bundesverfassungsgericht diese Ungleichbehandlung untersagte, baute der Gesetzgeber gleich eine neue Falle in das neue Gesetz, die Voraussetzung der »Halbbelegung«², die wiederum viele Frauen aus der dann geltenden günstigeren Regelung ausschloss. Und –

**DIE ZWEIMILLIONSTE AUSLÄNDISCHE ARBEITNEHMERIN,
DIE 19JÄHRIGE VERA RIMSKI AUS JUGOSLAWIEN,
WURDE AM 8. MÄRZ 1972 VON JOSEF STINGL, BFA,
AM HAUPTBAHNHOF MÜNCHEN BEGRÜSST**



2) Ersatzzeiten, die rentenrechtlich wie Beitragszeiten gehandhabt wurden, waren auf die hauptsächlich auf besondere Lebenslagen von Männern (Kriegsdienst, Ersatzdienst, Gefangenschaft ausgerichtet. ... Ausfallzeiten (Lehre und Ausbildung, Schwangerschaft, Arbeitslosigkeit u.ä.) wurden nur angerechnet, wenn der oder die Versicherte vom Eintritt in die Rentenversicherung bis zum Beginn der Rente die Zeit zur Hälfte (Halbdeckung) mit Pflichtbeiträgen belegt hatte. (Köppen, S. 217/18)

3) In diesem Artikel geht es um die Situation von Frauen. Deshalb wird hier nicht darauf eingegangen, dass das »Ernährerprinzip« auch seine Kehrseite für Männer hat, die auch nicht jedem Mann gerecht wird.

immer wieder – schlug das Ernährerprinzip in der Rentenversicherung durch, das für die Eigenständigkeit von Frauen überhaupt, aber eben auch für ihre Rentenansprüche schädlich war. Dem Lebensweg von Millionen Frauen wurde dieses Prinzip nicht gerecht.³ Unter anderem blieb die Witwenrente eine »Treueprämie«, Wiederverheiratung ließ alte Ansprüche erlöschen. Geschiedene stellten einen erheblichen Teil der armen alten Frauen dar (35 Prozent von ihnen bezogen 1982 Sozialhilfe und Wohngeld).

Und wie haben Frauen das Wirtschaftswunder erlebt? Die Untersuchung der Lebensumstände von Frauen, Arbeitslosigkeit, Wohnungsversorgung, Löhne und rechtliche und fürsorgliche Behandlung von Frauen zeigt, dass der steigende Lebensstandard für arme Frauen, Witwen und alleinerziehende Mütter usw. etliche Jahre später begann. Selbst als die Unternehmen wegen des Arbeitskräftemangels Frauen aus der Reserve in die Betriebe holten, war vielen Frauen eine Vollzeitarbeit nicht möglich, weil es an ausreichenden Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder fehlte.

Wenige Jahre später begann Mitte der siebziger Jahre schon die lang anhaltende Phase des Sozialabbaus und der schleichenden Rückführung der »stillen Reserve« unter den Frauen in die modernen Formen ungeschützter Arbeit mit nicht sozialversicherungspflichtigen, befristeten, Teilzeit- usw. Tätigkeiten, die seit der zunehmenden Flexibilisierung ungeheure Ausmaße erreicht haben und die in ihrerer über großen Mehrzahl Frauen betreffen.

Kaum dass die vom Krieg und seinen langfristigen Folgen herrührende Armut abzunehmen begann, entwickelten sich die neuen Armutsursachen, deren Folgen sich wiederum auf Jahrzehnte hinaus für die Renten von Frauen auswirken werden.

Besonders benachteiligt unter den Frauen sind ausländische Frauen, die seit den sechziger Jahren als Arbeitskräfte angeworben wurden und später auch als Angehörige von Arbeitern einreisten. Ausländische Frauen sind fast ausschließlich Arbeiterinnen mit niedrigem Verdienst, überproportional in ungeschützten Arbeitsverhältnissen beschäftigt und durch das Ausländerrecht mannigfach benachteiligt, häufig von Abschiebung bedroht. Besonders diskriminiert sind Frauen ohne Aufenthaltsrecht, die fast nur als Putzfrauen oder – besonders seit den neunziger Jahren – zu Hunderttausenden als Prostituierte ohne Versorgungsansprüche ausgebeutet werden.

Das Rentenreformgesetz von 1992 erweckte den Anschein der Berücksichtigung weiblicher Lebenslagen. Kindererziehungszeiten wurden nun bei Nichterwerbstätigkeit mit drei Jahren berücksichtigt und die Mindestrentenregelung bei Versicherungsdauer von 35 Jahren verbessert. Aber auch in diesem Gesetz gibt es eine Vielzahl einzelner Bestimmungen, die die Leistungen von Frauen abwerteten und zur Verminderung ihrer Renten führten.

Sicher haben zu allen Zeiten auch Frauen ihren Weg machen können, haben ihr Leben lang versicherungspflichtig gearbeitet, allein oder trotz Familie und Kindern. Viele haben es regeln können, bei Arbeitskräftemangel trotz fehlender staatlicher Betreuungsmöglichkeiten ganztags zu arbeiten. Ein kleiner Prozentsatz von ihnen hat auch gut verdient. Sie alle gehören dann zu jenen sieben Prozent Frauen, die 1998 eine Rente über 1800 DM im Monat erreicht haben (Statistik aus Arpo 3/2000) oder jenen zwei Prozent aller Frauen, die über 2400 DM Rente haben.

Die neuen Gesetze: Grundlegende Einschnitte für Männer und Frauen – und gleichzeitig Fortsetzung der Benachteiligung von Frauen

Jetzt plant die Regierung eine allgemeine dauerhafte Absenkung der gesetzlichen Renten, die Männer und Frauen trifft, Frauen aber wiederum in mehreren Aspekten besonders:

- ◆ die Beiträge für eine private Rentenversicherung werden für Frauen um zirka zehn Prozent, teurer, um eine gleich hohe Rente wie Männer zu erhalten. Begründung: höhere Lebenserwartung. Von allgemein niedrigeren Verdiensten sollen diese um zehn Prozent höheren Beiträge erbracht werden. Konsequenz: Sie werden oft nicht erbracht werden können. Frauenrenten werden deshalb überproportional sinken.
- ◆ Frauen sind bisher bei Zusatzversicherungen durch Betriebsrenten nur zu einem ganz geringen Prozentsatz im Vergleich zu Männern vertreten. Bei dem von den Gewerkschaften angestrebten Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge werden Frauen wiederum nur in der Minderzahl in den Genuss solcher – besseren – Zusatzversicherungen kommen, weil sie in viel geringerem Umfang in tariflich abgesicherten Bereichen tätig sind.
- ◆ Die Förderung privater Versicherung betrifft ausschließlich erwerbstätige Frauen. Die unbezahlte Arbeit im Haushalt und in der Familie bleibt auch im neuen Jahrtausend nur minimal durch Erziehungszeiten berücksichtigt.
- ◆ Wenn die Rente des »Eck-Rentners« (45 Jahre bei durchschnittlichem Verdienst) in der gesetzlichen Rentenversicherung um mehrere Prozentpunkte sinken sollen, kann man ausrechnen, was bei Neurentnerinnen mit durchschnittlich 25 Jahren und niedrigerem als dem Durchschnittsverdienst übrig bleiben wird.
- ◆ Diese Abwertung wirkt sich zusätzlich auf Ausbildungs- und beitragslose Zeiten aus, die nur entsprechend dem persönlichen Verdienst angerechnet werden.
- ◆ Arbeitslosigkeit verheirateter Frauen wird als Zeit nicht mehr angerechnet, wenn das Familieneinkommen die Zahlung von Arbeitslosenhilfe verhindert (Bedürftigkeitsprüfung). Von dieser Regelung sind gerade Frauen häufig betroffen.
- ◆ Das fehlende Prinzip des Solidarausgleichs in der privaten Rentenversicherung trifft Frauen auch besonders, wenn sie auf Hinterbliebenenversicherung aus der (oft höheren) Rente ihres Mannes angewiesen sind. Aus dem privaten Teil der Rente ihres Mannes gibt es keine Hinterbliebenenversorgung.
- ◆ Die Verbesserung für Frauen mit Kindern im neuen Rentengesetz liegt in der höheren Bewertung von Teilzeitarbeit in den ersten zehn Jahren eines Kindes. Aber auch diese Segnung schließt Frauen aus, die nicht die Mindestversicherungsdauer von 35 Jahren erreichen (durchschnittlich erreichen Arbeiterinnen eine Beitragsdauer von 22 Jahren und Angestellte von 27 Jahren – im Unterschied zu Männern von zirka 39 Jahren).
- ◆ Eine weitere Vorstellung im neuen Rentengesetz, die Frauen betrifft, ist die Möglichkeit von Splitting-Modellen der Rentenansprüche, wie sie schon bei Scheidungen praktiziert wird. Hier werden aber verfassungsmäßige Bedenken von Männern angemeldet, die um die ungekürzte Auszahlung ihrer »eigenen« Rente fürchten. So ist an Freiwilligkeit dieser Bestimmung mit Einverständnis beider Partner gedacht. Männern darf man schließlich nicht zu nahe treten.

◆ Hinterbliebenenrenten sollen statt bisher 60 Prozent nur noch 55 Prozent der Rente, aus der sie abgeleitet werden, betragen. Das bedeutet unter anderem für Witwen eine stärkere Bedürftigkeitsprüfung, keine dynamischen Freibeträge mehr, insgesamt zukünftig geringere Witwenrenten. Die Anrechnungsmodelle sprengen den Rahmen dieser Zusammenstellung. Der Darmstädter Sozialrichter Borchert kritisiert: »Faktisch wird die Hinterbliebenensicherung in den nächsten 30 Jahren abgeschafft. ... « Durch die Kumulation der beschlossenen Kürzungen werde das Nettoniveau dieser

Rente auf 32,5 Prozent gesenkt. Er empfiehlt Frauen und Familien wegen der Benachteiligung durch das Gesetz die Sozialgerichte bis hin zum Bundesverfassungsgericht anzurufen.

Nun wird von Regierungsseite behauptet, zur Verhinderung von Altersarmut werde es ein entsprechendes Gesetz geben. In Wirklichkeit werden KleinrentnerInnen auf die Sozialhilfe verwiesen, um die sie zwar nicht betteln müssen, die aber in ihrer Höhe den Sparzwängen der immer weiter ausblutenden Kommunen unterliegt. 29.3.2001 ■

■ KARMANN-OSNABRÜCK

Protest der Karmann-Belegschaft gegen die Rentenreform

Am 7. Dezember 2000 hat die Belegschaft der Karmann-Belegschaft in Osnabrück mit einer Aktion während der Arbeitszeit gegen die geplante Rentenreform der Bundesregierung protestiert. Circa 2000 KollegInnen folgten dem Aufruf der IGM und waren für zwei Stunden draußen auf dem Spätschichtparkplatz. Sie brachten ihren Unmut über das nicht eingehaltene Wahlversprechen der Bundesregierung zum Ausdruck. Der erste Bevollmächtigte der IGM Osnabrück, Hartmut Riemann, stellte heraus, dass auf die Beschäftigten eine Beitragserhöhung von insgesamt 23,3 Prozent zukommt; die Unternehmer seien die eigentlichen Gewinner dieser Regelung.

Die KollegInnen waren dem Aufruf zur Aktion fast geschlossen gefolgt – die meisten Angestellten fehlten. Die Verwaltungsstelle hatte die Aktion unterstützt. Die Protestaktion der Karmänner ist nicht vom Himmel gefallen:

- ◆ Seit Bekanntwerden der Pläne von Rot/Grün wurden in der VKL und in einigen Bereichsvertrauenskörpern immer wieder über den aktuellen Stand zu dieser Thematik berichtet und diskutiert und Material verteilt.
- ◆ Ende 1999 wurde eine Veranstaltung mit Johannes Steffen zu den Riesterplänen und deren Auswirkungen veranstaltet.
- ◆ Ende Sommer 2000 (nach genaueren Kenntnissen über die Pläne) wurde auf einer Vertrauensleutemannschaft die Problematik ausführlich dargestellt und diskutiert. Die anwesenden KollegInnen haben den geplanten Einstieg in die Privatisierung auf das schärfste verurteilt.
- ◆ Anfang Oktober 2000 wurde eine Sondernummer unserer Betriebszeitung zum Thema »Rente« erstellt und verteilt.
- ◆ Ende November 2000 nahm die Diskussion um die »Rente« den größten Platz auf einer ganztägigen Vertrauensleuteschulung ein. Abschließend wurde dort dann mit Mehrheit für eine Protestaktion während der Arbeitszeit gestimmt.
- ◆ Zwei Tage vor der geplanten Aktion verteilten wir ein Flugblatt u.a. mit dem Hinweis, in welchen Regionen und Betrieben schon Aktionen gelaufen waren.

Am Tag der Aktion wurde morgens der Aufruf verteilt.

Diese Aktivitäten und die Aktion am 7.12.2000 wurden eigentlich nur von wenigen Vertrauensleuten und Betriebsräten vorbereitet und durchgeführt. Bei einigen (besonders Betriebsräten) gab es immer wieder Bedenken, weil dieses ja der SPD geführten Bundesregierung schade und sie »ja nicht die Schwarzen wieder an der Regierung haben wollten...«.



Die KollegInnen sind dem Aufruf gefolgt. Viele kritische, aber auch negative Stimmen waren zu hören: »... was interessiert mich jetzt meine spätere Rente«, oder »es gibt sowieso keine oder eine gekürzte Rente«, oder »hört endlich auf mit dem Thema Rente – ich habe andere Probleme«. Diese Äußerungen zeigen, wie wichtig die aufklärende Arbeit aller Betriebsräte und Vertrauensleute gewesen wäre. Einige, etwas bewusstere Kollegen sagten auch, dass die Gewerkschaften oder die IG Metall uns »verkauft« haben.

Viele Kollegen interessiert das, was über den Betrieb hinaus geht, nicht. Die meisten Betriebsräte interessiert es auch nicht, eben wegen ihrer starken Verbindung (oder Abhängigkeit) zur SPD – oder sie haben andere Probleme, zum Beispiel wie komme ich sicher wieder in den nächsten Betriebsrat.

Nach dem Rentenkompromiss zwischen Gewerkschaften und Regierung stellte die VKL klar: Damit ist die paritätische Finanzierung der Sozialversicherung (50 zu 50) endgültig

gebrochen... Es bleibt also dabei: Gewinner dieser »Reform« sind die Arbeitgeber und Finanzdienstleister, Verlierer sind die Arbeitnehmer und Rentner. ...Dieser Kompromiss entspricht nicht den Zielen, für die wir im Dezember auf die Straße gegangen sind.

Der von der IG Metall angekündigte »heiße Herbst« war nur halbherzig. Nachdem der Aufruf aus dem Stuttgarter Raum »auf die Straße« kam, haben die IG Metall und andere Gewerkschaften nur halbherzig reagiert. In den meisten Bezirken ist nichts gelaufen. Hier hätte der Vorstand der IG Metall »anschieben« müssen, dann wäre mehr gelaufen, und wir hätten mehr erreichen können (siehe zum Beispiel

Frankreich diese Woche). Auch das klammheimliche Verlassen der Position, keine Privatisierung hin zum Auf- und Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge ist ein Schlag gegen die KollegInnen, die sich in dieser Sache engagiert haben.

Das alles wird getoppt von dem jetzt vorliegenden Flugblatt mit der Überschrift... »Das kann sich (nicht) sehen lassen!«

Wo waren denn die 500.000 an den Aktionen beteiligten ArbeitnehmerInnen? 4.2.2001 ■



■ VW SALZGITTER

Diese Renten»reform« wollen wir nicht

Der vom IGM-Vorsitzenden Klaus Zwickel angekündigte »heiße Herbst 2000« ließ lange auf sich warten. Anfang November war es dann doch soweit. Erste Aktionen zur geplanten Rentenreform waren erlaubt worden. Um nicht gleich breit angelegte Mobilisierungsaktionen mit womöglich noch unsicherem Ausgang zu riskieren, wurden einige Betriebe und Verwaltungsstellen aus dem Norden ausgeguckt, in denen die Knopfdruckautomatik noch einigermaßen funktioniert. Dazu gehören natürlich die Bereiche, in denen noch Funktionäre zu finden sind, die die Aktivitäten der Kollegen noch ins Feld führen wollen. Für uns in Salzgitter war es deshalb nicht verwunderlich, dass die gesamte Verwaltungsstelle zu Aktionen aufgerufen war. Nachdem in Funktionärskonferenzen kritisiert worden war, dass der Zwickelsche »heiße Herbst« ausschließlich im Saale stattgefunden hatte, sollten nun die Kollegen auch mal Dampf ablassen können. So wurden Schwerpunkte bei VW gesetzt und neben Salzgitter weitere Verwaltungsstellen im IGM-Bezirk Hannover zu Aktionen aufgefordert.

Bevor es zu diesen Aktionen kam, wurde denen, die schon früher bereit waren nicht nur die offene Diskussion zum Thema aufzunehmen, um die betrügerischen Berechnungen offenzulegen, sondern auch sahen, dass ohne ein aktives Eingreifen der Kollegen entscheidende Änderungen im Rentenbereich nicht durchzusetzen sind, noch einmal vorgeworfen, die SPD in ihrer Regierungsverantwortung zu schwächen. Die kritiklose Übernahme der Rentenpläne von Riester war fast nur bei sozialdemokratischen Funktionären

Rentenniveau bleibt bei mindestens 67 Prozent

Das kann sich sehen lassen!

Nach wochenlangen Auseinandersetzungen, nach einer Vielzahl von betrieblichen Protestaktionen haben Regierung, SPD und Grüne ihr Rentenniveau korrigiert. Der Ausgleichsfaktor ist vom Tisch. Noch wichtiger: Es bleibt dauerhaft bei einem Rentenniveau von mindestens 67 Prozent.



...UND SO SIEHT ES DIE BASIS:

Ist »metall« ein Sprachrohr der Regierung?

Die Mitgliederzeitung »metall« veröffentlichte im Heft 12/2000 eine Anzeige des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, in der für die Rentenreform geworben wurde. Als Reaktion gab es in der nächsten Ausgabe gleich mehrere kritische Leserbriefe:

»Es ist schon bedenklich, wenn in unserer Zeitung für eine Reform geworben werden kann, die vom Großteil unserer Mitglieder abgelehnt wird... Ist **metall** eine Zeitung für Mitglieder und deren Interessen, oder ein Sprachrohr der Regierung?«

Kurt Rein, BR-Vorsitzender, Wafios AG, Reutlingen

»Die Werbeanzeige von Walter Riester ist ein Schlag ins Gesicht jedes IG-Metall-Mitglieds. Die Kolleginnen und Kollegen erwarten von ihrer IG Metall einen entschiedenen Einsatz für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Unabhängig von der Regierungskonstellation in Berlin.«

Hans-J. Kogerup, Vkl-Leiter, Volkswagenwerk, Wolfsburg

»Da mobilisieren wir gegen die unsozialen Rentenpläne der Bundesregierung. Gleichzeitig druckt **metall** eine sicherlich gut bezahlte Anzeige mit dem verlogenen Motto »Die neue Rente: Solidarität mit Gewinn« ab. Unglaublich kann sich eine Gewerkschaftszeitung kaum noch machen...«

Joachim Schubert, Betriebsrat, Mannheim

»Wir vom Vertrauenskörper sind maßlos empört. Aber besonders pikant ist es, wenn man die Vertrauensleute Flugblätter gegen die Rentenpläne verteilen lässt... und dann in der eigenen Mitgliederzeitschrift vorgeführt bekommt, wie tief die Kluft zwischen Vorstand, Bezirksleitung und der Basis inzwischen ist.«

Barbara Nader, Betriebsrätin, im Namen des Vks der ZF Friedrichshafen AG

zu finden, die auch kommunalpolitisch als Ratsmandatsträger o.ä. aktiv sind.

Unsicherheit war bei einigen hauptamtlichen Funktionären vorhanden, die die geplanten Aktionen organisieren mussten. Arbeitsniederlegungen und Warnstreiks stehen eben nicht mehr so häufig auf der Tagesordnung der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit. Die betrieblichen Funktionäre waren zumindest so zuversichtlich, dass sie Aktionen aus dem Betrieb heraus vor die Werkstore geplant hatten. Zur Mobilisierung mussten aber mehrere Vertrauensleutesitzungen stattfinden, um die Defizite in den innerbetrieblichen

Diskussionen abzubauen, die von der IGM-Führung vorgegebenen Themen mussten erst einmal aufgearbeitet werden.

Auf der Kundgebung waren mehrere Themen zum Sozialabbau angesprochen worden. Neben der Rentenreform, deren Knackpunkte ohne jegliche beschönigenden Rechnungen angesprochen wurden, war die Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes der zweite Schwerpunkt, obwohl es hierzu in den ganz normalen Kollegenkreisen kaum einmal Diskussionen gibt. Um der Themenvielfalt genüge zu tun und den Funktionären, die ausschließlich die SPD geführte Regierung unterstützen wollen – trotz Sozialabbau – wurde ein weiteres Thema in die Protestaktion einbezogen: das Teilzeitarbeitsgesetz. Diese Probleme sind ja durchaus von Interesse für die Beschäftigten. Aber die Bedeutung der Rentenreform wurde damit geschmälert. Sie war damit nur noch ein Thema unter mehreren.

Die Protestaktion fand am 28.11.2000 statt, allerdings nicht wie geplant vor den Werkstoren, sondern in einer Halle. Das Wetter hatte einen Strich durch die Planung gemacht. Die Lohnempfänger waren nahezu vollständig erschienen, der Angestelltenbereich war wesentlich schwächer vertreten. Es zeigte sich, dass Angestellte fast nur aus den Bereichen gekommen waren, in denen noch aktive Vertrauensleute die gewerkschaftliche Diskussion aufrecht erhalten. Den Lohnempfängern wurde die Kundgebungszeit vom Lohn abgezogen – wie immer bei solchen Aktionen. Diejenigen, die in Gleitzeit arbeiten und ihr Gleitzeitkonto selber führen, konnten die ausgefallene Arbeitszeit selbst von ihrem Konto abbuchen, das heißt die Ausfallzeit kann nachgearbeitet werden. Ob das von Dauer ist, bleibt zweifelhaft.

Vor allem die Redebeiträge zu der Rentenproblematik hatten einigen Kollegen Hoffnung gemacht, dass an dieser Sache noch etwas Entscheidendes zu ändern sei. Der Tenor war: Die Protestaktionen sollten nur der Anfang sein zu einer Kampagne, die in einem Marsch auf Berlin, einer zentralen Kundgebung gipfeln sollten. Für den Gewerkschaftsvorstand wurden dann auch noch einige kritische Worte gefunden, da der Beginn der Aktionen ja lange hatte auf sich warten lassen.

Mittlerweile ist das Thema zu den Akten gelegt. Am 9. Januar dieses Jahres hatte es zwar noch eine Funktionärs-

Lieber Kollege Zwickel,

mit Unverständnis, ja Empörung haben wir vernommen, dass die Gewerkschaften, auch die IG Metall, bei der sogenannten Rentenreform der Regierung akzeptiert haben, dass im Gesetz keine (50 Prozent) Beteiligung der Arbeitgeber vorgesehen ist, wenn bis zu vier Prozent des Bruttolohns in Altersvorsorge umgewandelt wird.

Es tröstet nicht, dass Du in der »direkt« (Zeitung für Funktionäre, die Red.) einräumst, dies sei eine »Wunde die schmerzt« und die IG Metall gebe das Prinzip der paritätischen Finanzierung nicht auf. Wenn sie nicht im Gesetz geregelt werde, dann blieben aber noch die Tarifverhandlungen.

Wir erwarten, dass die IG Metall und Du für die IG Metall weiterhin der Regierung unmissverständlich klar macht, dass von uns nur eine Rentenreform akzeptiert werden kann, die das Prinzip der paritätischen Finanzierung der Rente nicht antastet.

Weiter weisen wir Dich darauf hin, dass Deine Vorgehensweise für uns in der Mitgliederwerbung nicht hilfreich ist. Nachdem mehr als 150.000 Metaller in Aktionen und Kundgebungen ihren Unmut über die geplante Rentenreform zum Ausdruck brachten, ist es schlicht unvermittelbar, dass die Spitze der IG Metall plötzlich, ohne jede Rücksprache mit gewerkschaftlichen Gremien, akzeptiert, dass die paritätische Finanzierung nicht festgeschrieben ist.

Verabschiedet auf der VK-Sitzung
im Daimler-Chrysler-Werk Bremen am 23.1.2001 ■

konferenz zu den drei oben angesprochenen Themen gegeben. In der sehr gut besuchten Veranstaltung drehte sich die Diskussion fast ausschließlich um die Rentenfrage. Den beiden anwesenden Bundestagsabgeordneten wurde die Unzufriedenheit der Funktionäre deutlich mit auf den Weg gegeben: Die Änderungen nach den gewerkschaftlichen Aktionen seien völlig unzureichend, denn die Hauptsache, die Parität bei der Finanzierung der Rente, ist nicht erhalten geblieben. 1.4.2001 ■

■ DEUTSCHE POSTGEWERKSCHAFT

Unruhe im Funktionärskörper der DPG

Auf der letzten Tagung des Bereichs Ost der Betriebsräte der DPG Ende November 2000, die zur Vorbereitung der folgenden Gesamtbetriebsratssitzung einberufen worden war, kam es zu einem Eklat. Nach der Aussprache über den kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzten Punkt »Sanierungstarifvertrag/Stücklohn/Verbundzustellung/Entfristungquoten« verließen alle Betriebsräte aus den Bereichen Fracht und Brief die Sitzung. Sie wollten damit gegen die aktuelle Politik des Hauptvorstandes (HV) und des Gesamtbetriebsrates (GBR) protestieren. Mag eine solche Reaktion in anderen Gewerkschaften nichts Besonderes sein, so stellt sie in der auf Konsens ausgerichteten Politik der Postgewerkschaft ein Novum dar. Welche Entscheidungen des HV und des GBR brachten nun die nicht als aufmüpfig bekannten Betriebsräte derart auf, dass sie so heftig reagierten?

Zur Problematik des Stücklohns

Im Jahr 1997 hatte die DPG mit dem Unternehmen Deutsche Post aufgrund der hohen Verluste im Paketdienst und der daraus resultierenden Bedrohung für die Arbeitsplätze den sogenannten »Sanierungsvertrag Fracht« abgeschlossen.

In der Frachtpostzustellung wurden auf der Grundlage dieses Tarifvertrages ab Juli 1997 die Produkte »Infopost schwer« und »Päckchen« auf Stücklohnbasis neben der normalen Arbeit zugestellt. Ein weiteres Ergebnis der Vereinbarungen bestand darin, dass in einigen Bereichen, insbesondere auf dem Land, die wenige Jahre zuvor durchgeführte Trennung zwischen Brief- und Frachtzustellung wieder aufgehoben wurde. Dort, wo der Briefdienst die Zustellung der Frachtpost übernahm, erfolgte die Bezahlung der Mehrarbeit ebenfalls auf Stücklohnbasis.

Sowohl in der Fracht- wie auch in der Landzustellung wurde diese Regelung unabhängig davon umgesetzt, wie hoch im Einzelnen die zusätzliche Arbeitsbelastung war. Da so eine weder von der Gewerkschaft noch von den Betriebsräten kontrollierbare Verlängerung des Arbeitstages möglich wurde, forderte eine wachsende Zahl von betroffenen Zustellern und Betriebsräten immer lautstarker, diesen Teil des Tarifvertrages zum nächst möglichen Zeitpunkt zu kündigen. Dies geschah dann auch fristgerecht zum Jahresende 2000.

Die Post hielt daraufhin der Gewerkschaft vor, sie habe die im Sanierungstarifvertrag gegebene Zusage, selbst einen Beitrag zur Stärkung der Ertragskraft der Post zu leisten, nicht erfüllt. Für das laufende Jahr fehle noch ein Beitrag in Höhe von 110 Millionen DM. Um nicht den Anschein zu erwecken, kein verlässlicher Partner für die Aktiengesellschaft mehr zu sein, stimmte der Hauptvorstand nach kurzer Beratung einer Verlängerung der Regelungen zur Stückentlohnung bis zum 30.6.2001 zu. Damit war, so erklärten Postgewerkschaft und Unternehmensleitung gemeinsam, der Sanierungsbeitrag für das Jahr 2000 erbracht.

Nun hatte die DPG zwar ihre »Verpflichtung« aus dem Sanierungstarifvertrag erfüllt, aber viele ihrer engagierten Betriebsräte und aktiven Mitglieder verprellt.

Die Betriebsräte kritisierten das Vorgehen des HV und des GBR in mehrfacher Hinsicht:

◆ Inhaltlich sei das Vorgehen des HV nicht zu akzeptieren. In vielen Niederlassungen habe der Stücklohn bei den Beschäftigten keine Akzeptanz gefunden. Dies liege im wesentlichen daran, dass die bestehenden Regelungen nicht in der Lage seien, die Beschäftigten vor Überlastung zu schützen.

◆ Nachdem Betriebsräte und örtliche Gremien unter Mitgliedern seit Monaten für die Abschaffung des Stücklohnes geworben und dies auch als Position der Gewerkschaft dargestellt hatten, ständen sie jetzt als unglaubwürdig dar.

◆ Die Stücklohnzustellung widerspreche den grundsätzlichen tarifpolitischen Vorstellungen der DPG, die einen Zeitlohn als Grundlage der Entgeltbemessung habe.

◆ Mit der bestehenden Regelung würden die gerade für die Zustellung mit dem Arbeitgeber vereinbarten Abmachungen zur Echtzeiterfassung der Arbeitszeit unterlaufen.

◆ Die Arbeitgeber seien über die Änderung des Standpunktes des HV besser informiert gewesen als die Betriebsräte. Letztere hätten die neue Lage nur zeitverzögert erfahren.

◆ Da die Gewerkschaft nun einmal unglaubwürdig geworden sei, könne sie bei zukünftigen Verhandlungen nicht mehr energisch auftreten, um doch noch den Stücklohn abzuschaffen. Insbesondere werde es für sie schwierig, erneut die aktive Unterstützung von Betriebsräten zu bekommen.

◆ Die Betriebsräte würden angesichts der Erfahrungen, die sie mit der Informationspolitik von HV und GBR machen mussten, deren Stellungnahmen zukünftig nur noch mit Zurückhaltung zur Kenntnis nehmen.

Die Benachteiligung der Beschäftigten im Osten

Ein weiterer Punkt löste den Unmut der Betriebsräte aus. Der GBR hatte Anfang November mit dem Unternehmen sogenannte Entfristungsquoten vereinbart. Damit sollte ein Teil der Beschäftigten, die im Jahre 2000 befristete Arbeitsverträge besaßen, nach den bestehenden tarifvertraglichen Regelungen in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis über-

nommen werden. Denn ab Januar 2001 wären sie sonst unter den neuen Tarifvertrag gefallen, der eine drastische Einkommensreduzierung für alle neueingestellten Beschäftigten vorsieht.

Der Arbeitgeber hatte den Vorschlag gemacht, insbesondere die Niederlassungen in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen mit hohen Quoten zu bedenken. Seine Motive waren egoistischer Natur. In diesen Regionen hat die Post schon jetzt Schwierigkeiten, geeignete Kräfte zu finden. In München, Stuttgart oder Frankfurt sind viele Stellen in der Zustellung wie der Briefverteilung nicht besetzt. Und dort, wo es doch gelingt, Einstellungen vorzunehmen, bleiben die neu gewonnenen Mitarbeiter nicht lange. Viele finden schon bald bei anderen Unternehmen einen besser bezahlten Job. In den östlichen Regionen sollten dagegen kaum Entfristungen zu den alten Tarifbedingungen vorgenommen werden. Hier hat die Post keine Probleme, neue Mitarbeiter zu gewinnen.

Die anwesenden Betriebsräte sahen die schließlich vom Gesamtbetriebsrat gebilligte Quotierung als eine Verletzung des innergewerkschaftlichen Solidarprinzips an. Darüber hinaus führten sie an, habe die Vereinbarung die Einflussmöglichkeiten der örtlichen Betriebsräte auf Null gesenkt. Sie könnten nur noch absegnen, was die Niederlassungsleiter ihnen vorschlugen. Ihre Rolle beschränke sich darauf, die Einhaltung der Quoten zu kontrollieren. Außerdem habe man mit der Zustimmung zu dem Arbeitgebervorschlag erreicht, dass die Niederlassungsleitungen bei den Beschäftigten, die nicht übernommen würden, den Eindruck erwecken konnten, die Gewerkschaft sei Schuld an ihrer persönlichen Situation. Diese argumentierten, sie wären bereit gewesen, mehr Kräfte einzustellen, wenn nicht die zentralen Vorgaben bestanden hätten.

Die Auswirkungen des Protestes

Angesichts der massiven Reaktion versuchte der Hauptvorstand auf der folgenden Sitzung des Regionalverbandes Ost der Betriebsräte, die Friedensfahne auszurollen. Er versprach, mit ihm werde es keine erneute Verlängerung der Regelungen zum Stücklohn geben.

Doch damit ist der Konflikt noch lange nicht ausgestanden. Gegenwärtig versucht der Arbeitgeber, die Beschäftigten gegen den Beschluss der Gewerkschaft zu mobilisieren. In seinem allen Mitarbeitern monatlich zugestellten Propagandaorgan »Premium Post« lässt er seit nunmehr schon zwei Ausgaben Frachtzusteller zu Wort kommen, die sich in ihrer Mehrheit für die Beibehaltung des Stücklohnes aussprechen.

Damit greift er geschickt in die innere Meinungsbildung der Postgewerkschaft ein. Insbesondere KollegInnen aus dem süddeutschen Raum einschließlich vieler der dortigen Betriebsräte wehren sich gegen die Abschaffung des Stücklohnes. Interessant ist ihre Begründung. Alle in der Arbeitgeberzeitung zitierten MitarbeiterInnen führten als Grund für ihr Votum an, sie benötigten das zusätzliche Einkommen, um einen halbwegs akzeptablen Lebensstandard zu erreichen. Nun sagt dies nichts weiter, als dass die Tariflöhne bei der Post zu niedrig sind.

Normalerweise wäre eine solche Ausgangslage für eine Gewerkschaft ein hervorragender Anknüpfungspunkt. Sie könnte die Forderung nach Abschaffung des Stücklohnes verbinden mit der Forderung nach einer Erhöhung der Tariflöhne oder der besseren Dotierung einer Zulage. So könnte die DPG die auseinanderstrebenden Kräfte in der eigenen

Organisation zusammenführen und sich selbst als die Kraft darstellen, die allein für eine Verbesserung der sozialen Lage der Beschäftigten eintritt. Doch dieser Weg ist der Postgewerkschaft versperrt, da sie gerade mit dem Arbeitgeber vereinbart hat, die Tariflöhne für die Zusteller zu senken. Wenn auch diese Absenkung zunächst nur für Neueinstellungen gilt, hat die Gewerkschaft doch mit ihrer Zustimmung zu den Lohnkürzungen der von den Arbeitgebern langjährig vorgebrachten Behauptung recht gegeben, dass die Tarifentgelte der Arbeiter bei der Post grundsätzlich zu hoch seien.

Dieser Konflikt offenbart, dass mit der Privatisierung der Post die Politik der DPG in eine tiefe Krise geraten ist. Die reale, vermeintliche oder zu erwartende Konkurrenz mit anderen allein nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben ausgerichteten Firmen bestimmt jetzt das Handeln des Vorstandes der AG. Er möchte, dass die Post national wie international zu den größten Unternehmen im Bereich Logistik gehört. Da sind Tarifverträge, die soziale Leistungen beinhalten oder die Verfügung über die Arbeitskraft beschränken, nur hinderlich. Die Unternehmensführung will solche Hemmnisse Schritt für Schritt abbauen.

Die Postgewerkschaft dagegen ist nicht in der Lage, sich auf die veränderten Bedingungen einzustellen. Sie ist weder in der Lage, die KollegInnen der Post gegen die Angriffe der Unternehmer zu mobilisieren, noch fähig, die Belegschaften anderer Unternehmen der Branche in die Auseinandersetzungen miteinzubeziehen. Auch die Entwicklung zu Ver.di hat hier keinen Schritt nach vorn gebracht. Im Gegenteil. Durch den bürokratischen Charakter der Vereinigung und die Verteidigung von Besitzständen jeder Art ist ein Zusammenwachsen der Beschäftigten eher noch erschwert worden. So versucht die Postgewerkschaft auch im neuen Gewande ihre alte Rolle als Betriebsgewerkschaft zu behalten und in allen tarif- wie sozialpolitischen Fragen der erste Ansprechpartner zu bleiben. Dafür ist sie bereit, nahezu jeden Preis zu zahlen. Ihre Schwäche nutzt die Unternehmensleitung aus, indem sie die Hürden ständig erhöht, die die zentralen Gremien der DPG überspringen müssen, um weiter zu Tisch gebeten zu werden. 4.4.2001 ■

■ LESERBRIEF

Kritik eines ÖTV-Hauptamtlichen

am »Bericht eines Delegierten«
in Arbeiterpolitik Nr. 4/5 vom 7.12.2000.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dem Bericht des Kollegen wird gut herausgearbeitet, dass die moderate Tarifpolitik der ÖTV und ihre Linie der Anpassung an die Entscheidungen der Bundesregierung unter den Delegierten eines Gewerkschaftstages eine relativ breite Basis hat. Im Bericht wird dieser resignative Realismus sogar etwas unterzeichnet. Herbert Mai und der von ihm völlig dominierte geschäftsführende Hauptvorstand haben diese unpolitische Haltung des resignativen Akzeptierens mit allen Kräften unterstützt, weil sie sich eine kritischere Position zur Bundesregierung und eine aktive Tarifpolitik nicht vorstellen konnten.

So gesehen ist meine Rolle als einer der wenigen Linken in herausgehobenen Funktionen nicht durch eine Doppelfunktion bestimmt. Mir bleibt nichts anderes übrig als das umzusetzen, was sich nach demokratischen Prozessen als

Mehrheitsposition durchsetzt. Mindestens in der Tarifpolitik muss das von einem Bezirksvorsitzenden auch umgesetzt werden, er kann nicht wie eine politische Opposition in den Parlamenten nur propagandistisch handeln.

Eine wohl gezielt verbreitete Legende ist es, dass ich auf der letzten bayerischen Bezirkskonferenz wegen meiner ablehnenden Haltung zu ver.di ein schlechtes Wahlergebnis erhalten habe.

Erstens hatte ich nie eine ablehnende Position zu ver.di, was in der Zeitschrift »Sozialismus« nachgelesen werden kann, sondern eine kritische Position zu einigen aus meiner Sicht unnötig bürokratischen und die innergewerkschaftliche Demokratie reduzierenden Organisationsentscheidungen im ver.di-Prozess.

Zweitens habe ich viele Nein-Stimmen bei der Wahl erhalten, einmal weil mein politischer Kurs einigen nicht passt – also weil ich zu kritisch gegenüber der herrschenden Mehrheitsströmung bin – zum zweiten, weil ich nach der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes gegenüber den Medien offen erklärt habe, dass der Tarifkompromiss materiell deutlich schlechter war als der vorher abgelehnte Schlichterspruch. Das mögen die Fans der Geschlossenheit nach außen nicht. Abschließend will ich anmerken, dass ich das Resultat der Kongressauseinandersetzungen ausgesprochen positiv bewerte. Mai geht und ver.di kommt. Vor dem Gewerkschaftstag hätte ich davon nicht zu träumen gewagt.

Mit freundlichen Grüßen, Michael Wendl

■ ANTWORT AUF DEN LESERBRIEF

MICHAEL WENDLS

Was man alles umsetzen muss...

Lieber Kollege Wendl, vor meiner Antwort auf Deinen Leserbrief wollte ich den Berliner ÖTV- und ver.di-Kongress abwarten. Nun zu Deinen Ausführungen:

Eine solidarische Kritik ist leider nicht die Regel in der Gewerkschaft. Dass meine Darstellung von »*resignativem Realismus*« gekennzeichnet ist, habe ich mit Schmunzeln registriert. Hätte ich resigniert, wäre ich nicht in Leipzig gewesen. Wir werden Konsens darüber haben, dass wir uns in der Gewerkschaft an dem zu orientieren haben, was ist, und nicht vorrangig an dem, wie wir es gern hätten. Dies muss nicht bedeuten, dass das, was ist, gleich gesehen wird und zu gleichen Konsequenzen führt.

Du schreibst, dass Du »*als einer der wenigen Linken in herausgehobenen Funktionen*« das umsetzen musst, was sich »*nach demokratischen Prozessen als Mehrheitsposition durchsetzt.*« Dies habe ich nicht kritisiert, denn in diesem Dilemma ist die gesamte Gewerkschaftslinken. Unbestritten ist wohl auch, dass dieses Dilemma umso größer wird, je »*herausgehobener*« ein Linker ist. Dass dies für Hauptamtliche noch stärker gilt, ist auch nicht neu und ist für viele Kolleginnen und Kollegen aus meinen Bereichen der Hauptgrund gewesen, nicht in den hauptamtlichen Apparat zu wechseln.

Da ich offensichtlich beim Exkurs auf die bayrische Bezirkskonferenz und den Gründen für Dein schlechtes Stimmenergebnis einer »Apparat-Legende« anheim gefallen bin, nehme ich dies hiermit zurück.

Deine Beurteilung des Leipziger ÖTV-Kongresses in »Sozialismus 12/2000« ist mit meinem Bericht in vielen Punkten deckungsgleich, allerdings schreiben wir von unter-

schiedlichen Standorten aus. Ich von der Ebene eines VLK-Vorsitzenden, Du als Bezirksvorsitzender. Dies dürfte auch die Ursache unterschiedlicher Wahrnehmungen sein. Wie Du Leipzig als »Verschiebung nach links: ... programmatisch wie auch durch eine offene und kontroverse Diskussionskultur« wahrnehmen kannst, ist mir ein Rätsel. Ich habe auch den Berliner Auflösungs-Kongress nicht so wahrgenommen. Wir haben dort über einen »Katalog frommer Wünsche« (so die Überschrift in »Sozialismus 3/2001«) für das Programm von ver.di beraten und beschlossen. Er liest sich wie die planmäßige Fortsetzung der bisherigen organisierten Hilfslosigkeit in Gestalt der offiziellen Gewerkschaftstrategie. Wohin uns diese bisher geführt hat, wissen wir beide. Dass jetzt, nach der formalen ver.di-Gründung, die beschlossenen programmatischen Anträge »ins Bücherregal gestellt« werden, war zu erwarten. Spannend wird sein, wie dieses neue Gewerkschaftsgebilde sich den tatsächlichen Fragen der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit stellt, wie mit den »Jungsozialisten in der Regierung« umgegangen wird. Und dies in Bereichen und an Problemen, die die Kolleginnen und Kollegen betreffen und die sie mobilisieren. Für uns gibt es genug zu tun, und für Dich als Hauptamtlichen wird sich immer wieder die Frage stellen, welche Entscheidungen Du mittragen willst und welche nicht.

Mit solidarischen Grüßen, der Verfasser des Artikels ■

■ BAYER AG, BUNDESWEIT

...verschon unser Haus, zünd's vom Nachbarn an!

Eine neue Standortvereinbarung der Bayer AG für die Werke Brunsbüttel, Dormagen, Uerdingen, Leverkusen, Wuppertal ist am 12. Dezember 2000 für vier Jahre abgeschlossen worden.

»Kein Abschluss um jeden Preis«

So heißt es im September 1999 in einer Veröffentlichung von der IG BCE. Die IG BCE hatte schon früh damit begonnen die neue Standortvereinbarung vorzubereiten. Zu Beginn der Verhandlungen für eine neue Standortvereinbarung war es ihr klar, dass die Belegschaft weitere Lohnkürzungen nicht akzeptieren würde. Sie musste im Rahmen der letzten Standortvereinbarung auf drei Millionen DM pro Jahr verzichten. Ausgliederungen konnten in den letzten drei Jahren trotz der Standortvereinbarung nicht verhindert werden.

Informationspolitik in Leverkusen

Die IG BCE Fraktion hatte sich als eine der wichtigsten Aufgaben zu Beginn der neuen Legislaturperiode eine bessere Informationspolitik auf die Fahnen geschrieben. Ein Problem für sie ist, dass im Betriebsrat in Leverkusen neben der DAG noch die »Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsliste«, in Wuppertal die »Belegschaftsliste« sowie in Brunsbüttel die »Faul« vertreten sind. Diese Gruppierungen betreiben eine offensive Öffentlichkeitsarbeit in den Werken der Bayer AG. Die IG BCE-Fraktion befand sich in einem Dilemma. Zu Beginn der Legislaturperiode hatte sie der Belegschaft eine bessere Informationspolitik versprochen. So sah sie sich jetzt gezwungen, über die Verhandlungen zu informieren, aber gleichzeitig so wenig wie möglich zu

sagen. Über den Stand der Verhandlungen wurde nur ganz allgemein und unvollständig informiert. Es wurden GBR-Infos, ein Vertrauensleute-Info veröffentlicht und über eine öffentliche Vertrauensleuteversammlung informiert. Gegen Ende der Verhandlungen wurde nur noch die örtliche Presse in Leverkusen informiert. BR-Sitzungen fielen in Leverkusen trotz der Verhandlungen aus. Der Betriebsrat ist in Leverkusen über den aktuellen Stand der Verhandlungen bis zum Schluss nicht informiert worden. Hätte es nicht die informellen Kontakte über die Oppositions-Gruppen in der Bayer AG gegeben, wäre der Informationsstand über die Verhandlungen noch schlechter gewesen.

Dort, wo Unruhe in Leverkusen auftrat, versuchte die IG BCE-Fraktion sie sofort zu kanalisieren und zu entschärfen. Eine Veröffentlichung von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten aus dem »Chemiebereich« gegen die Standortvereinbarung in der örtlichen Presse konnte die IG BCE allerdings nicht verhindern. Trotz mehrerer Aufforderungen der »Durchschaubaren« war die IG BCE-Fraktion und die DAG-Fraktion im Leverkusener Betriebsrat nicht bereit, im Werk zu mobilisieren. Die IG-BCE-Fraktion war der Meinung, die Unruhe im Werk und öffentliche Aktionen gegen die Standortvereinbarungen würden die Verhandlungen nur stören.

Aufgrund von e-mail-Aktionen der »Durchschaubaren« und der Unruhe, die bei einem Teil der Vertrauensleute vorhanden war, sah sich die IG BCE gezwungen, kurz vor Abschluss der Verhandlungen im November noch eine Belegschaftsversammlung abzuhalten. Eine kleine Demonstration der Bereiche, die ausgegliedert werden sollten (große Teile der Logistikabteilung und die Wirtschaftsbetriebe), bekam die IG BCE zusammen. Zu einer Aktion vor der Versammlung hatten auch die »Durchschaubaren« aufgerufen. Auf der Betriebsversammlung wurde es allerdings klar, dass der größte Teil der Punkte schon vereinbart worden war, und nicht mehr viel verändert werden konnte. So kamen die kritischen Beiträge nur einem Luftablassen gleich.

Standortvereinbarung 2000

»Im Kern wird die Standortvereinbarung von 1997 fortgeschrieben«, so heißt es in einer Veröffentlichung des Betriebsrates. Die Verhandlungen standen unter dem Zeichen: Umsetzung der tariflichen Öffnungsklausel für einen Teil der Dienstleistungsbereiche wie zum Beispiel Logistikbereich, Wirtschaftsbetriebe, Werkschutz, Tierpfleger usw. Ziemlich schnell ist allerdings bekannt geworden, dass der Logistikbereich und die Wirtschaftsbetriebe ausgegliedert werden sollten und gleichzeitig eine Lohnsenkung stattfinden sollte. Aus unserer Sicht sind die negativsten Punkte dieser Vereinbarung:

Betriebsbedingte Kündigung

In der Vereinbarung heißt es, betriebsbedingte Beendigungskündigungen werden vor dem 30. Dezember 2004 grundsätzlich nicht ausgesprochen.

Die Zusage des Kündigungsverzicht gilt nicht für:

1. Mitarbeiter, die ein »zumutbares« Arbeitsplatzangebot im Konzernverbund ablehnen.
2. Beschäftigte, die einem (Teil-) Betriebsübergang widersprechen. Also bei einer Ausgliederung nicht mit in die neue Firma gehen wollen.
3. Beschäftigte, die ihre Versetzung in die Abteilung »Bedarfsgerechte Einsätze« oder eine der Zusatzvereinbarungen ablehnen.

Betriebsbedingte Kündigungen sind also möglich, es muss nur einer der Punkte zutreffen.

Zusatzurlaub

Die Streichung des dreitägigen werksinternen Zusatzurlaubs für Vollkontischichtarbeiter ab 1. Januar 2001. Laut Urlaubsgesetz sind Urlaubstage alle Werktage außer Sonn- und Feiertage.

Da in einem sechswöchigen Jahresurlaub laut entsprechendem Schichtplan drei Sonntage hineinfallen, können diese nicht als Urlaub bewertet werden. Von daher müssen sie dem Schichtarbeiter zurückgegeben werden.

Samstagsarbeit

Samstagsarbeit wird nach Abstimmung mit dem zuständigen Betriebsrat bei Bedarf vereinbart. Die Fünf-Tage-Woche wird im Durchschnitt eines zwölfmonatigen Ausgleichszeitraums beibehalten. Das heißt, Samstag kann für Bereiche zum Regelarbeitstag werden, ein Ausgleich muss nicht in der folgenden Woche geschehen.

Bedarfsgerechte Einsätze

Diese Gesamtbetriebsvereinbarung gilt für alle Beschäftigten im Tarifbereich, deren Arbeitsplatz auf Grund von Strukturmaßnahmen weggefallen ist.

Die betroffenen Beschäftigten werden in die Abteilung »Bedarfsgerechte Einsätze« versetzt. Wenn sie der Versetzung nicht zustimmen, werden sie betriebsbedingt gekündigt.

1. Ihr Arbeitseinsatz erfolgt innerhalb der Bayer AG, muss notwendig auch im inländischen Konzernverbund und in konzernfremden Unternehmen, wie zum Beispiel Dystar oder Agfa.

2. Bei vergleichbarem Qualifikationsniveau haben Einsätze mit Übernahmeperspektive auf einen freien und genehmigten Arbeitsplatz Vorrang vor anderen Einsätzen.

3. Einsätze im Werk brauchen nur einen Tag vorher angekündigt zu werden. Einsätze außerhalb des Werkes brauchen nur drei Tage vorher angekündigt zu werden.

4. Der Arbeitsplatz kann im Umkreis von 100 km vom jeweiligen Standort entfernt sein. Für Beschäftigte, die in Leverkusen beschäftigt sind, heißt dies 100 km von Leverkusen entfernt. In Ausnahmefällen kann ein Einsatz auch außerhalb dieses Umkreises erfolgen.

5. Ein Einsatz kann im Einzelfall unzumutbar sein, wenn gewichtige Gründe in der Person des Mitarbeiters/Mitarbeiterin liegen.

6. Die Beschäftigten können auf Arbeitsplätzen eingesetzt werden, deren Entgelteinstufung zwei Entgeltgruppen niedriger als ihre bisherige Eingruppierung ist. Sollte dies nicht möglich sein, ist auch ein Arbeitseinsatz für kurze Zeit möglich, dessen Entgelteinstufung mehr als zwei Entgeltgruppen niedriger ist.

7. Ist kein Einsatz möglich, soll

- ein Zeitausgleich für Zeitguthaben,
- eine notwendige Qualifizierungsmaßnahme/
- Weiterbildung erfolgen oder
- Resturlaub im Einvernehmen zwischen dem Beschäftigten und der Personalabteilung genommen werden.

8. Das Entgelt bleibt maximal für ein Jahr garantiert.

9. Schichtzulagen sowie arbeitsplatzbezogene Zulagen und Zuschläge, wie zum Beispiel Schmutzzulage, werden nur für die konkrete Arbeitszeit bezahlt. Bei Krankheit und Urlaub also nicht.

10. Für die Beschäftigten gilt die Jahresarbeitszeit, das heißt, die 37,5-Stunden-Woche muss nur rechnerisch auf das Jahr bezogen erfolgt sein. Die »Abteilung Bedarfsgerechte Einsätze« ist eine Verleihfirma mit sehr miesen Arbeitsbedingungen.

11. Neue Entgeltrichtbeispiele sollen jetzt unverzüglich mit dem Ziel verhandelt werden, eine wettbewerbsfähige und tarifgerechte Eingruppierung zu erreichen. Hintergrund ist, die IG BCE verhandelt mit dem Arbeitgeber über neue Entgeltrichtlinien. Geplant ist eine Anpassung der Richtlinien an die technische Entwicklung. Befürchtet wird eine erhebliche Lohnsenkung bei der Neuordnung der Richtbeispiele. Das Verhalten der Bereiche und Personalabteilung in der Bayer AG bei Umgruppierungen zeigt jetzt schon, dass die neuen Richtbeispiele eine Absenkung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit sich bringen werden.

Wirtschaftsbetriebe und Logistik werden ausgegliedert

Die Wirtschaftsbetriebe und die Logistik werden ausgegliedert und gleichzeitig eine Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung vereinbart im Rahmen der Tarifverträge der IG BCE:

Rund 1600 Beschäftigte aus ZL und aus anderen Geschäftsbereichen werden ab 1.7.2001 in ein eigenständiges Logistik-Unternehmen ausgegliedert. Für die betroffenen Beschäftigten ist vom 1.6.2001 bis Ende 2007 die 40-Stunden-Woche vereinbart worden. Eine Entgeltanpassung an die erhöhte Stundenzahl wird es nicht geben, gleichzeitig wird über die tarifliche Öffnungsklausel des Entgelttarifvertrages eine Entgeltsenkung vereinbart. Während der Laufzeit werden evtl. Tarifierhöhungen der chemischen Industrie nur zur Hälfte weitergegeben werden.

Die Bayer-Wirtschaftsbetriebe werden zum 1.7.2001 ausgegliedert und in die Bayer-Restaurations-GmbH (BayRest) überführt. Für die Beschäftigten, die in die Bayer-Restaurations-GmbH übergehen, ist ab 1.6.2001 bis Ende 2007 die 40-Stunden-Woche vereinbart worden. Es sind dieselben tariflichen Öffnungsklauseln, wie sie im Logistikbereich angewendet werden. Die Restaurations-GmbH bleibt wahrscheinlich Mitglied im Arbeitgeberverband, der Tarifpartner der NGG ist. Im Rahmen der Gesellschaft wird es wahrscheinlich zwei Tarife geben. Eine Verlängerung des gekürzten Chemietarifes wird es wahrscheinlich nach 2007 nicht mehr geben.

Auswirkungen der Standortvereinbarung

Die Streichung der freiwilligen Betriebsvereinbarung: dreitägiger Schichturlaub für Vollkontischichtarbeiter, die Einsicht der Personalvorgesetzten in die »Kommt- und Gehzeiten«, die kontrollierten Anfangszeiten, die Erweiterung der Möglichkeiten zur Samstagsarbeit und einschneidende Maßnahmen, wie zum Beispiel die Gesamtbetriebsvereinbarung »Bedarfsgerechte Einsätze«, setzen die Verschlechterung der Arbeitsbedingung in der Bayer AG fort. Es sind keine Arbeitsplatzsicherung, keine Personalzahlen, auch kein Abbau des Personals, bis 2004 festgeschrieben worden. Die viel zitierte Zusage der Bayer AG, bis Ende 2004 auf »betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten« (Kölnische Rundschau vom 9.12.2000), hält somit der Prüfung nicht stand.

Die letzten Jahren sind gekennzeichnet durch eine immer größer werdende Arbeitsdichte, steigenden Umsatz und immer weniger Beschäftigte. Es geht nur um die optimale

Ausnutzung und Flexibilisierung der Beschäftigten. Viele fragen sich: Welche Verschlechterungen erwarten uns noch bis 2004, oder was müssen wir für die nächste Standortvereinbarung bezahlen?

Den meisten Beschäftigten ist es klar geworden, dass sich ihre Arbeitsbedingungen in den nächsten Jahren schnell verändern werden, allerdings nicht zum Positiven. Die neue Standortvereinbarung und das letzte Jahr haben gezeigt, dass kein Bereich geschützt ist vor Ausgliederungen. Die Dienstleistungsbereiche müssen jederzeit damit rechnen, dass bei Notwendigkeit in ihren Bereichen mit Hilfe der Tariföffnungsklausel eine Lohnsenkung durchgeführt wird. Vielen ist klar geworden, dass bestehende Betriebsvereinbarungen keinem mehr Sicherheit bieten. Der Glaube einiger IG BCE-Betriebsräte, dass die Bayer AG auf eine Ausgliederung verzichtet, wenn sie als Betriebsräte mit einer Lohnsenkung einverstanden sind, hat sich als illusorisch erwiesen. Es geht in den Verhandlungen nicht mehr darum, ob Betriebsräte ihr Ansehen verlieren. Kapitalinteressen und Aktienkurse sind mit am Verhandlungstisch und entscheiden mit darüber, wo es langgeht. Nur vor Gegenwehr der Belegschaft wird sich bei der Bayer AG und manchen Betriebsräten noch gefürchtet.

Die IG-BCE-Betriebsräte und große Teile der Belegschaft müssen sich allerdings fragen, wie lange sie noch bereit sind, schon vereinbarte Rechte kampflos aufzugeben und Verschlechterungen hinzunehmen. Bei sich schnell verändernden Konzernstrukturen ist die Arbeitsplatzsicherung immer nur sehr kurzlebig und der Preis, den einzelne Gruppen zu tragen haben, sehr hoch. Die Aussage von dem Konzernvorstand Dr. Schneider, dass die Bayer AG an dem Vier-Säulen-Prinzip festhält (Chemie, Pflanzenschutz, Pharma, Tiergesundheit), muss nur bis 2001 halten, denn dann hört seine Amtsperiode auf. 10.4.2001 ■

Europaweite Streiks bei GM gegen Standortschließung

Fast allüberall herrschen Standortdenken und Co-Management. Da ist es ein Lichtblick, wenn auch mal eine Belegschaft gegen den Abbau von Arbeitsplätzen streikt, die nicht die eigenen sind. Genau das haben am 25. Januar europaweit etwa 40.000 von insgesamt 83.000 General-Motors-Kollegen getan. Sie wehren sich gegen den Plan der Konzernleitung, ab 2002 die Standorte Luton (bei London) in Großbritannien und Torbalı Izmir in der Türkei plattzumachen. Weltweit sollen 13.000, davon in Europa immerhin rund 5000, Arbeitsplätze abgebaut werden.

Der Konzernvorstand begründet den Abbau mit 982 Mio. Mark Verlust im letzten Jahr. Zwar unterscheidet sich die Abbaupolitik von General Motors letztlich in nichts von der, welche im Zuge von Lean Production auch in anderen Betrieben durchgezogen wird. Aber im Falle von Opel fällt den Beschäftigten die Gegenwehr doch leichter als in anderen Unternehmen: Die Standortlogik hat ja inzwischen fast den Charakter eines Sachzwanges. Gegen diese vermeintlichen »Sachargumente« kann man scheinbar nur schwerlich anargumentieren. Bei Opel spielen jedoch im Bewusstsein der Kollegen menschliche Fehler der Unternehmensführung eine zentrale Rolle: Die verfehlte Modellpolitik des Managements wird für die Schiefelage verantwortlich gemacht.

Rund 5000 Kollegen unterbrachen deshalb in Rüsselsheim für eine Stunde die Produktion. In Bochum waren es 3500. Im Werk 1 wurde für eine dreiviertel Stunde die Fertigung unterbrochen, im Werk 2 für etwa eine Stunde. Bezeichnend für die Stimmung in Bochum: Unübersehbar das Transparent: »Ein Konzern – Eine Belegschaft«. Das erinnerte an den Streik vom 14. bis 16. Juni letzten Jahres, als die Bochumer eine gravierende Abbaumaßnahme des Konzerns verhindern konnten: Bedeutsame Konzernteile (Einkauf, Motoren und Getriebe) sollten ausgegliedert werden. Zusammen mit FIAT sollten sie dann als GmbHs weitergeführt werden. In diesen »Klitschen« wären natürlich nicht die Tarife und Sozialleistungen garantiert worden, die im Konzern üblich sind. Es hätte keinen gemeinsamen Betriebsrat gegeben. Die Spaltung in eine privilegierte Stammebelegschaft und quasi-vogelfreie GmbH'ler wäre die Folge gewesen. Nach massiven Auseinandersetzungen, die vor allem in Bochum stattfanden, konnte dieser Plan zurückgewiesen werden. Immerhin sollen an diesem Standort in diesem Jahr dennoch 700 Arbeitsplätze abgebaut werden (in Rüsselsheim ist ebenfalls für dieses Jahr die Vernichtung von tausend Arbeitsplätzen vorgesehen). Zugleich wird aber von der Werksleitung eine Produktionssteigerung von zehn Prozent verlangt. So etwas motiviert natürlich: In einem wichtigen Punkt sich gegen den Konzern durchgesetzt zu haben. Und zugleich das Wissen, man hat dem Konzern sowieso eine Menge an Vorleistungen gebracht. Nicht zuletzt hatte jene Auseinandersetzung (obwohl Opel-Bochum damals praktisch allein gekämpft hatte) die standortübergreifende Kooperation zwischen den Belegschaftsvertretern verbessert.

Der Streik im letzten Sommer hatte den Konzern 300 Mio. Mark gekostet. Obwohl der Aktionstag dieses Mal weitgehend symbolischen Charakter hatte, versuchte die Konzernspitze sofort Dampf rauszunehmen: Die GM-Europazentrale in Zürich signalisierte ihr Einlenken. Jetzt soll der Plan verhandelbar sein. Statt Massenentlassungen soll nunmehr der »natürliche« Schrumpfungsprozess ausreichen: »Freiwillige« Kündigungen, vorgezogener Ruhestand. Dieser »Erfolg« darf jedoch nicht überbewertet werden. Die Konzernspitze berücksichtigt nur wieder in stärkerem Maße die traditionelle Sozialpolitik des rheinischen Kapitalismus: Zum Abbau hat auch die geführt – nur nicht mit dem Holzhammer. Auch die Begeisterung über die Gewerkschaften und Betriebsräte muss sich in Grenzen halten: Der Ablauf des Aktionstages beweist nur deren Lernprozess, nicht aber ihre Lernfähigkeit: Die Aktionen vom letzten Sommer waren nur auf Druck von unten zustande gekommen. Damals waren die Bochumer in ihren Aktivitäten weitgehend allein geblieben. Hätte es nicht seit längerem dort im Gewerkschaftslager Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppierungen gegeben, wäre auch dort das schiedlich-friedliche Verfahren durchgesetzt worden, das von der IG Metall angestrebt worden war. Um dem Druck von unten vorzubeugen, entschloss man sich von vornherein, etwas mehr »offiziellen« Dampf zu machen.

Ohne Kontrolle von unten werden diese Gewerkschaftsvertreter letztlich doch wieder einen dieser typischen Kompromisse akzeptieren, bei dem der Abbau nur mit einigen oberflächlichen Zugeständnissen garniert wird. Nur wenn die Belegschaften sich weiterhin selbstständig und vor allem standortübergreifend verteidigen, haben sie tatsächlich eine reale Perspektive. 27. 1. 2001 ■



■ DER 3. NAZIAUFMARSCH IN DORTMUND

Die Angst der Polizei vor der »Gewalt« linker Jugendlicher

Am 3. März hatte der Hamburger Neonazi Worch zum dritten Mal innerhalb weniger Monate einen Aufmarsch seiner Kumpanen – dieses Mal in der Dortmunder Nordstadt – angemeldet. Die Polizei verhielt sich wegen der massiven öffentlichen Kritik nach zwei vorausgegangenen Kesseln weitaus zurückhaltender als zuvor.

Nach dem 21. Oktober letzten Jahres (siehe letzte ARPO) folgte am 16. Dezember noch einmal ein lächerlicher Aufmarsch von wenigen hundert Rechtsradikalen in Dortmund (die Meldungen über die TeilnehmerInnenzahl reduzierten sich von anfangs 600 auf 200). Im Dezember hatten sich bei der Mobilisierung Sozialdemokratie, Kirchen und Gewerkschaften auffällig zurückgehalten, aber dennoch kamen einige tausend Menschen zum Protest auf die Straße. Die Polizeiführung hatte wieder auf ein Verbot der Nazidemonstration verzichtet, machte aber besondere Auflagen (keine Bomberjacken, keine Springerstiefel) und erlaubte die Gegendemonstration wieder nur mit deutlich örtlichem Abstand. Die Autonome Antifa: »Wir stellen uns quer«, wurde mit derartigen Auflagen belegt, dass diese ihren angemeldeten Demonstrationzug kurzfristig wieder absagte. Das Bündnis »Dortmund gegen Rechts« führte eine Gegendemo mit Kundgebung durch.

Danach versuchten jugendliche Gruppen, von verschiedenen Richtungen aus in die Nähe der Neonazis zu gelangen – und tappten prompt in die erneute Kesselfalle der Polizei.

Die Kesselpolitik als Demonstration des staatlichen Gewaltmonopols löst massive Proteste aus

Wie zuvor im Oktober (350) wurden im Dezember rund 650 Jugendliche eingekesselt, über Stunden festgehalten, ins

Polizeipräsidium gebracht, in riesige Metallkäfige gesteckt und erkenntnisdienlich behandelt.

Schon im Oktober hat es massive Kritik gegeben, aber nun brachte diese Polizeitaktik den Kessel zum Überlaufen. Viele Organisationen und allen voran die Eltern übten massive Kritik am Polizeipräsidenten und an den verantwortlichen Politikern. Tagelang waren die örtlichen Zeitungen voll von Artikeln und Leserbriefen. Der Tenor lautete: *Erst fordern die Politiker die Jugend zur Zivilcourage und zum aktiven Einstehen gegen Rechts auf, und jetzt versuchen sie die Jugendlichen bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte einzuschüchtern.*

Die Polizeiführung rechtfertigte den Kessel als »Abwendung von drohender Gewalt«, die von der Antifa ausgehe. Gebilligt wurde dies vom Dortmunder Oberbürgermeister, dem Innenminister des Landes NRW und auch vom Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft. Der Polizeiausschuss des Rates der Stadt bescheinigte der Polizei »besonnenes Verhalten«.

Und genau dies stieß auf großes Unverständnis. Die Polizei – wieder mit einem Massenaufgebot von rund drei- bis viertausend Kräften – schützt hier Rechtsradikale, die bundesweit über hundert Tote auf dem Gewissen haben und kriminalisiert diejenigen, die dagegen auftreten und protestieren.

Über hundert Eltern der betroffenen Kinder und Jugendlichen haben sich sofort mit Rechtsanwälten zur »Notgemeinschaft Polizeikessel-Betroffener« zusammengeschlossen, um sich und ihre Kinder rechtlich abzusichern. Sie haben Verbindung mit den ebenfalls eingekesselten der Düsseldorf Antifademo aufgenommen und treffen sich inzwi-

schen kontinuierlich, um das weitere Vorgehen abzusprechen. Ihr gemeinsames Ziel ist es, »weitere Polizeikessel und Polizeirepressalien gegen demokratisch gesinnte AntifaschistInnen entschieden zu verhindern und zu verdeutlichen, dass wir anstelle von Einschüchterung Anerkennung von und Ermutigung zu aktivem und kreativem Engagement gegen Neonazis und rassistische Politik erwarten!«

Viele demokratische Organisationen haben finanzielle und ideelle Unterstützung zugesagt – besonders auch die Grünen, die dadurch einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen haben.

Einzelpersonen und Anwälte erwirkten Dienstaufsichtsbeschwerden bzw. Klagen wegen Freiheitsberaubung, Unverhältnismäßigkeit der Mittel, Schmerzensgeld für die Kinder usw.

Die Eltern von rund 20 aus Schwerte (in der Nähe von Dortmund) kommenden Schülern haben über einen Rechtsanwalt einen Tag vor der Demo am 3. März eine Verfügung beim Oberlandesgericht Münster erreicht. Demnach darf die Polizei erst einen Kessel bilden, wenn die Versammelten vorher zum Verlassen des Ortes aufgefordert wurden und auch die Möglichkeit des Entfernens bestanden hat. Ein juristischer Erfolg aufgrund des öffentlichen Drucks und gute Voraussetzungen für die Aktionen am 3. März.

Eine Koalition von Spitzen der Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Polizei gegen »linke Gewalttäter«

Die beiden vorangegangenen Demonstrationen hatten ein gemeinsames Ergebnis: 1. Alle antifaschistischen Kräfte wollten an einem Strang ziehen. 2. Die Gegendemonstration sollte »augenah« an die Neonazis herangehen, um die Kinder und Jugendlichen zu schützen, die den Rechtsradikalen ihre Wut ins Gesicht schreien wollten, und damit deren Kriminalisierung zu vermeiden.

Der erste Punkt wurde angegangen, und im Bündnis »Dortmund gegen Rechts« organisierten sich nun alle Kräfte – auch die Autonome Antifa: »Wir stellen uns quer.«

Das war sicherlich ein Erfolg. Dennoch gab es mehrere Widersprüche. So zum Beispiel der Angriff auf die Stadtspitze: »Unser sozialdemokratischer Oberbürgermeister marschiert als Antifaschist in der ersten Reihe mit, und unser sozialdemokratischer Polizeipräsident lässt unsere Kinder verprügeln«. Daraufhin verließen zwar sofort sozialdemokratische Vertreter das Bündnis, kamen aber zur nächsten Sitzung wieder. Besonders der von Linken aufgestellte Vergleich zwischen dem aktuellen Verhalten des Polizeipräsidenten und dem eine Zeit lang in Dortmund tätigen späteren Polizeipräsidenten von Berlin, Zörgiebel, aus der Weimarer Republik (der auf Arbeiter schießen ließ), führte zu massiven Auseinandersetzungen, die auch in der örtlichen Presse ausgetragen wurden.

Als die Vorbereitungen zum 3. März nun in die »heiße« Phase kamen, wurden die Teilnehmer des Bündnisses »Dortmund gegen Rechts« plötzlich von ungewöhnlicher Aktivität der Sozialdemokraten und örtlichen DGB-Führung überrollt. Tagelang muss es sie beschäftigt haben, wie man wohl »friedlich« demonstrieren und sich gleichzeitig von den »linken Gewalttätern« – auch örtlich – abgrenzen kann. Der DGB nahm das Heft in die Hand. Dabei spielte er seine Machtposition durch Zurverfügungstellung seiner Infrastruktur und seiner Finanzen aus. Im Flugblatt für den Demonstrationsaufruf wurde auf Inhalte verzichtet. Statt

»Demo in Nazisichtweite« sollte ein buntes Familienfest auf dem weit entfernten Nordmarkt stattfinden. Über die Teilnahme der Redner musste hart gerungen werden. Und als dann der Vorbereitungskreis die Demo-Route anmelden wollte, war bereits alles im Vorfeld mit der Polizei abgekaspert. Die Neonazis sollten auf ein enges Gebiet im Westen der Nordstadt begrenzt werden. Die restliche Nordstadt sollte den Antifa-Aktivitäten gehören – und zwischen beiden Routen lag wieder einmal ein guter Kilometer. Eine Straße, die von Süden nach Norden die Nordstadt durchquert, sollte die Trennlinie sein. Es wurde immer wieder von der »Demarkationslinie« gesprochen. Wer sich an dem Samstag nun westlich davon Richtung Neonazis bewege, gehöre nicht mehr zu den »Friedlichen« und würde als »gewaltbereit« dem Polizeizugriff freigegeben. Der Polizeipräsident: »Es muss einen Sicherheitskorridor geben zwischen Rechts und Links.« Damit war ein wichtiges – anfangs als gemeinsam erklärtes – Ziel unterlaufen und aufgegeben. Die Debatte über dieses Verhalten konnte allerdings unter dem Druck der konkreten Vorbereitungen nicht mehr geführt werden.

Das Problem des Demonstrations-Umfeldes: die Nordstadt

Die Demo der Neonazis in der Nordstadt (nachdem sie sich zweimal im südlichen Innenstadtbereich versammelt hatten) mit ihrem hohen Ausländeranteil und ihrer hohen Arbeitslosenrate war eine kalkulierte Provokation. Dies mobilisierte zusätzlich noch einmal verschiedene Organisationen wie die Kirchen. Auch an den Schulen hat es im Vorfeld über die Gewaltfrage massive Auseinandersetzungen gegeben.

Die »Dortmunder Tageszeitung« veröffentlichte eine ganzseitige Anzeige mit der Aufschrift: »Dortmund zeigt Flagge: Nazis raus!« Das war eine Gemeinschaftsaktion von der Zeitung, SPD, CDU, FDP, Die Grünen, DGB, IHK, Einzelhandelsverband, City-Ring der Geschäftsleute und Unternehmensverband. Die Bewohner sollten dieses Blatt in ihre Fenster hängen. Es wurde am 3. März aber kaum gesehen. So haben hier die Erfahrungen beim Unterschriftensammeln für ein Demoverbot der Neonazis gezeigt, dass nur rund ein Drittel der Menschen die Antifa-Aktion ausdrücklich unterstützt, ein Drittel war desinteressiert oder wollte aus Angst vor den Neonazis nicht unterschreiben, und ein Drittel sympathisiert mit den Neonazis.

In der Nordstadt lebt ein Großteil der Menschen, die aus dem Produktionsprozess herausgefallen sind, die Krisenverlierer des Umstrukturierungsprozesses an der Ruhr, Langzeitarbeitslose. Hinzu kommt der hohe Ausländeranteil, angeführt von Türken, dann Portugiesen und Spaniern. Gleichzeitig haben sich hier auch die Neonazis angesiedelt. Wohnungen werden an Gesinnungsgenossen weitergegeben. Durch deren Auftreten besonders gegenüber den »Fremden« erwerben sie einerseits Sympathie, erzeugen andererseits Angst und Einschüchterung.

Genau deswegen hatte die Autonome Antifa bereits am Mittwoch vor der Demo mit hundert Leuten unangemeldet den stadtbekanntesten SS-Siggi aufgesucht, um an der Hauswand seiner Wohnung einen Film über Nazigewalt abzuspielen – letzteres wurde von der Polizei verboten. Das Motto lautete: »Dein Nachbar, der Nazi.« Die Polizei hatte hier »bürgerfreundlich« eine Woche lang mobile Einsatzwagen zur Unterrichtung der Bevölkerung eingesetzt.

Ein Kritikpunkt der Autonomen Antifa am DGB und der führenden Sozialdemokratie war, dass sie hier einen riesigen Medienspektakel durchführen und sich aber hinterher in der Nordstadt im täglichen Kleinkampf mit den Neonazis zum Schutz der Bevölkerung nicht blicken lassen. Ursprünglich hatte Neonazi Worch für den Sonntag eine weitere Demo angemeldet. Diese ist wohlwissend verboten worden, weil die zugereisten Neonazis in Dortmund hätten übernachten müssen und dann mit besoffenem Kopf Randalie gemacht hätten – bestimmt wäre dann kein DGB zu sehen gewesen.

Die außergewöhnliche Polizeioffensive an den Schulen gegen »linke Gewalt«

Aufgrund der massiven Kritik an der Polizeiführung nach den ersten beiden Demonstrationen bemühte sie sich nun, etwas gegen ihren Imageverlust zu tun.

Einerseits wollte sie bei der Bevölkerung und auch bei den Betroffenen wieder das »Vertrauen« in die Staatsmacht herstellen, andererseits musste sie ihre Strategie der »linken Gewalttäterschaft« transportieren und von den Parolen »Deutsche Polizisten schützen die Faschisten« ablenken.

Sie hatten zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich unter Teilen der Jugendlichen und besonders in der Schülerschaft ein Potenzial entwickelt, das zu einem glaubwürdigen und konsequenten Antifaschismus neigt. »Leere Worte, Aufstand der Anständigen, Sonntagsreden sind genug, wir wollen endlich praktisch und konsequent den Rechtsradikalen entgegenzutreten« – ist die Grundhaltung. Häufig steht dabei erst einmal eine moralische Empörung über die Gewalttaten der Rechtsradikalen im Vordergrund.

Aber es polarisiert sich auch zunehmend. So gehört Gewalt untereinander, zum Teil auch durch rechte Schüler, zum Schulalltag.

Eine Umfrage des Landes NRW unter den Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren ergab zwar, dass immer noch die Mehrheit gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt ist, aber immer mehr autoritäre gesellschaftspolitische Vorstellungen befürworten. Jeder Fünfte sieht Recht und Ordnung gefährdet. »Deutschland braucht eine starke Hand«, stimmen 62 Prozent zu (1993 gleich 52 Prozent), »Ausländer müssen sich anpassen«, befürworten 72 Prozent (1993 gleich 63 Prozent), für »Ausländer raus. Deutschland den Deutschen«, stimmten 13 Prozent der Mädchen (1993 gleich sieben Prozent) und 14 Prozent der Jungen (13 Prozent). Acht Prozent vertreten rechtsextremistische, rassistische und ausländerfeindliche Einstellungen. Viele Jugendliche sind aus Opposition zu ihrem Elternhaus und in Abgrenzung zu anderen rechts oder fühlen sich u.a. zu der Gaba-Musik hingezogen.

Die Dortmunder Schülerunion (CDU) wirft den Lehrern und der Polizei vor, die Schüler durch Druck zur Antifademo gezwungen zu haben. Sie denunzierten die leider viel zu wenigen Lehrer, die die Problematik im Unterricht aufgreifen und manchmal auch Transparente malen lassen. Außerdem wehrten sie sich gegen den Begriff »Dortmund gegen Rechts«. Sie stünde auch rechts, wäre aber nicht rechtsradikal.

Angeheizt wird die Debatte an den Schulen durch den Vorschlag, Springerstiefel und Bomberjacken sollten verboten werden. Hier wird in der Unfähigkeit bzw. in der Ablenkung von den eigentlichen gesellschaftlichen Ursachen ein Schauplatz eröffnet, der an der Situation nichts ändert, aber die Polarisierung nur weiter vorantreibt. Verbot des Tragens

von Nazisymbolen ist klar (folgt dann nicht bald auch der Ché-Aufnäher?), aber eine Auseinandersetzung damit wäre viel hilfreicher. Dem in einer Schlägerei unterlegenen Schüler ist es wurscht, ob ihm mit Springerstiefeln oder mit Turnschuhen in die Nieren getreten wird. Außerdem tragen auch linke Punks Springerstiefel. Ein Lehrer fragte berechtigterweise: »Sollen wir denn nun auch die Glatzen verbieten?«

An den Schulen und unter den Jugendlichen entwickelt sich also etwas, was noch keine deutlichen Konturen hat, worauf der Staatsapparat sich aber einstellen muss. Einmal davon abgesehen – und das wurde von vielen Seiten im Vorfeld der Demonstration, zum Teil auch unterbewusst, betont – »die Rechten gefährden zur Zeit nur kurzfristig unseren Profit, aber die Linken sind nach wie vor eine langfristige Gefahr für die Gesellschaft.«

Deshalb schwärmte die Polizei mit über hundert Beamten aus an die Schulen. Überall stand die Frage der linken Gewaltbereitschaft im Vordergrund. Dazu wurde ein eigens dafür angefertigter zwanzigminütiger Videofilm gezeigt. Zwischenzeitlich sind dann auch die ersten 120 Strafanzeigen gegen eingekesselte Jugendliche von der Staatsanwaltschaft zu den Akten gelegt worden.

Im Mittelpunkt der Debatten standen der Rechtsradikalismus und das Demonstrationsrecht. Die Polizei wurde auch häufig mit Fragen konfrontiert: »Warum dürfen Rechte überhaupt demonstrieren? – Auf welcher Seite steht die Polizei überhaupt?« Zur Demo gab es das Angebot, dass jede Schule einen oder mehrere »Polizeipaten« bekommen könnte.

»Wir wollen die jungen Leute ermuntern zu demonstrieren, aber sie sollen friedlich demonstrieren.« Dieser Beitrag der Polizei wurde von vielen Seiten als »Polizeieinsatz mit Modellcharakter« bezeichnet. NRW-Innenminister Behrens lobte: »Es handelt sich um ein innovatives Projekt, das für die Polizeiarbeit bundesweit Vorbildcharakter hat.«

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die Neonazis der Polizei derzeit ein umfangreiches Experimentier- und Erfahrungsfeld mit linken Oppositionellen liefern. Man lässt sie gewähren, um linke Strukturen, Zusammenhänge der Antifarbeit offenzulegen und zu studieren. Aber es wird auch für andere Fälle geübt (bei der Dezemberdemo gab es von der Polizei den Aufruf an alle Gruppenleiter: »Alle zum Kessel – üben!«). Mit der Einkesselung, der Unterbringung von Verhafteten in Metallkäfigen sowie erkennungsdienstlichen Behandlung sollen die von bundesweit her eingesetzten Polizisten u.a. auch schon auf die Auseinandersetzungen bei den Castor-Transporten vorbereitet werden.

Rund 10.000 Demonstranten gegen 300 Neonazis

Am Samstag ging dann auch das Konzept der Verantwortlichen aus Stadt, Polizei und Gewerkschaften auf. Einen Tag vor der Demo veröffentlichte die »Westfälische Rundschau« noch eine halbseitige Anzeige des Oberbürgermeisters zusammen mit dem Regierungs- und Polizeipräsidenten, in der in nur zwei Sätzen auf die Haltung gegen Rechts eingegangen wurde. Der Hauptteil war ein Appell an das Demonstrationsverhalten: »Jede und Jeder kann durch ihr/sein Handeln aktiv dazu beitragen, dass unsere Demonstration ... ein Erfolg wird. Voraussetzung dafür ist, dass sich niemand von Straftätern provozieren lässt. Meiden Sie gewaltbereite Personen! Straftäter suchen Schutz in der Menge, um aus ihr heraus Straftaten zu begehen. Lassen Sie sich nicht zum

»Werkzeug« von Straftätern machen. Herzlichen Dank für Ihr FAIRständnis.«

Am Morgen versuchten einige wenige Unentwegte zum zweiten Mal den Aufmarschplatz der Neonazis zu besetzen, was aber an der frühen Zeit und der geringen Bereitschaft der Linken scheiterte.

Die Autonome Antifa traf sich am Bahnhof. Unter dem Motto: »Lieber einen anständigen Aufstand als ein Aufstand der Anständigen«, marschierten rund 2000 Menschen – darunter viele Schüler, die eingekesselt gewesen waren, zum Teil mit ihren Eltern Richtung Nordmarkt. Dort sollte ein Bürgerfest mit Ständen, Musik und Volkslauf gegen Rechts (unter Teilnahme von Borussia-Dortmund – hier sollte den Schülern fernab des Geschehens etwas geboten werden) stattfinden. Oft gab es zum Teil höchst skurrile Zusammenreffen. Als die Autonome Antifa den Nordmarkt umkreiste, traf sie auf den Demozug der Sozialdemokraten, die ihren Unterbezirksparteitag extra für einige Zeit unterbrachen. Auf den Weg zum Aufmarschplatz der Neonazis kam dann der Demozug der *Kirchenteilnehmer* entgegen. Diese riefen: »Man kann auch friedlich demonstrieren!«

An der massiven Polizeikette gab es kurz ein Gerangel, dann war auch dem Letzten klar, dass am heutigen Tag als Masse kein Durchkommen zu den Neonazis möglich war. Vereinzelt schafften das einige Ältere und zusammen mit einigen Anwohnern begleiteten so lautstark rund 50 Menschen unter Polizeiduldung die Neonazis mit Megaphon und Antifaparolen. Nur bei der Zwischenkundgebung der Neonazis musste das Megaphon auf Polizeianweisung abgeschaltet werden. So konnten Altnazi Busse und Worch ungestört ihre Hetztiraden und ausländerfeindlichen Parolen loslassen. Hier schritt die Polizei trotz mehrmaliger Aufforderung nicht gegen die Volksverhetzung ein.

Zwischenzeitlich fanden im »friedlichen« Bereich Kundgebungen statt. Der ehemalige Buchenwald-Häftling Peter Gingold, Vertreter der Flüchtlingsorganisationen und der Autonomen durften reden. Entlang der »Demarkationslinie« formierte sich eine Menschenkette, um die Nordstadt gegenüber den Neonazis zu schützen. (Wie wurden denn eigentlich die Menschen der Nordstadt außerhalb der Demarkationslinie geschützt?). Entlang der »Demarkationslinie« standen den ganzen Tag VertreterInnen der Gewerkschaften, die die Menschen aufforderten, nicht an die Polizeikette zu gehen, da sie dort nicht mehr geschützt seien und sich dort illegal bewegten. Kleingruppen versuchten immer wieder, an die Ketten der Polizei heranzukommen, wurden entweder vorher durch Polizeiketten abgeblockt oder aber aufgefordert, den Raum sofort wieder zu verlassen. Einen Polizeikessel gab es an diesem Samstag nicht.

Erst nach dem Ende der Kundgebung der Neonazis kam es noch zu einem Aufeinandertreffen. Aus dem schwer von Polizei abgeriegelten Gebiet wurden die Neonazis in Gruppen zu fünfzig in die U-Bahn zum Dortmunder Hauptbahnhof verfrachtet – ohne Polizeischutz. Dort wurden sie von mehreren hundert Antifa-Anhängern empfangen, und es kam zu Auseinandersetzungen, ehe die Polizei ihre Logistikkücke begriff und wieder massiv einschritt.

Insgesamt gab es an diesem Tag acht Verhaftungen, davon sechs Neonazis, die sich nicht an die Auflagen gehalten hatten, und zur Erleichterung vieler nur ein paar wenige Beulen.

Es müssen Fragen der weiteren Arbeit geklärt werden!

Die Erfahrungen der letzten Wochen machen eine Klärung von grundsätzlichen Fragen notwendig:

◆ Wollen wir weiterhin jede Provokation der Neonazis mit Demonstrationen beantworten?

◆ Die morgendliche Platzbesetzung hat sich mangels Zuspruch als nicht wiederholbar erwiesen, ist die Demonstration unmittelbar bei den Nazis im Sperrbezirk der Polizei eine Alternative?

◆ Ein gewolltes breites Bündnis birgt die Gefahr der Dominanz durch die staatstragenden großen Organisationen (zum Beispiel DGB). Wie können wir ein eigenes starkes Profil entwickeln und es dem entgegensetzen? Kann das Verhalten dieser Organisationen im Vorfeld der letzten Demonstration noch einmal öffentlich problematisiert werden?

◆ Im Zusammenhang mit den Antifaaktivitäten wurden auch die Köpfe der Dortmunder Rechtsradikalenszene öffentlich bekannt gemacht. Das führte zur Entlassung eines Neonazis aus seinem Betrieb. Können damit massive Interessenunterschiede zu den Unternehmern verkleistert werden, wenn es zu gemeinsamen Handlungen kommt?

◆ Können Linke Aufrufe gegen Neonazis gemeinsam mit den Unternehmern veröffentlichen?

◆ Gibt es Möglichkeiten, die sich spontan äuernden Schüleraktivitäten in eine kontinuierliche Antifaarbeit einzubeziehen?

◆ Die Neonazis täuschen zunehmend eine Nähe zu unseren Parolen vor, um Verwirrung zu stiften: »Hoch die Nationale Solidarität – Widerstand – Wir haben Euch was mitgebracht: Hass, Hass, Hass – Schluss mit der Unterdrückung«, oder sogar: »Schluss mit der Knechtung des palästinensischen Volkes.« Hier muss eine deutliche Distanzierung von deren antisemitischer Instrumentalisierung passieren. Wie können wir uns so abgrenzen, dass die unterschiedliche politische Bewertung deutlich wird?

Außerdem müssen wir uns neue Losungen überlegen, zum Beispiel bei der Parole: »Nazis raus!«, stellt sich die Frage: Wohin, in die Vororte, in die Nachbarstadt oder wohin?

Dortmund, 20.3.2001 ■

■ ANTIFA-DEMO IN ELSHORN

Die Bevölkerung ging gegen den Nazimob auf die Straße

Berichte über Angriffe gegen jüdische Friedhöfe und Synagogen, Flüchtlinge und hier lebende Ausländer, aber auch deutschstämmige Aussiedler und Obdachlose sind Medienalltag. Die organisierte Abwehr des Nazimobs durch die Bevölkerung hat noch Seltenheitswert. Die Stadt Elmshorn (47.000 Einwohner) im Hamburger »Speckgürtel« ist deswegen ins Gerede gekommen. Denn nicht alle Bürger meinen, dass diese Aufmerksamkeit der Kommune gut tut. Das öffentliche Zeichensetzen gegen offene Naziprovokationen war bis zur versuchten Wende der Bundesregierung hin zum verordneten Antifaschismus im August letzten Jahres auch bei Polizei und Landesregierung nicht sehr beliebt. Die Bürgermeisterin der Stadt, die die von den Politikern oft geforderte Zivilcourage zeigte und sich an dem Aufbau eines »Bündnisses gegen Neonazis in Elmshorn« beteiligte, wurde nach Kiel zitiert. Der oberste Verfassungsschützer des Landes erklärte in einer öffentlichen Veranstaltung, dass es sich



bei den Neonazis um verirrte Jugendliche handele, die man mithilfe von Sozialarbeit resozialisieren könne. Und der SPD-Landrat des Kreises griff den Initiator des Bündnisses, den IG-Metall-Sekretär Uwe Zabel, an und unterstellte ihm Profilierungssucht. Seit etliche Unternehmer begriffen haben, dass das Ignorieren des Naziterrors für sie wirtschaftlich schädlich sein könnte und sie die Parole vom »Aufstand der Anständigen« ausgaben, steht das Elmshorner Bündnis gegen Neonazis nach außen hin in der Gunst der Herrschenden, ist ein Vorzeigegenstand, mit dem sie auf »das andere Deutschland« verweisen können. Das ist jedoch nicht nur Fassade. In Elmshorn ist tatsächlich »Bemerkenswertes« im Gange.

»Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen« – diese zentrale Parole des Elmshorner »Bündnisses gegen Neonazis« ist »bemerkenswert« in ihrer Wortradikalität. Seit 1945 wurde der deutsche Faschismus von den bürgerlichen Parteien, deren Presse und vielen Unternehmern als Verbrechen von Hitler und seinen Helfershelfern dargestellt. Naziterror und Zweiter Weltkrieg wurden nicht als Ergebnis und Lösungsversuch der krisengeschüttelten Weimarer Parteien und der Wirtschaft verstanden, sondern als einmalige politische und wirtschaftliche Entgleisung und Fehlentwicklung der Nationalsozialisten gesehen. Bemerkenswerter wäre auf der Demo selbst der erkennbare Versuch gewesen, nach den Ursachen der Neonazi-Szene zu fragen und nach Antworten zu suchen. Aber diese Wünsche bleiben Illusionen wie die kritisierte Parole. Was wirklich zählt, das ist das Bemühen der unterschiedlichen Gruppierungen in Elmshorn und Umgebung, einen gemeinsamen politischen Widerstand gegen die Neonazis zu organisieren.

Diese politische Orientierung geht seit Jahren auf die antifaschistische Arbeit der IG Metall Elmshorn zurück. Sie traf offenbar damit den Nerv der Nazis. Anlass für die Gründung eines Bündnisses Mitte 1999 war ein Konzert, das Jugendliche »gegen Rechts« veranstalteten. Die aufmarschierenden Neonazis wurden von den mobilisierten Gewerkschaftern und Antifaschisten vertrieben. In der Folgezeit gab es konkrete Attacken gegen das IG-Metall-Büro in der Innenstadt. Das IG-Metall-Haus wurde beschmiert, die Scheiben mehrmals zerstört. Auf IGM-Verwaltungsstellenleiter Zabel wurde ein »Kopfgeld« von 10.000 Mark ausgesetzt, so stand es auf einem Transparent an einer Autobahnbrücke über der A23. Auch die Bürgermeisterin wurde bedroht. Eine Scheibe in ihrem Haus ging zu Bruch, vermutlich durch einen Schuss, eine Fußmatte vor dem Haus wurde angezündet. Die Polizei nahm das nicht ernst und ließ ihr eine »Vandalismusberatung« zukommen. Plakataktionen des Bündnisses und Stellschilder wurden systematisch zerstört und in Rahmen von »Mitmachaktionen«, an denen sich bis zu 300 Menschen beteiligten, wieder aufgestellt und erneut zerstört.

Motor des Bündnisses, das etwa 30 Organisationen und viele Einzelpersonen umfasst, ist die IG-Metall-Verwaltungsstelle Elmshorn. »Aushängeschild« ist die Bürgermeisterin der Stadt, Dr. Brigitte Fronzek (Rechtsanwältin mit einer 68er Sozialisation). Eine SPD-Frau ohne Berührungängste trotz Parteibuch, die offensiv Bündnispolitik betreibt. Das Bündnis umspannt neben der Gewerkschaft die Kirche, Verbände und Sportvereine, Schülerinitiativen, aktive Einzelkämpfer aus Friedensgruppen, die der linken SPD, der DKP, der VVN, türkischer Elternbund, Diakonie mit der Ausländerberatung, Frauengruppen, Mitarbeiter der Jugendhäuser und linke Gruppierungen wie der »Rote Stachel«. Mitglied, aber – soweit bekannt – nicht aktiv, ist auch ein CDU-Ortsverein.

Ein Beispiel für den Aktionsradius und die politische Ausrichtung des Bündnisses war die bundesweit bekannt gewordene Demonstration am 13. Januar, ein Reflex auf den von dem Nazi Christian Worch angemeldete Marsch im Elmshorner Stadtteil Hainholz, ein »sozialer Brennpunkt« mit hohem Ausländeranteil.

»Ich kann Ihnen kaum sagen, wie glücklich ich bin, dass Sie alle gekommen sind«. Elmshorns Bürgermeisterin Fronzek war sichtlich froh, als sie an diesem Sonnabend am ersten Kundgebungsort in der Innenstadt, dem Alten Markt vor der Nikolaikirche, die Demonstranten begrüßte. »Wir werden diese Stadt nicht den Nazis überlassen«, rief sie unter dem Beifall der etwa eintausend Menschen aus. Der Hauptredner an diesem Kundgebungsort, der Probst der Nordelbischen Kirche, Kurt Puls, machte deutlich: »Wir haben es mit einer Bewegung zu tun, die in unserer Stadt, im Stadtteil Hainholz, wo viele ausländische Mitbürger leben, ein Klima des Schreckens verbreiten will.« Die Nazis seien für immer mehr Morde und Überfälle und eine zunehmende Angst in Deutschland verantwortlich. Anna Haentjens, eine in der Region bekannte Vortragskünstlerin, erinnerte mit Liedern von Brecht, Tucholsky und Fried an Widerstand und Verfolgung im Faschismus. Unter dem Geläut der Glocken von St. Nikolai setzte sich dann der Demonstrationszug, der dann auf 1800 Menschen answoll, durch die Stadt bis hin zum zweiten Kundgebungsort im Stadtteil Hainholz in Bewegung.

Verglichen mit den vorangegangenen Demonstrationen, etwa der im November mit 1200 Personen, war es diesmal ein »bunteres« Bild. Es waren Bürger Elmshorns und aus den Umlandgemeinden zu sehen, die wahrscheinlich nur äußerst selten zu einer Demonstration gehen. Einige Teilnehmer hatten eigene Schilder gemalt. »Die Anständigen fordern den Aufstand der Zuständigen«, war beispielsweise zu lesen. Den von den Nazis ermordeten Ausländern, Obdachlosen und Behinderten wurde in großen Todesanzeigen gedacht, die auf Stellschilder geklebt waren. Unübersehbar auch diesmal wieder die zentrale Aussage des Elmshorner Bündnisses



gegen Neonazis: »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen: Keine Toleranz für Neonazis«. Ein riesiges Transparent an der Spitze des Protestzuges: »Für ein solidarisches Miteinander statt rassistischer Ausgrenzung«.

Hauptredner auf dem zentralen Kundgebungsort im Stadtteil Hainholz, der etwa 500 Meter von dem Ort entfernt war, den die Neonazis als

Kundgebungsort zugewiesen bekommen hatten, war der Präsident des Kieler Landtages, Heinz-Werner Arens. »Elmshorns Plätze gehören den Demokraten, nicht den Feinden der Demokratie«, rief er in seiner Rede aus. »In unserer Verfassung steht: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Es steht nicht dort: Die Würde des deutschen oder des weißen Menschen ist unantastbar.«

240 Nazis versammelten sich gegen 14 Uhr an einer zu diesem Zeitpunkt wenig befahrenen Kreuzung in einer eher menschenleeren Gegend. In einem Abstand von etwa 50 Metern wurden sie von Polizisten umringt. Sie waren auf Veranlassung der Polizei mit Bussen der Pinneberger Verkehrsgesellschaft direkt (und kostenlos?) zum Kundgebungsort und wieder zurück nach Pinneberg gefahren worden. Die Polizei wollte, so deren Auskunft, eine Anreise mit der Bahn und einen Zug durch die Stadt verhindern.

Das Verhalten der Polizei war zwiespältig. Einerseits war sie darauf bedacht, die Distanz zu den Neonazis deutlich werden zu lassen. Dies ist Ausdruck der neuen polizeilichen Ausrichtung, die seit dem Herbst letzten Jahres gilt. Diese Linie wurde schon auf der Demonstration im November deutlich. Auch diesmal gab es offenbar wieder ein Polizeiflugblatt, in dem Polizisten ihre demokratische Gesinnung betonten und sich von der Naziideologie abgrenzten. Andererseits hob die Polizeiführung immer wieder hervor, dass sie gegen jegliche Gewalt vorgehe und nicht zwischen Links und Rechts unterscheide.

Als einige Dutzend junge Demonstranten die Polizeisperrungen durchbrechen wollten, um zum Kundgebungsort der Nazis zu gelangen, wurden sie massiv von Polizisten daran gehindert. Es gab vorübergehende Festnahmen, es gab wohl auch einzelne Durchsuchungen wegen Drogenverdachts.

Im Vorfeld der Demonstration hatte es eine juristische Auseinandersetzung gegeben, die diesmal bis zum Bundesverfassungsgericht ging. Die Linie der Anmeldebehörde beim Kreis, die einen Aufmarsch der Nazis durch die Stadt nach Hainholz verbot und nur eine Kundgebung genehmigte, wurde in allen Instanzen bestätigt.

Die Veranstalter werteten die Gegendemonstration als einen vollen Erfolg. Bei strengem Frost sei nicht zu erwarten gewesen, dass alle Teilnehmer fünf Stunden bis zum Kundgebungsende »durchhielten«.

Der Erfolg dieser Aktivitäten kann jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass ein Großteil der Bevölkerung sich nicht angesprochen fühlte und sich ablehnend verhielt.

Wenn wir berücksichtigen, dass Elmshorn fast 50.000 Einwohner hat und im Einzugsbereich etwa 20.000 Menschen leben, so waren mit gut gerechnet 1400 bis 1500 Menschen direkt aus der Region nur etwa zwei Prozent der Bevölkerung am 13. Januar auf der Straße. Der Anteil ausländischer Mitbürger war verschwindend gering. Die Teilnehmerzahl geht, gemessen an der Mobilisierung, insbesondere auch der Kirche, nicht über vergleichbare Demonstrationen anderer Städte hinaus.

Die in Elmshorn agierenden Neonazis sind bekannt. Aber der Nachweis für die Straftaten fällt der Polizei offenbar schwer. Bisher ist eine einzige Hausdurchsuchung bei einem Nazi gemacht worden. Im Kreis Pinneberg sind Nazikader der verbotenen FAP, des Hamburger Sturms, der Pinneberger Kameradschaft polizeibekannt. Die Zahlen dieser Aktiven schwanken zwischen 30 und 70 Personen. Die Zahl der Mitläufer dürfte jedoch größer sein.

In Barmstedt beispielsweise, einer Kleinstadt mit 9000 Einwohnern, acht Kilometer von Elmshorn entfernt, wurde im August letzten Jahres ein farbiger Deutscher während einer Kirmes zusammengeschlagen. Anfang Januar wurde ein türkischer Jugendlicher auf einem Faschingsfest von einem wegen rechtsradikaler Gewalt vorbestraften Schläger attackiert. Dort, wie aber auch in anderen Gemeinden um Elmshorn, haben sich von der IG Metall initiierte »Arbeitskreise gegen rechts« gebildet, die auch über das gewerkschaftliche Spektrum hinaus agieren. Basis für die Aktivitäten ist ein Versuch der Elmshorner IG-Metall-Verwaltungsstelle, die 6800 Mitglieder betreut und deren Einzugsbereich bis nach Hamburg und Meldorf an der Nordsee reicht, die Gewerkschaft wieder in der Fläche zu verankern. »Wenn sich die Betriebsstrukturen in Richtung Kleinbetriebe und durch mehr Flexibilität verändern, die Kollegen nicht mehr im Betrieb zusammengefasst werden können, dann müssen wir in die Wohnorte gehen«, erklärte ein IG-Metall-Kollege anlässlich der Eröffnung einer ehrenamtlich geführten Nebenstelle in der Jugendbildungsstätte in Barmstedt im Sommer 2000. Es gehe um das Knüpfen eines »Gerechtigkeitsnetzwerkes« von Mitgliedern aus nicht betreuten Betrieben, Qualifizierungsgesellschaften, Arbeitslosen und Rentnern. Neben dem betrieblichen Standbein soll also die wohnortbezogene Arbeit gestärkt werden. Neben Barmstedt wurden auch in Wedel, Meldorf, Borsfleth, Pinneberg, Glückstadt, Itzehoe und Hohenlokedt Nebenstellen aufgebaut, die Sprechstunden in öffentlichen Einrichtungen abhalten und Internetzugang haben.

20.3.2001 ■

Redebeitrag von Rolf Becker (IG Medien Hamburg) auf der Antifa-Demo in Elmshorn:

»Sowas hätt einmal fast die Welt regiert!«

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

*»Sowas hätt einmal fast die Welt regiert!
Die Völker wurden seiner Herr, jedoch
Daß keiner uns zu früh da triumphiert –
Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!«*

Mit diesen Worten warnte Bertolt Brecht vor der Illusion, nach der Kriegsniederlage und mit der Demokratisierung Deutschlands seien Faschismus und Nationalsozialismus hierzulande ein für alle Mal überwunden. Und Brecht sagte

auch, worauf es ankommt, und worüber ich sprechen möchte: »Ihr aber lernet, wie man sieht statt stiert

Und handelt, statt zu reden noch und noch.«

Wir erleben heute, dass »der Schoß, aus dem das kroch«, »fruchtbar« geblieben ist, dass Wirklichkeit – und Alltag! – zu werden droht, wovor Brecht warnte: der Nazi-Aufmarsch heute ist nicht der erste hier, und er ist nur einer von vielen, an immer mehr Orten, geschützt durch demokratische Grundrechte, zu deren Abschaffung sie sich formieren.

Und es ist Wirklichkeit geworden und droht Alltag zu werden, dass wieder Häuser und ihre Bewohner »abgefackelt« werden in Deutschland und Menschen gejagt, misshandelt und totgeschlagen – als »Zecken geklatscht« – weil sie »anders« sind: Anderer Hautfarbe, anderer Herkunft, anderer Anschauung und anderen Glaubens – auch, weil sie arbeits- und obdachlos sind. Die Zahl der Opfer nimmt zu, die Medien sind voll davon.

Und wer wissen will, weiß, wohin das führt – denn wir wissen, wohin das geführt hat: zu Terror und Mord – »Vernichtung unwerten Lebens« – zu den Gaskammern von Auschwitz und den mehr als 50 Millionen Toten und mehr als 30 Millionen Krüppeln des Zweiten Weltkriegs. Keine Geschichtsklitterung kann das bestreiten und umdeuten.

Lasst uns aufhören von Neonazis und Neofaschisten zu reden, es handelt sich um Faschisten und Nazis – ihre Embleme und ihre Kostümierung mögen sich geändert haben, nicht ihre Ziele: »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus, Juda verrecke, Tod den Antifaschisten und Kommunisten« – sie wissen, was sie wollen, zumindest ihre Führer: das geschichtliche Ergebnis von zwölf Jahren Nazi Herrschaft korrigieren, die Niederlage des Faschismus umwandeln in Sieg, den »Endsieg«, wie ihn ihr historischer Führer Adolf Hitler propagiert hat.

Was tun? Dass Lichterketten und gutgemeinte Appelle nicht ausreichen, haben wir längst erfahren müssen. Selbst Vertreter aus Politik und Wirtschaft scheinen zu begreifen – wenn auch erst aus Sorge um Absatzmärkte im aufgeschreckten Ausland und unter dem Druck zunehmender Beunruhigung in der Bevölkerung – dass sie »statt zu reden noch und noch« handeln müssen. Aber sind sie dazu in der Lage? Auch wenn sie jetzt, und selbst das ist unter ihnen umstritten, das Verbot der NPD durch den Bundesgerichtshof erwägen – was ändert das an der Tatsache, dass immer mehr, vor allem junge Menschen, die aus dem sozialen Niedergang, der sie bedroht, nach einem Ausweg suchen, Gefahr laufen, den Ideologen vereinfachender Erklärungen auf den Leim zu gehen?

Die Gewinne der Unternehmer vergrößern sich, die Umverteilung von unten nach oben geht weiter – dem geringfügigen Rückgang der Arbeitslosenzahlen stehen Lohnrückerei und verschärfte Arbeitshetze entgegen, statt der Ostlöhne werden die Westlöhne angepasst, die sozialen Systeme werden weiter ausgehöhlt – die Arbeitslosen hier unter uns können das bestätigen – die Renten (vor allem der unteren Einkommens- und Lohngruppen) werden gekürzt, das Gesundheitswesen wird demontiert und verteuert, Schulen, Hochschulen und Ausbildungsstätten noch konsequenter ausgerichtet auf den Bedarf der Wirtschaft – hinter den Stichworten (auf die ich mich hier aus Mangel an Redezeit beschränken muss) verbergen sich für immer mehr Menschen Existenzfragen, auf die sie keine Antwort mehr finden. Sie fühlen sich allein gelassen – an wen sollen sie sich wenden?

Politik und Wirtschaft müssen antwortlos bleiben – nicht, weil sie den Faschismus wollen, sondern weil die zunehmende Konkurrenz auf den Weltmärkten ihnen keine Alternative zur Fortsetzung der sozialen Demontage lässt – ohne das System freier Marktwirtschaft selbst in Frage zu stellen. So wie es aus ihrer Sicht, als mit der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre das Vertrauen in die Weimarer Demokratie schwand, schließlich keine Alternative zum Hitlerfaschismus mehr gab: Um die wirtschaftliche Macht zu erhalten, wurde die politische Macht den Nazis übergeben.

An diesem Widerspruch knüpfen die Nazis auch heute an. Unterschätzen wir sie nicht! Sie sind nicht nur gewalttätig, sie machen auch Politik. Und nutzen dabei die Widersprüche innerhalb der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie für ihre Zwecke. Unterschätzen wir vor allem nicht, wie sie die Auswirkungen des sozialen Abbaus zu ihrer Profilierung auszunutzen versuchen – nicht nur gegenüber anderen Parteien, sondern auch gegenüber den Gewerkschaften. »Deutsche Stimme«, Zeitung der NPD, August 2000: »Springender Punkt aller ökonomisch-sozialen Problematik ist die Tatsache, dass im liberal-kapitalistischen System – und zwar systembedingt – zu allererst das Kapital, nämlich das Geld- wie das Sachkapital, aus den Wirtschaftserträgen aller Schaffenden »bedient« werden muss. Können diese gewaltigen Tribute an das Kapital nicht mehr aus Produktivitätssteigerungen aufgebracht werden, dann sind es die Arbeitnehmer, die durch Sozialabbau und Arbeitsplatzverlust die Zeche bezahlen. Da die Gewerkschaften dieses ungeschriebene Gesetz des Kapitalismus ignorieren, stecken sie bis zum Hals in der zinskapitalistischen Systemfalle ...«.

Abgesehen von den leicht überlesbaren Pferdefüßen im Text, der mit seiner Kritik des »Liberal-Kapitalistischen« verdeckt, dass es seinen Verfassern nicht um eine soziale Lösung, sondern um einen nach dem Muster des dritten Reiches gelenkten Kapitalismus geht, bezieht er sich auf eine soziale Wirklichkeit, der wir uns stellen müssen, wenn wir den Nazis das Feld nicht überlassen wollen. So wie wir uns ihnen hier entgegenstellen. Das Vertrauen der Bevölkerung in Politik, Parteien und Gewerkschaften schwindet aus den genannten Gründen. Dieser Vertrauensschwund wird in letzter Zeit durch zwei Ereignisse noch verstärkt:

Mit Halb- und Unwahrheiten wurde – und wird vermutlich noch immer – die Gefahr durch BSE mit Rücksicht auf die Profite von Futtermittel-Industrie und Landwirtschaft heruntergespielt – was werden die politischen Folgen sein, wenn der Seuche nicht mehr nur Rinder, sondern Menschen zum Opfer fallen? Die Konsequenz kann aus unserer Sicht nur Verbraucherschutz durch die Verbraucher selber sein.

Mit Menschenrechten und Schutz von Minderheiten wurde die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg gegen Jugoslawien begründet: Nicht erst durch die Debatte um die möglichen Folgen der eingesetzten Uran-Munition erfahren mehr und mehr Menschen die Wahrheit über diesen Krieg, der so wenig sauber war wie andere Kriege, sondern ebenso schmutzig, und dessen Rechtfertigung sich mittlerweile als ebenso fragwürdig und verlogen wie der anderer Kriege erweist. Die Konsequenz: Zumindest in den Gewerkschaften müssen wir die unterbliebene Diskussion darüber einfordern, warum Dieter Schulte sein Ja zum Krieg im Namen der DGB-Mitglieder abgab – es geht dabei nicht um Rechthaberei, sondern um das Vertrauen der Mitglieder. Und um Verhindern weiterer Kriege. Das ausdrücklich auch an die Adresse

der verteidigungspolitischen Sprecherin der »Grünen«, Angelika Beer, die nach mir reden wird.

»Und handelt, statt zu reden noch und noch« – so wie wir hier dem Aufmarsch der Nazis entgegenzutreten, müssen wir den Widerstand organisieren gegen alles, was sie hervorbringt. Nicht hinnehmen, wenn Parteien versagen oder unsere gewerkschaftlichen Vertreter zurückweichen. Statt uns auf Kontrolle von oben zu verlassen, selbst kontrollieren,

statt passiv zu bleiben, eingreifen. Das »jeder gegen jeden« überwinden, das Konkurrenz- und Standortdenken in den eigenen Reihen: Nur gemeinsam werden wir etwas verändern. Wer, wenn nicht wir? Demokratie als Demokratie praktizieren – nicht beschränkt aufs Delegieren gewählter Vertreter, ob in Parteien oder Gewerkschaften, sondern Demokratie als Herausforderung zum selbständigen und solidarischen Handeln.

4.4.2001 ■

■ MAIN-KINZIG-KREIS

SPD Main-Kinzig will DGB-Chef ausschließen

Die Auseinandersetzungen im hessischen Main-Kinzig-Kreis zwischen der Führung der regionalen SPD und dem Kreisvorsitzenden des DGB Main-Kinzig/Offenbach, Ferdinand Hareter, hat eine neue Eskalationsstufe erreicht. Auf Antrag des Unterbezirksvorsitzenden Pipa, der auch Sozialdezernent des Main-Kinzig-Kreises ist, beschloss der Parteivorstand mit der überwältigenden Mehrheit von 18 zu 1 Stimmen, ein Parteiausschlussverfahren gegen Hareter einzuleiten. Dieses geht nun seinen Gang durch die innerparteilichen Instanzen. Nur die weitgehend einflusslosen Jusos und der in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr antretende Bundestagsabgeordnete Bernd Reuter sprachen sich bislang gegen diese Maßnahme aus. Das rigide Vorgehen gegen einen amtierenden sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorsitzenden ist der vorläufige Höhepunkt eines öffentlich geführten Dauerkonfliktes, der schon deshalb nicht als innerparteiliche Angelegenheit der regionalen SPD abgetan werden kann, weil gewerkschaftliche Positionen mit betroffen sind.

Mögen persönliche Animositäten bei der Schärfe der Konfliktaustragung mitbestimmend sein, so ist grundsätzlich doch der Hintergrund in der sozialpolitischen Kurswende der Main-Kinzig-SPD in der ersten Hälfte der neunziger Jahre zu suchen. Die Kündigung der rot-grünen Koalition auf Kreisebene und Hinwendung zur CDU wurde von der Parteibasis nicht sofort geschluckt. Im Juni 1994 verlor ihr kurzfristig aufgestellter Gegenkandidat jedoch knapp die Wahl zum Unterbezirkschef gegen Pipa. In der Folge wurde die Partei derartig umgekrempelt, dass der Widerstand gegen Pipas Kurs sich kaum noch regte – bis auf eben Hareter, der als DGB-Chef in Hanau auf eigene Ressourcen zurückgreifen kann. Allerdings wurde er samt seinem Vorgänger aus dem Vorstand der Partei herausgewählt. Die innere Entwicklung der Main-Kinzig-SPD dürfte an jener krassen Eindeutigkeit bei der Abstimmung zum Parteiausschluss abzulesen sein.

Seinen eigenen Worten zufolge ist Hareter »1970 unter Willy Brandt in die SPD eingetreten für mehr Menschlichkeit und Solidarität«. Diese für ihn immer noch leitenden Begriffe sieht er durch die Politik der SPD-CDU-Koalition auf Kreisebene, personifiziert im Sozialdezernenten Pipa, ständig verletzt. Er spricht offen aus, dass das sozialpolitische Programm des Main-Kinzig-Kreises »Neue Wege in schwieriger Zeit« nicht dazu diene, Menschen zu helfen, sondern den Sozialhaushalt zu entlasten. So kritisierte Hareter die Praktiken der Sozialämter (vgl. Arpo Nr. 1/2000, S. 39ff.), initiierte die Gründung einer Selbsthilfeinitiative und trat in diesem Sinne im Februar 2001 in einer Sendung des ZDF-Magazins »Kennzeichen D« auf. Weitere Streitpunkte erga-

ben sich insbesondere in der Abschiebepolitik gegenüber Flüchtlingen, in der mangelhaften Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche, wegen neonazistischer Umtriebe, der Rentendemontage und auch in der Haltung zum Nato-Krieg gegen Jugoslawien.

In der Auseinandersetzung um den sogenannten »Müllöfen« der Firma Thermoselect, der im Hanauer Hafen auf Betreiben des Kreises und auf einem Grundstück in dessen Eigentum gebaut werden soll, sucht die SPD-Führung nun die Entscheidung. Bürgerinitiativen fordern bislang vergeblich eine Abkehr von dem Projekt, weil Anlagen des gleichen Typs in Karlsruhe, im Tessin etc. sich als teure Flops erwiesen, deren Pannenbetrieb über das Versuchsstadium nicht hinauskam. Dennoch hält die Kreisspitze verbissen daran fest. Wenige Tage vor der Kommunalwahl in Hessen kam es zu einer seltsamen Demonstration, zu der einträchtig die Bürgerinitiativen und die Hanauer Rathausparteien aufriefen. Das Flugblatt und die Reden auf der Kundgebung – mit CDU-Oberbürgermeisterin, SPD-Bürgermeister, DGB-Chef und BI-Vertreter – enthielten mehr oder weniger eindeutig die Aufforderung, am Wahltag keine Müllöfen-BefürworterInnen bzw. deren Parteien zu wählen. Dies war der billige Vorwand für die Kreis-SPD, den Ausschluss Hareters wegen parteischädigenden Verhaltens einzuleiten. Am Rande bemerkt: Die CDU des Kreises sorgte hier für Parteienproporz, indem auch sie jetzt darüber diskutiert, den Vorsitzenden der Bürgerinitiative auszuschließen, Mitglied des CDU-Wirtschaftsrates und vermögender Mann, der in der Nähe seines Anwesens keinen Müllöfen haben will.

Disziplinierung eines Gewerkschafters

Die Frage, was an dieser Auseinandersetzung klassenpolitisch im lokalen Rahmen wichtig ist, erschließt sich nicht aus diesem geringfügigen bzw. lächerlichen Anlass. Was formal so scheint, hat inhaltlich eine ganz andere Qualität. Die SPD Main-Kinzig diszipliniert nicht einen der Ihren, der intern gegen den Stachel löckt, sondern einen DGB-Kreisvorsitzenden, der den sozialen und politischen Inhalt seiner Funktion auf seine Weise ernst zu nehmen versucht, Fakten recherchiert und an die Öffentlichkeit bringt. In dieser Eigenschaft nimmt sie ihn aufs Korn. Das Kalkül dürfte sein, dass ein aus der SPD ausgeschlossener oder zumindest durch das Verfahren stigmatisierter Hareter angesichts des traditionellen Parteienproporz in den Gewerkschaften als DGB-Chef auf Dauer nicht mehr zu halten wäre. Damit würde – nach der Schließung gewerkschaftlich gut organisierter Betriebe im Hanauer Raum wie Illert und Honeywell – eine weitere Lücke entstehen, die zumindest die betrieblich-gewerk-

schaftliche Linke im Main-Kinzig-Kreis in ihrem derzeitigen Zustand nicht so leicht wieder ausgleichen könnte.

Eine unübersehbare Schwäche des DGB-Chefs besteht jedoch darin, dass er meist ohne (offene) Unterstützung der Einzelgewerkschaften agiert, teilweise auch im Gegensatz etwa zur früheren Hanauer ÖTV (mit der Gründung von ver.di werden hier die Karten neu gemischt). Die Politik des DGB-Kreises Main-Kinzig/Offenbach wird zwar im Kreisvorstand festgelegt, Vermittlung in die Mitgliedschaft und die weitere Öffentlichkeit besteht jedoch kaum. Es entspricht dem Selbstverständnis von FunktionärInnen, Entscheidungen abgehoben zu treffen, und einer Mitgliedschaft, die nicht gewohnt ist, sich einzumischen und über den Tellerrand betriebsbornierter Interessen hinaus zu denken. So suchte und fand Hareter zwar zunehmend Unterstützung in der betrieblich-gewerkschaftlichen Linken bis hin zur DKP, in den Betrieben wird ihm jedoch teilweise vorgeworfen, er kümmerere sich zuviel um »Politik« und zu wenig um »gewerkschaftliche« Belange. Die Legitimation im öffentlichen Auftreten steht somit auf schwachen Füßen und ist angreifbar.

Tradition des »roten Hanau« verschüttet

Dabei verfügt Hanau über eine klassenkämpferische Tradition, die nicht nur in Geschichtsbüchern existiert. Die relativ starken Positionen, die die betrieblich-gewerkschaftliche Linke in einigen großen Metallbetrieben und der IG-Metall-Ortsverwaltung auch heute noch hat, ist der überkommene, schmale Rest dieses Erbes.

Zum Beispiel August Schärttner: Der Hanauer Turnerführer der 1848er Revolution und Mitglied des Bundes der Kommunisten war maßgeblich beteiligt an den gesamtdeutschen Turnertagen in Hanau und der Trennung des revolutionären Flügels der Turner von dem nationalkonservativen Teil unter dessen Idol »Turnvater« Jahn. Die Hanauer Turner beteiligten sich auch an der Verteidigung der fortschrittlichen Elemente der bürgerlichen Revolution gegen die preußischen Truppen in der Rheinpfalz und in Baden. Im Londoner Exil führte Schärttner eine Kneipe, die von der Exil-Szene besucht wurde.

Oder Rosa Luxemburg: Die revolutionäre Sozialistin hielt sich häufig im Rhein-Main-Gebiet auf, nicht nur, um in den großen Städten zu reden. Als Frau und als Vertreterin des linken Flügels brauchte sie eine fortschrittliche Basis, um auf die Parteitage der SPD delegiert zu werden. Die fand sie, durch Vermittlung des Frankfurter Rechtsanwalts und späteren KPD-Vorsitzenden Paul Levi, in der Hanauer SPD. Der Kern der Hanauer Arbeiterschaft bestand aus hochqualifizierten Handwerkern (Gold- und Silberschmiede, Diamantenschleifer), die sich ihrer unersetzlichen Position bewusst waren. Die Metallarbeitergewerkschaft (DMV) war stark, diszipliniert und erfolgreich in Lohnkämpfen. Der erste imperialistische Weltkrieg untergrub diese Position des Edelmetallhandwerks, die Struktur veränderte sich in Richtung Metall- und Kautschukindustrie, das Klassenbewusstsein blieb.

In der Novemberrevolution hatte die USPD eindeutig die Führung: Im Arbeiterrat stellte sie 20 Mitglieder, die SPD nur fünf. Die Leitlinie ihrer Politik orientierte sich daran, jeden Schritt der Revolution im übrigen Deutschland mitzumachen, aber dem Geschehen in den großen Städten nicht zu weit vorzugreifen. In Bad Nauheim lag das 18. Armee-Korps, eine ständige Bedrohung, und schließlich wurde Hanau von

Freikorpstruppen besetzt. Die USPD machte die KPD-Gründung zwar mit halbjähriger Verspätung, dann aber hundertprozentig mit. In den frühen zwanziger Jahren spaltete sich die KPD, bei Wahlen waren aber beide Fraktionen zusammen erheblich stärker als die SPD, manchmal auch die offizielle KPD allein.

In der Zeit des Faschismus und des Zweiten Weltkriegs wurden die Arbeiterorganisationen zerschlagen, die Stadt selbst zu 85 Prozent zerstört. War sie schon zu Preußens Zeiten Garnisonsstadt, so zogen jetzt die amerikanischen Truppen ein. An ein Wiederaufleben der revolutionären Bewegung war nicht zu denken. Die Stadt wurde unter neuen, einschneidenden Bedingungen rekonstruiert, und in den folgenden Jahrzehnten lösten sich auch die traditionellen Arbeiterviertel mehr und mehr auf. Trotzdem konnte die KPD, später DKP eine gewisse Stärke in den großen Betrieben und in einigen Gemeinden des Umlands (Langenselbold, Neuberg) wiederherstellen. In den betrieblichen Abwehrkämpfen der letzten Jahre ist jedoch einiges davon verloren gegangen, in anderen Betrieben wie den Dunlop-Reifenwerken setzte sich gewerkschaftliches Co-Management durch. Zuletzt wurde mit Honeywell in Maintal ein einstmals kampfstarker Betrieb geschlossen, der letztlich daran scheiterte, dass standortübergreifende Aktionen nicht zustande kamen.

Solidarität organisieren

Die heutigen Auseinandersetzungen müssen auf dem Niveau geführt werden, das gegenwärtig möglich ist. Den klassenbewussten KollegInnen kann es nicht egal sein, wie mit Vertretern ihrer Gewerkschaften umgegangen wird, die gegen den Mainstream der Anpassung und des Co-Managements zu schwimmen versuchen. Dabei kann es nicht darum gehen, die Illusionen zu unterstützen, die Hareter und andere übriggebliebene SPD-Linke in ihre Partei setzen, obwohl sie wissen, dass sie die Partei der Riesterschen Rentendemontage, des Pipaschen Sozialpopulismus etc. ist.

Die derzeitige Besetzung an der Spitze des DGB Main-Kinzig/Offenbach bietet der betrieblich-gewerkschaftlichen Linken Freiräume und Organisationsmöglichkeiten, die verteidigt werden müssen. Sie kann es nicht zulassen, dass die fortschrittlichen und klassenkämpferischen Elemente in Hareters Politik fortwährend auch zu ihren Lasten in diskreditierender Absicht angegriffen werden. Sie kann deshalb auch ein solches Verfahren innerhalb der größten Partei des Main-Kinzig-Kreises nicht einfach hinnehmen.

Schon zwei Tage, nachdem der Antrag auf Parteiausschluss bekannt geworden war, gab es Leserbriefe in der lokalen Presse. Wesentlich klagten diese die innerparteiliche Demokratie und die Orientierung an den Zeiten Willy Brandts ein. Einer beantragte ein Parteiordnungsverfahren gegen sich selbst, ein anderer fragte, ob die Main-Kinzig-SPD nur noch aus »willfährig abnickenden Bütteln der Duodezfürsten an der Kreisspitze« bestehe. In diesem beschränkten Rahmen ist zu fürchten, dass der gegenwärtig rumorende Unmut wieder in Passivität, Resignation und Anpassung ver-schwindet, wie früher auch schon.

Eine weiterführende Perspektive dürfte eher die Absicht des »Arbeitskreises Betrieb und Gewerkschaft Untermain« bieten, mit einem Flugblatt am 1. Mai an die Leute heranzutreten, eine klare Absage an die zugespitzte Personalisierung zu formulieren und die KollegInnen zur Diskussion über die inhaltlichen Fragen aufzufordern.